



# Landtag von Baden-Württemberg

12. Sitzung

13. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 14. November 2001 • Haus des Landtags

Beginn: 10:04 Uhr

Schluss: 16:57 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten . . . . .	499	4. Wahl von Mitgliedern des Medienrats der Landesanstalt für Kommunikation . . . . .	523, 527
Begrüßung des Umweltministers der Republik Rumänien, Herrn Aurel Constantin Ilie, und seiner Delegation . . . . .	521	5. Herstellung des Einvernehmens zur Berufung von sieben sachverständigen Persönlichkeiten in das Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung . . . . .	523
Begrüßung einer Delegation aus der Teilrepublik Serbien der Bundesrepublik Jugoslawien . . . . .	538	6. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Ausführung wohnungsrechtlicher Gesetze (AGWoG) – Drucksache 13/384 . . . . .	524
1. Aktuelle Debatte – <b>Konsequenzen aus der aktuellen Konjunktur- und Arbeitsmarktentwicklung für die Wirtschaftspolitik in Bund und Land</b> – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP . . . . .	499	Staatssekretär Dr. Mehrländer . . . . .	524
Abg. Hofer FDP/DVP . . . . .	499, 505	Abg. Mack CDU . . . . .	525
Abg. Dr. Birk CDU . . . . .	500, 506	Abg. Gaßmann SPD . . . . .	525
Abg. Schmiedel SPD . . . . .	502, 509	Abg. Hofer FDP/DVP . . . . .	526
Abg. Dr. Witzel GRÜNE . . . . .	503, 511	Abg. Dr. Witzel GRÜNE . . . . .	526
Minister Dr. Döring . . . . .	507, 511	Beschluss . . . . .	527
2. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – <b>REGIONEN AKTIV – Chancen aus dem Wettbewerb des Bundes für die Entwicklung von Modellregionen in Baden-Württemberg</b> – Drucksache 13/308 . . . . .	512	7. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz zur Umstellung landesrechtlicher Vorschriften auf Euro und zur Änderung des Fischereigesetzes (Euroumstellungsgesetz Baden-Württemberg – EurUG)</b> – Drucksache 13/313	
Abg. Walter GRÜNE . . . . .	512, 521	Beschlusempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 13/400 . . . . .	527
Abg. Rüeck CDU . . . . .	514	Abg. Herrmann CDU . . . . .	527
Abg. Teßmer SPD . . . . .	515	Abg. Bebbler SPD . . . . .	528
Abg. Drautz FDP/DVP . . . . .	517	Abg. Theurer FDP/DVP . . . . .	528
Minister Stächele . . . . .	518, 522	Minister Dr. Goll . . . . .	529
Beschluss . . . . .	523	Beschluss . . . . .	529
3. Wahl von Mitgliedern des Kuratoriums der Staatlichen Toto-Lotto GmbH . . . . .	523		

8. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Finanzministeriums – <b>Bearbeitung von Beihilfeanträgen</b> – Drucksache 13/31 . . . . .	530	Abg. Theurer FDP/DVP . . . . .	543
Abg. Stickleberger SPD . . . . .	530, 534	Abg. Walter GRÜNE . . . . .	543
Abg. Winckler CDU . . . . .	531	Minister Dr. Christoph Palmer . . . . .	544
Abg. Kleinmann FDP/DVP . . . . .	532	Beschluss . . . . .	545
Abg. Oelmayer GRÜNE . . . . .	532	11. a) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 3. Juli 2001 – <b>Denkschrift 2001 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg mit Bemerkungen zur Landeshaushaltsrechnung 1999</b> – Drucksachen 13/42, 13/329	
Staatssekretär Rückert . . . . .	533	b) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 25. Januar 2001 – <b>Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 1999</b> – Drucksachen 12/5969, 13/330	
Beschluss . . . . .	535	c) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Rechnungshofs vom 17. September 2001 – <b>Prüfung der Rechnung des Rechnungshofs (Epl. 11) für das Haushaltsjahr 1999 durch den Landtag</b> – Drucksachen 13/243, 13/331 . . . . .	545
9. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu		Abg. Ursula Lazarus CDU . . . . .	545
a) der Mitteilung des Südwestrundfunks vom 29. August 2001 – <b>Zweiter Erfahrungsbericht über die Anwendung des Staatsvertrags über den Südwestrundfunk</b> – Drucksache 13/224		Abg. Junginger SPD . . . . .	547
b) der Mitteilung des Rechnungshofs vom 15. Oktober 2001 – <b>Gemeinsame Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Südwestrundfunks durch die Rechnungshöfe der am Staatsvertrag über den Südwestrundfunk beteiligten Länder Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz</b> – Drucksache 13/312		Abg. Kleinmann FDP/DVP . . . . .	549
– Drucksache 13/397 . . . . .	535	Abg. Heike Dederer GRÜNE . . . . .	550
Abg. Dr. Inge Gräßle CDU . . . . .	535	Abg. Dr. Scheffold CDU . . . . .	552
Abg. Birgit Kipfer SPD . . . . .	537	Abg. Schmid SPD . . . . .	553
Abg. Theurer FDP/DVP . . . . .	537	Staatssekretär Rückert . . . . .	554
Abg. Dr. Salomon GRÜNE . . . . .	538	Beschluss . . . . .	556
Minister Dr. Christoph Palmer . . . . .	539	Nächste Sitzung . . . . .	556
Beschluss . . . . .	541	Anlage 1	
10. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 18. Juli 2001 – <b>Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf eines Staatsvertrages zur Änderung des Mediendienste-Staatsvertrages (Mediendiensteänderungsstaatsvertrag)</b> – Drucksachen 13/120, 13/398 . . . . .	541	Wahlvorschlag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP/DVP und der Fraktion GRÜNE – Wahl von Mitgliedern des Kuratoriums der Staatlichen Toto-Lotto GmbH . . . . .	557
Abg. Pauli CDU . . . . .	542	Anlage 2	
Abg. Birgit Kipfer SPD . . . . .	542	Wahlvorschlag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD – Wahl von Mitgliedern des Medienrats der Landesanstalt für Kommunikation . . . . .	558

## Protokoll

über die 12. Sitzung vom 14. November 2001

Beginn: 10:04 Uhr

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 12. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie. Ich darf Sie bitten, die Plätze einzunehmen und die Türen zu schließen.

Krank gemeldet ist heute Herr Staatssekretär Mappus.

Meine Damen und Herren, eine Zusammenstellung der *E i n g ä n g e* liegt vervielfältigt auf Ihren Tischen. Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

\*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung der Rechnungshofs und des Innenministeriums vom 30. Oktober 2001 – Untersuchung der Steuerungs- und Unterstützungsleistungen bei den Ministerien des Landes – Drucksache 13/386

Überweisung an den Innenausschuss und federführend an den Finanzausschuss

2. Mitteilung des Wirtschaftsministeriums vom 31. Oktober 2001 – Wohnungsbau 2002 – Bericht und Leitlinien zur Wohnraumförderung – Drucksache 13/433

Überweisung an den Wirtschaftsausschuss und federführend an den Finanzausschuss

3. Mitteilung der Landesregierung vom 2. November 2001 – Wege zur Osterweiterung der Europäischen Union – Beschluss der Landesregierung zur EU-Osterweiterung vom 25. September 2001 – Drucksache 13/385

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

\*

Wir treten in die Tagesordnung ein. Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Konsequenzen aus der aktuellen Konjunktur- und Arbeitsmarktentwicklung für die Wirtschaftspolitik in Bund und Land – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP**

Die Gesamtdauer der Aktuellen Debatte beträgt 40 Minuten ohne Anrechnung der Redezeit der Regierung. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Sprecher der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofer.

**Abg. Hofer** FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir von der FDP/DVP-Fraktion haben diese Debatte beantragt, weil wir tief besorgt sind über die zunehmende Verschlechterung der Konjunkturlage – eine Sorge, die von den Verantwortlichen in der Wirtschaft, von den Wirtschaftsinstituten, von den Wirtschaftsverbänden geteilt wird – und weil wir den Eindruck haben, dass die Bundesregierung nicht gewillt ist, das volle Ausmaß der Situation wahrzunehmen, und ihr deshalb auch nicht entgegensteuert.

Die so genannte Politik der ruhigen – sprich der eingeschlafenen – Hand

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

erweist sich als nichts anderes als die Politik des Aus-sitzens.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir wollen mit dieser Debatte dazu beitragen, dass der Druck auf die Bundesregierung erhöht wird, endlich entsprechend tätig zu werden. Die Faktenlage, meine Damen und Herren, ist evident. Sämtliche relevanten Konjunkturdaten gehen zurück. Die Arbeitslosigkeit sinkt nicht, sie wird sogar höher sein, als sie der Bundeskanzler bei seinem Amtsantritt vorgefunden hat, und am Abbau der Arbeitslosigkeit wollte er sich ja ursprünglich einmal messen lassen.

Auch bei den Lohnzusatzkosten ist es ähnlich. Sie alle kennen das gegenwärtige Drama bei den Rentenbeiträgen. Von wegen, dass die Ökosteuer hier irgendetwas reduzierte – die Tendenz geht nach oben. Der Arbeitsminister plündert die Reserve und riskiert eine Rente auf Pump,

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

die Gesundheitsreform wird ausgeklintet bis nach den Wahlen, und das Wachstum geht immer weiter zurück. Jetzt sind wir bei noch 0,6 %. Heute wird dem Bundeskanzler das Gutachten der „Fünf Weisen“ vorgelegt: von wegen Aufschwung im nächsten Jahr, es soll bei 0,7 % bleiben. Die Blütenräume der Bundesregierung sind aber nach wie vor doppelt und dreimal so hoch.

Ich frage mich, was die Bundesregierung zum Gegensteuern tut. Die Antwort lautet: nichts – und dies, obwohl die Bundesregierung genau weiß, dass Deutschland in Sachen Wachstum im EU-Raum an letzter Stelle liegt. Es ist auch

(Hofer)

völlig klar, dass die Diskussion, ob wir uns in einer Rezession befinden oder nicht, müßig ist. Die Daten sind jedenfalls so schlecht wie seit 1993 nicht mehr.

Natürlich wird nicht verkannt, dass wir eine weltweite Wirtschaftsflaute haben, und die Tragödie des 11. September hat dazu beigetragen, dass die Auftragseingänge insbesondere im Industriebereich rückläufig sind. In den USA gibt es schon seit Monaten kein Wachstum mehr. Aber vieles ist eben, meine Damen und Herren, hausgemacht. Schon im dritten Quartal des letzten Jahres waren die Zahlen bei der Konsumnachfrage und bei der Investitionsnachfrage rückläufig. Wir haben vor der Sommerpause auf diese Sachlage hingewiesen. Damals haben Sie von der Opposition noch von Schwarzmalerei gesprochen und gesagt, alles werde viel besser werden. Aber es ist alles noch viel schlimmer geworden, meine Damen und Herren. Das besonders Schlimme an der Situation ist, dass die Bundesregierung nicht nur nichts tut, sondern dass das, was sie mit ihrer Mehrheit im Bundestag hinbringt, auch noch kontraproduktiv ist.

(Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

Ich muss es einfach wiederholen: Verschärfung des Kündigungsschutzes, Ausbau der Lohnfortzahlung, Neuregelung der 630-DM-Jobs, Scheinselbstständigkeit, Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit, Erschwerung befristeter Arbeitsverträge, Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes.

(Abg. Bebbler SPD: Sie sind ja ein richtiger Jammerlappen!)

Bei Lichte betrachtet hat das alles außer Kosten und Bürokratie niemandem etwas gebracht.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Es ist aber eine kräftige Dosis Gift

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

für diejenigen, die investieren und neue Arbeitsplätze schaffen wollen.

Auch das neue Job-AQTIV-Gesetz wird keine Trendwende bringen. Im Gegenteil, die dort vorgesehene Förderung des zweiten Arbeitsmarkts bei Infrastrukturmaßnahmen ist eine schallende Ohrfeige für den Mittelstand, der dies mit dem ersten Arbeitsmarkt zu erledigen hat. Das ist kontraproduktiv.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Auch wir wollen keine steuerfinanzierten Konjunkturprogramme, wie sie die Gewerkschaften wollen. Wir wollen keine weitere Erhöhung der Neu- und der Gesamtverschuldung, sondern wir wollen, dass man dort, wo eine Gesamtfinanzierung vorhanden ist, Investitionen vorzieht oder austauscht. Wir können uns auch gezielte und begrenzte Abschreibungsmöglichkeiten für gewerbliche Investitionen vorstellen. Deren Schaffung liegt auf Halde. Sie müsste man angehen.

Auf jeden Fall – damit komme ich in der ersten Runde zum Schluss – sind neue Steuern, meine Damen und Herren,

Gift, ob es die Tabaksteuer ist oder die Versicherungsteuer. Ceterum censeo: Die Ökosteuer gehört weg.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Jedenfalls gehört die nächste Stufe nicht realisiert. Schon die wieder aufgeflammete Diskussion um eine neue Vermögensteuer ist fatal, wie sie fataler gar nicht sein könnte. Wir vermissen die klare Absage durch die Bundesregierung.

Noch ein Wort: Wir wollen und brauchen eine grundlegende Reform des Arbeitsmarkts, damit endlich mehr Flexibilität eintritt.

(Abg. Capezzuto SPD: So, wie ihr es in den Sechzigerjahren gemacht habt!)

Die Subventionierung brauchen wir bei Niedriglöhnen, zum Beispiel über Kombilöhne. Wir brauchen eine konsequente Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen, so, wie das bei uns in Baden-Württemberg vorbildlich und mit Erfolg gemacht wird, und eben nicht die Bevorzugung der Kapitalunternehmen gegenüber den Personengesellschaften.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Drautz FDP/DVP: Genau, das ist der Punkt!)

Letzter Satz: Ohne solche Reformschritte bleibt es in Deutschland bei einer stagnativen Tendenz und werden wir in die Gefahr geraten, tatsächlich in eine Rezession hineinzuschlittern, sogar mit der Möglichkeit einer Depression, und dieses gilt es zu verhindern. Wenn das die Bundesregierung nicht will oder nicht kann, wäre das ein weiterer Grund, sie abzulösen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Birk.

**Abg. Dr. Birk** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Hofer hat es bereits angesprochen: Die Wachstumsprognosen der Bundesregierung zerplatzen wie Seifenblasen. Im Frühjahr 2001 noch eine Prognose von 2,75 %, für 2002 2,25 %. Was ist daraus geworden? Die jüngste Prognose des Sachverständigenrats, erst heute in der Zeitung zu lesen: 0,7 % für dieses Jahr und 0,7 % für nächstes Jahr.

Diese Entwicklung kommt nicht überraschend, sondern hat sich bereits seit längerem angekündigt. Seit Anfang 2000 erleben wir einen Rückgang des Wirtschaftswachstums von Quartal zu Quartal, und im dritten Quartal haben wir den Stillstand erreicht. Deutschland ist seit zwei Jahren Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum in Europa, weit abgeschlagen hinter anderen Ländern wie Frankreich, Spanien, selbst wie Belgien. Im Durchschnitt der Euroländer beträgt das Wirtschaftswachstum im nächsten Jahr über 1 %, bei uns bleibt es unterhalb 1 %.

Die eigentlichen Ursachen sind in vielen Bereichen hausgemacht.

(Beifall des Abg. Fleischer CDU)



(Dr. Birk)

Wir werden in den kommenden Monaten den Versuch der Bundesregierung erleben, dies als Folge der amerikanischen Konjunkturlage und als Folge der Terroranschläge zu verkaufen. Nein, meine Damen und Herren, Sie sind verantwortlich für eine verfehlte Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und auch Arbeitsmarktpolitik. Dafür werden Sie nächstes Jahr die Rechnung präsentiert bekommen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir verstehen sehr wohl, wieso der Kanzler die Vertrauensfrage stellt. Er wird sie stellen, weil er hofft, keine Mehrheit zu bekommen, damit es zu vorgezogenen Neuwahlen kommt.

(Lachen bei der SPD und den Grünen – Zurufe und Unruhe)

Er wird im nächsten Jahr in eine noch viel, viel tiefere Konjunkturfalle hineinlaufen. Weil Sie so reagieren, denke ich, dass wir auf der richtigen Spur sind. Er soll die Vertrauensfrage stellen. Wir gönnen ihm nicht das Vertrauen, und wenn es zu vorgezogenen Wahlen kommt, sind wir jederzeit auch dazu bereit. Es wird angesichts der schlechten Konjunkturdaten für Deutschland aber nicht in seinem Interesse sein.

(Große Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Capezzuto SPD: Wie heißt der Kanzlerkandidat der CDU?)

Meine Damen und Herren, die Indikatoren sind eindeutig. Schauen Sie sich einmal die Unternehmensinsolvenzen an: Im Jahr 1999 insgesamt 26 000, im Jahr 2000 28 000, 2001 über 30 000. Dies ist ein neuer trauriger Negativrekord, der mit auf Ihre verfehlte Politik zurückgeht.

Machen wir bei den Arbeitsmarktzahlen weiter: Im Bund fast 4 Millionen Arbeitslose. Im nächsten Jahr eine voraussichtliche Zunahme um 110 000 Arbeitslose. Seit August 2001 liegt die Zahl der statistisch erfassten Arbeitslosen wieder über der des entsprechenden Vorjahresmonats.

(Zurufe von der SPD)

Die Arbeitslosenquote in der Bundesrepublik Deutschland liegt bei 9 %. Wir in Baden-Württemberg haben eine Quote von 4,9 %. Ohne die hervorragenden Arbeitsmarktzahlen von Bayern, Baden-Württemberg und Hessen wäre die Situation insgesamt deutlich schlechter.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Und Schröders angekündigtes Ziel, bis 2002 die Arbeitslosenzahl auf 3,5 Millionen zu senken?

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Wo ist es geblieben? Recht hat der Mann, wenn er sagt: „Wenn es uns nicht gelingt, die Arbeitslosenzahl bis 2002 unter die 3,5-Millionen-Grenze zu senken, dann hat es diese Regierung nicht verdient, wieder gewählt zu werden.“ Dem Manne kann geholfen werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Auch das gehört zur Wahrheit: Der verzeichnete Rückgang der Arbeitslosigkeit in der Zeit von 1998 bis 2000 ist natürlich auch aufgrund statistischer und demographischer Effekte zustande gekommen.

(Abg. Capezzuto SPD: Blödsinn!)

So sind nämlich aus der Arbeitslosenstatistik auf einmal 190 000 über 58-jährige Arbeitslosengeldbezieher herausgefallen, weil sie in Frührente gegangen sind.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Meine Damen und Herren, wer so wie Sie und Riester Arbeitsmarktpolitik betreibt und die Arbeitslosenstatistik verfälscht, der hat bei diesem Thema jeglichen Anspruch auf Redlichkeit verloren.

(Beifall bei der CDU – Abg. Fischer SPD: Das glauben Sie aber selbst nicht, was Sie da sagen! – Weitere Zurufe von der SPD)

Zum nächsten Thema, der Belastung durch die Beiträge zur Sozialversicherung: Was hat Rot-Grün angekündigt? Im Laufe dieser Legislaturperiode eine Senkung unter 40 %. Was passiert derzeit? Wir bewegen uns auf über 41 % zu. Auch hier haben Sie versagt. Im nächsten Jahr wird das die fatale Folge haben – weil die Zahl der Arbeitslosen zunehmen wird und der Arbeitsmarkt angespannt bleibt –,

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

dass wir eine weitere Zunahme im Bereich der Sozialversicherungskosten und weitere Rationalisierungsinvestitionen in der Wirtschaft haben werden und dass die Debatte, die wir in den letzten Jahren geführt haben, wie man Arbeitsplätze, die ins Ausland abgewandert sind, wieder nach Deutschland zurückholen kann, wieder in die falsche Richtung geht.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Sie treiben die Arbeit aus unserem Land. Tun Sie endlich etwas dagegen!

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Wo bleibt Stoiber?)

Es tut Ihnen weh, wenn im nächsten Jahr die Krankenversicherungsbeiträge um über 0,2 Prozentpunkte erhöht werden müssen, weil Sie nicht in der Lage waren, innerhalb von vier Jahren eine strukturelle Reform im Gesundheitswesen zustande zu bringen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Bebbler SPD: Neuer Propagandaminister! – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

– Herr Capezzuto, Sie können sich noch genügend verausgaben. – Sie wollen sich über die Ziellinie „Bundestagswahl 2002“ hinwegogeln. Das lassen wir nicht durchgehen.

In der zweiten Runde werde ich dazu noch weitere Ausführungen machen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der SPD)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmiedel.

(Unruhe)

**Abg. Schmiedel SPD:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Birk, ich finde es ausgesprochen lustig, wie scharf Sie auf vorgezogene Neuwahlen sind. Sie wären ja insbesondere für Sie peinlich; denn Sie wüssten ja noch nicht einmal, wen Sie als Spitzenkandidaten plakatieren sollen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Unruhe)

Meine Damen und Herren, wenn man über die Konjunktur- und die Wirtschaftsentwicklung in der Bundesrepublik spricht und in diesem Zusammenhang die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung beurteilt, dann kommt man nicht umhin, an die Eröffnungsbilanz der Regierung Schröder zu erinnern.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Ja, Arbeitslose!)

Das, was Sie nach 16 Jahren hinterlassen haben und was es aufzuräumen galt:

(Abg. Hofer FDP/DVP: Arbeitslose!)

einen Rekordstand an Arbeitslosigkeit, im Herbst 1997 4,7 Millionen gemeldete Arbeitslose.

(Abg. Capezzuto SPD: Aha, Herr Birk!)

Sie haben Jahr für Jahr neue Schulden mit dem Ergebnis aufgehäuft, dass jede vierte Steuermark zur Bedienung dieser Schulden verwendet werden musste.

(Unruhe)

Sie haben die Steuern auf eine Höhe getrieben, bei der nicht nur den kleinen Leuten der Hals abgeschnürt wurde, sondern insbesondere die Leistungsträger in dieser Gesellschaft bestraft wurden.

(Beifall bei der SPD)

Und Sie haben die Abgabenlast für die Sozialversicherung in eine Höhe getrieben, die einmalig ist.

(Abg. Fleischer CDU: Das glaubt er selbst nicht!)

Deshalb gab es überhaupt keine Alternative zu einer Reformpolitik der Bundesregierung unter Kanzler Schröder, die auf zwei Eckpfeilern beruht:

(Abg. Hofer FDP/DVP: Nur? – Abg. Alfred Haas CDU: Deswegen ist das Ding so wackelig!)

einerseits einer massiven Steuerentlastung für die Bürgerinnen und Bürger und insbesondere den Mittelstand und andererseits einer konsequenten Konsolidierung der Staatsfinanzen.

Jetzt frage ich Sie: Wo waren Sie denn, insbesondere Sie und Ihr Wirtschaftsminister, als es darum ging, den einen Teil des notwendigen Kurses der Konsolidierung und des Wirtschaftswachstums in Gang zu setzen? Wo waren Sie denn, als es um die Steuerreform ging?

(Abg. Capezzuto SPD: Wo?)

Wo war denn Ihr Wirtschaftsminister? Er saß doch noch mit Herrn Teufel im Blockiererhäuschen,

(Abg. Fleischer CDU: Steuerreform nennen Sie das? Das war eine Katastrophe für den Mittelstand!)

während Herr Brüderle schon mit dem Kanzler die Feinheiten ausgehandelt hat.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Sie, insbesondere Sie, haben eigentlich jedes Recht verloren, der Bundesregierung besondere Ratschläge zu geben.

(Abg. Fleischer CDU: Sie haben das Recht verloren, von Steuerreform zu reden, bei dem Mist!)

Meine Damen und Herren, Sie haben als Überschrift formuliert: Konsequenzen für die Wirtschaftspolitik in Bund und Land. Sie haben jetzt kräftig gesprudelt,

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das musste sein!)

wie Sie sich alles im Bund vorstellen würden. Aber Sie haben überhaupt nicht gesagt, was Sie denn in Bezug auf die Wirtschaftsentwicklung im Land zu tun gedenken.

(Abg. Dr. Birk CDU: Zweite Runde!)

Natürlich muss man die Entwicklung zur Kenntnis nehmen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das ist gut!)

Die Wirtschaftsinstitute haben die Entwicklung im Herbst folgendermaßen beschrieben:

(Abg. Hofer FDP/DVP: Also nur zur Kenntnis!)

Die Reformpolitik der Bundesregierung hatte im letzten Jahr zu einem hervorragenden Rekordergebnis von 3 % Wirtschaftswachstum geführt. Das ist einmalig. Sie hätten sich „von und zu“ geschrieben, wenn Sie das in Ihrer Regierungszeit einmal gehabt hätten.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Da war Schröder zuständig!)

In diesem Jahr kam es zu einer Abschwächung des Wirtschaftswachstums,

(Abg. Alfred Haas CDU: Zu einem Einbruch!)

insbesondere wegen der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, aber natürlich auch wegen der Ölpreisexplosion

(Abg. Alfred Haas CDU: Gute Ausreden sind immer gut! – Abg. Röhm CDU: Ökosteuer!)

und der gestiegenen Nahrungsmittelpreise. Aber was haben die Wirtschaftsinstitute festgestellt? Sie haben festgestellt: Stabilisiert wurde die Wirtschaft erstens durch die Steuerreform der Bundesregierung

(Schmiedel)

(Abg. Hofer FDP/DVP: Es geht uns gut! – Abg. Dr. Birk CDU: Nebelkerzen! Schmiedel'sche Nebelkerzen!)

und zweitens durch maßvolle Tarifabschlüsse. Die Tarifabschlüsse waren maßvoll, meine Damen und Herren, weil Bundeskanzler Schröder eines gemacht hat, was Sie 16 Jahre lang nicht gemacht haben. Er hat die Wirtschaft, die Gewerkschaften und die Regierung im Bündnis für Arbeit zusammengeführt und dadurch maßvolle Tarifabschlüsse mit herbeigeführt, die die Wirtschaftsentwicklung stabilisiert haben.

(Beifall bei der SPD – Abg. Alfred Haas CDU: Genau deswegen gehts nach unten!)

Jetzt kommen wir einmal zum Land. Da frage ich Sie, Herr Wirtschaftsminister: Was gedenken Sie eigentlich zu tun?

(Abg. Alfred Haas CDU: Geben Sie Antworten auf die Fragen!)

Wir hatten die Enquetekommission „Mittelstand“, die zu dem Ergebnis kam, dass das angeblich mittelstandsfreundlichste Bundesland längstens nicht mehr das mittelstandsfreundlichste ist.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Was heißt hier „angeblich“?)

Das ist das Ergebnis der Untersuchungen des Instituts für Mittelstandsforschung: Beim Zuwachs von Gründungen und beim Wachstum von kleinen und mittleren Unternehmen sind wir längstens abgehängt.

(Abg. Alfred Haas CDU: Ja, durch Ihre Steuerreform!)

Was tun Sie eigentlich zur Umsetzung dieser Ergebnisse? Frau Netzhammer reist jetzt als Vorsitzende der Enquetekommission im Land herum und verkündet großartige Ergebnisse. Ich sage nur: Märchenstunde Netzhammer. Sie stellen nicht genügend Geld bereit, um die wichtigsten Dinge voranzubringen.

Was machen Sie eigentlich, um Verlässlichkeit in die Rahmenbedingungen zu bringen? Rein ins C1-Programm, raus aus dem C1-Programm, wieder ein bisschen rein. Wir haben gedrängt und geschubst, bis Sie endlich ein Energiesparförderungsprogramm aufgelegt haben.

(Abg. Alfred Haas CDU: Sie haben gar nichts gemacht!)

Nach Jahren haben Sie das getan, und als es endlich abgerufen wurde, ist Ihnen die Puste ausgegangen. Jetzt legen Sie wieder etwas Halbherziges vor. Sie installieren eine unabhängige Kommission, die Ihnen Ratschläge zur Wohnbauförderung geben soll, die zu dem Ergebnis kommt, dass man wieder massiv stärker investieren muss, und die zu dem Ergebnis kommt, dass man endlich ein Modernisierungsförderungsprogramm auflegen sollte. Ja wo ist es denn? Warum folgen Sie nicht den Ratschlägen für das Land Baden-Württemberg, die auf der Hand liegen?

(Beifall bei der SPD)

Warum erinnern Sie eigentlich nur an das, was der Bund tun wird? Natürlich zieht er Investitionen im Straßenbau vor, und er macht das intelligent, ohne die künftigen Haushalte zu belasten. Warum tun Sie eigentlich nicht Ähnliches im Wohnungsbau, obwohl wir wissen, dass wir hier neue Schwerpunkte setzen müssen? Handeln Sie im Land Baden-Württemberg! Lassen Sie den Bund seine Arbeit tun!

(Oh-Rufe von der CDU)

Mit den konstruktiven Kräften in der Opposition wie dem Herrn Brüderle kommen wir ganz gut zurecht. Stören Sie die Entwicklung nicht! Kümmern Sie sich vor allem um Ihr eigenes Geschäft im Land!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Witzel.

**Abg. Dr. Witzel GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Die aktuellen Zahlen zur Konjunktur- und Arbeitsmarktentwicklung sehen ohne Zweifel nicht gut aus. Sie sind Anlass zur Sorge, aber kein Anlass zur Panik.

Wenn Herr Hofer sagt, es sei alles viel schlimmer geworden als im Juli, dann müssen wir natürlich auch fragen, Herr Hofer: Wer hat das verursacht?

Da möchte ich auf das von Ihnen schon zitierte Gutachten der „Fünf Weisen“ hinweisen, die klar und deutlich feststellen – ich zitiere aus der „Frankfurter Rundschau“ des heutigen Tages –:

Eine Schuld an der schwachen Konjunkturentwicklung treffe die rot-grüne Bundesregierung bislang nicht, meint der Rat. Der Trend sei auf den wirtschaftlichen Einbruch in den USA zurückzuführen,

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Aha!)

der bereits vor den Terroranschlägen vom 11. September eingesetzt habe.

(Beifall bei den Grünen)

Das zum Ersten.

Zum Zweiten: Herr Hauk prognostizierte mit seiner ganzen Weisheit, dass es im nächsten Jahr wirtschaftlich noch schlechter werde. Herr Hauk, Wirtschaft besteht ja bekanntlich zum Großteil auch aus Psychologie; Investitionen werden nur dann getätigt, wenn Vertrauen vorhanden ist. Aber wenn Sie jetzt die Lage schlechttreden, dann schaffen Sie möglicherweise gerade das, was Sie verhindern wollen.

(Beifall bei den Grünen)

Man muss doch die Lage einfach einmal klar und deutlich sehen: Wie sehen denn die Rahmenbedingungen der Wirtschaft derzeit aus?

Erstens gibt es Zinssenkungen der EZB. Die niedrigen Zinsen stellen gute Finanzierungsbedingungen dar.

(Dr. Witzel)

Zweitens: Die Ölpreise sind deutlich niedriger als vor einem Jahr.

Und drittens: Es gibt keine inflationären Tendenzen.

Aus diesen Gründen wird weltweit eine konjunkturelle Erholung prognostiziert. Und das sage nicht nur ich, sondern das sagen auch führende Wirtschaftsinstitute. Ich möchte nur aus einer Einschätzung des Bundesverbandes deutscher Banken, aus dem Konjunkturbericht vom Oktober zitieren. Dort heißt es:

Für übertriebenen Konjunkturpessimismus besteht gleichwohl kein Anlass.

Und im Herbstgutachten der Wirtschaftsinstitute heißt es:

Im kommenden Jahr wird sich die Konjunktur wieder bessern. Ausgehend von der Erholung der Exporte wird allmählich auch die Binnennachfrage stärker werden.

Zusätzlich zu diesen Prognosen muss man darauf hinweisen, dass die Steuerreform des Jahres 2001 schon 45 Milliarden DM zusätzlich in die Kassen von Verbrauchern und Firmen geschaufelt hat. Da sind Mittel für Investitionen und für Konsum vorhanden.

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Zusätzlich kommen im nächsten Jahr durch die zweite Stufe der Familienförderung, Herr Hauk, noch 5 Milliarden DM hinzu. Das heißt, das sind Maßnahmen, die den Rahmen für eine positive Konjunkturentwicklung setzen.

(Abg. Hauk CDU: Die Leute sind verunsichert und sparen! Das ist die Wahrheit!)

– Ja, aber durch die Debatte, die Sie hier anzetteln, schaffen Sie die Unruhe, und durch das Hü und Hott bei solchen Maßnahmen: Zum Beispiel beim C1-Programm schaffen Sie nicht das Vertrauen der Wirtschaft in verlässliche Rahmenbedingungen, Herr Hauk. Das ist doch die Schwierigkeit.

Dann haben Sie die Sozialversicherungsbeiträge angesprochen. Herr Birk, ich habe Ihr Konzept vermisst, wie Sie sie senken wollen. Es waren doch wir von Rot-Grün, die gesagt haben: Wir fangen an mit der Senkung der Lohnnebenkosten. Wir haben das Projekt „Ökologische Steuerreform“ auf den Weg gebracht, und damit werden die Lohnnebenkosten gesenkt.

Da muss man jetzt wirklich fragen: Was hat das für Auswirkungen? Die „Badische Zeitung“ vom 5. Juli dieses Jahres schreibt dazu, es bringe unter dem Strich 250 000 zusätzliche Arbeitsplätze. Das ist eine Auswirkung der ökologischen Steuerreform zur Senkung der Lohnnebenkosten. Das ist ein Wort; das ist wichtig in dieser Debatte.

(Beifall bei den Grünen)

Herr Hofer, Sie haben die Debatte bewusst nicht „Nur schimpfen auf Bonn und Berlin“ genannt, sondern Sie haben auch „Konsequenzen hier im Land“ im Titel, und auch darauf möchte ich eingehen. Was tut nämlich das Land?

Wo stärkt das Land Investitionen? Wenn ich mir da das Programm zur Altbausanierung anschau: Obwohl Anträge vorlagen, es im Nachtragshaushalt zu berücksichtigen, haben Sie das Programm ausgesetzt. Ein Förderprogramm, das hocheffektiv ist, das positive ökologische Nebeneffekte hat, bei dem man mit einer Fördermark Investitionen in Höhe von 20 DM bis 50 DM in Gang setzt, haben Sie gestoppt und ausgesetzt. Das ist Gift für die Konjunktur.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ein Zweites müssen wir fragen. Gestern Abend war ich bei Handwerkern – –

(Abg. Alfred Haas CDU: Sie sollen Antworten geben und nicht so viele Fragen stellen! Das ist das Problem! Sie stellen immer Fragen wie Herr Schmiedel! Antworten sollen Sie geben! – Gegenruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

– Geben Sie Antworten zur Frage der Senkung der Lohnnebenkosten! Haben Sie Antworten zur Frage der Rentenreform gegeben? Sie haben nur auf Berlin geschimpft.

Nun schauen wir wieder auf das Land: Wir wissen, Ausbildung ist für die Wirtschaftsentwicklung der Betriebe ein zentraler Faktor, auch für die wirtschaftliche Entwicklung hier im Land. Aber gerade die Betriebe, die in Ausbildung investieren, klagen darüber, dass an den beruflichen Schulen eine große Misere bestehe.

(Abg. Alfred Haas CDU: Nicht ablenken!)

7 % Prozent strukturelles Defizit bei der Unterrichtsversorgung: Hier ist das Land gefordert, für die Rahmenbedingungen zu sorgen, damit die Ausbildung funktioniert und sich auf dem Arbeitsmarkt etwas tut.

(Beifall bei den Grünen)

Nächster Punkt: Wenn wir über die Arbeitsmarktentwicklung sprechen, müssen wir auch fragen: Wie geht das Land mit den Arbeitslosen um, was macht es da? Ich hätte gerne von Herrn Döring hier noch ein klares Wort darüber gehört, wie es mit der Kofinanzierung von ESF- und EQUAL-Projekten steht? Da gibt es Gelder aus Europa, die eingesetzt werden könnten,

(Abg. Alfred Haas CDU: Was?)

aber im Augenblick ist noch offen, wie das Land die Kofinanzierung beibringt.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wer sagt Ihnen das? – Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

Hier wäre eine klare Aussage des Landes wichtig.

Alles Weitere, Herr Haas, in der zweiten Runde.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Alfred Haas CDU: Eigentlich müsste man auf den Quatsch gar nicht mehr eingehen!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Hofer.



**Abg. Hofer FDP/DVP:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß nicht, wie es Ihnen ergangen ist, aber in dieser Debatte fiel so häufig das Wort „Ablösung der Regierung“ – Herr Schmiedel macht neue Koalitionsangebote,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das hätten Sie wohl gerne herausgehört!)

es geht um Kanzlerkandidaturen –, dass ich den Eindruck habe, was die Stimmung hier in Baden-Württemberg hinsichtlich der Bundesregierung angeht, herrscht Endzeitstimmung, ganz eindeutig Endzeitstimmung.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Mal sehen, ob das woanders auch so ist.

Herr Schmiedel, Sie haben hier gefragt: Warum geht es uns hier in Baden-Württemberg so gut –

(Heiterkeit – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Entschuldigung, in Berlin –, und keiner sagt es uns? In der Tat, alle anderen sagen es anders. Alle anderen sagen, die Lage sei höchst angespannt, es gehe bergab. Sie aber sagen, das alles wäre schlechtgeredet, wäre Schwarzmalerei, es ginge uns gut.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Ich habe Zitate gebracht! Ich könnte noch weitere bringen!)

Vielleicht könnte es uns noch ein bisschen besser gehen, aber es ginge uns gut. Ich finde, das geht an der Realität vorbei.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Herr Witzel, Sie haben gesagt, es bestehe kein Grund zur Panik und man solle mit dem Schlechreden aufhören. Darf ich einmal fragen: Wie schlecht muss die Situation eigentlich sein, damit man sie als schlecht bezeichnen darf?

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Ich habe gesagt: Sorge ja, Panik nein!)

Sie haben schon im Sommer gesagt, wir würden nur schlechreden. Ich glaube, wenn Sie bei minus 2 % Wirtschaftswachstum sind, dann werden Sie uns vielleicht zugestehen, dass wir das beim Namen nennen dürfen, vorher wohl nicht.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Sie haben vorhin gefragt, was denn Baden-Württemberg tue – ich finde, auf diesen Punkt sollte man tatsächlich zu sprechen kommen –, um einer Rezession und dem Absinken der Konjunktur gegenzusteuern.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Gar nichts!)

Zunächst einmal – Herr Birk hat es vorhin gesagt – sorgen wir bei nahezu allen wichtigen Faktoren dafür, dass die Bundesrepublik im Ranking noch einigermaßen gut dasteht, denn ohne unseren Beitrag stünde die Bundesrepublik im Ranking, im Benchmarking noch viel schlechter da.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Ursula Haußmann SPD: Was haben Sie denn gemacht?)

Das muss man einfach noch einmal sagen, auch wenn wir es wissen: Wir haben eine Arbeitslosenquote von 4,9 %; 9 % sind es im Bund. Zusammen mit Hessen hatten wir noch im Oktober eine Wachstumsrate von 2 %; das war doppelt so viel wie im Bundesdurchschnitt. Auf unserem Lehrstellenmarkt gibt es mehr Ausbildungsplätze als Bewerber. Die Zahl nicht vermittelter Arbeitsplatzsuchender weist einen starken Rückgang auf. Das alles ist nicht allein das Verdienst der Politiker, sondern das ist mit Verdienst der fleißigen Arbeitnehmer und der guten Unternehmer in unserem Lande.

(Beifall der Abg. Dr. Birk und Seimetz CDU)

Es ist aber auch das Ergebnis einer erfolgreichen, kontinuierlichen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik der Landesregierung und insbesondere unseres Wirtschaftsministers. Das muss man an dieser Stelle auch einmal sagen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich habe übrigens einmal nachgeschaut: Wenn man Bayern ausnimmt – das tue ich hier sehr ungern –, gilt: Überall, wo die Liberalen im Wirtschaftlichen mitregieren, sind die Daten gut, und überall, wo in den Bundesländern Rot-Grün regiert, sind sie schlecht. Das kommt doch nicht von ungefähr.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: In Bayern hattet ihr bei der Landtagswahl anderthalb Prozent! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

– In Bayern sind wir noch etwas vom Regieren entfernt; das gebe ich Ihnen zu. Aber was nicht ist, das kann ja dort auch noch werden.

Nun ist es klar: Wir können die Handlungsspielräume ausnutzen, und wir nutzen sie auch hundertprozentig aus, aber wir können nicht die Rahmenbedingungen, die vom Bund gesetzt werden, überlagern. Das geht nicht. Das weiß jeder, der sich in Wirtschaftspolitik auskennt.

Aber was tun wir, und zwar mit großem Erfolg? Ich habe die Daten ja genannt: Wir machen Mittelstandsförderung. Übrigens, Herr Witzel, wir machen das C1-Programm. Das war uns wichtig. Es wird kommen.

(Abg. Schmiedel SPD: In welcher Höhe? – Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Aber erst sollte es gestrichen werden!)

Ich sage das an dieser Stelle. Wir machen ein Bündnis für Ausbildung. Wir machen Existenzgründungs- und Qualifizierungsmaßnahmen und haben dadurch übrigens auch den Fachkräftebedarf erheblich abdecken können. Wir setzen auf Außenwirtschaft. Es gibt wenige Titel, wo mehr Mittel angesetzt werden. Bei der Außenwirtschaft werden mehr Mittel zur Verfügung gestellt. Man darf auch den Tourismus nicht vergessen. Da machen wir außerordentlich viel. Das ist unser Beitrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen und

(Hofer)

zum Wirtschaftswachstum: Tourismusfaktor und Tourismusorte.

(Zuruf des Abg. Theurer FDP/DVP)

Wir machen eine kommunalfreundliche Politik in diesem Land. Das darf man nicht unterschätzen. Das ist auch etwas, was für das Wirtschaftswachstum notwendig ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Wir haben eine dezentrale Wirtschaftspolitik, eine dezentrale Landesplanung bei uns. Das ist Wirtschaftspolitik. Das kann man nicht einfach davon trennen.

Sie haben von der Altbaumodernisierung gesprochen. Sie haben Recht:

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Die Altbaumodernisierung ist ein wichtiger Punkt. Das ist einer der ganz wenigen Punkte, wo wir im nächsten Haushalt nicht weniger, sondern mehr Geld zur Verfügung stellen.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Im nächsten! Warum nicht jetzt in der aktuell schwierigen Lage? Das ist die Frage!)

– Weil wir gerade den neuen Haushalt diskutieren.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Im Nachtragshaushalt haben Sie es verweigert! – Zurufe der Abg. Bebbler und Schmiedel SPD)

Dies alles, meine Damen und Herren, sind Bereiche, wo wir unseren Handlungsspielraum ausnutzen.

Wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, wir würden alles nur schlechtreden und eigentlich würde in Baden-Württemberg nichts geschehen,

(Abg. Teßmer SPD: Was machen Sie?)

dann muss ich Ihnen sagen: Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Es ist vielleicht für Sie jetzt nicht sehr angenehm, dass die Situation in Berlin auch im Wirtschaftlichen so mies ist, wie sie kaum mieser sein könnte. Wenn wir in Baden-Württemberg etwas dagegenhalten, dann sollten Sie uns nicht dafür schelten.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Birk.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Ich dachte, der heißt Hauk!)

**Abg. Dr. Birk** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Abg. Schmiedel SPD: Wer ist der Spitzenkandidat?)

– Das werden wir in aller Ruhe und Gelassenheit zum gegebenen Zeitpunkt entscheiden.

(Abg. Herrmann CDU zur SPD: Wer ist es denn bei euch, wenn Schröder kein Vertrauen bekommt?)

Ich vermute nur, die SPD ohne Schröder hat bald keinen Spitzenkandidaten mehr.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Fischer SPD: So etwas Primitives, Herr Birk!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, an was leidet die konjunkturelle Situation im Land und im Bund?

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: An Ihnen!)

– Nicht so verausgaben, Herr Palmer! – Sie leidet an der fehlenden Binnennachfrage. Und wieso fehlt es daran? Weil eben in allen Bereichen draufgesattelt wird. Bei den Sozialversicherungsbeiträgen keine Verringerung, sondern tendenziell eine Erhöhung.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Ihr müsst schwätzen!)

Die Krankenversicherung ist angesprochen. Das Nächste, was kommen wird, wird die Rentenversicherung sein. Der Verband der Rentenversicherungsträger geht davon aus, dass im nächsten Jahr die Beiträge auf 19,4 % steigen. Deshalb frage ich Sie: Weshalb führen Sie jetzt eine weitere Stufe der Ökosteuer ein, obwohl schon jetzt absehbar ist, dass sich der Rentenversicherungsbeitrag nicht stabil halten lässt? Damit verringern Sie weiter den Spielraum für Investitionen und für Konsum im privaten Bereich und bei den Unternehmen.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Aber gegen Zuwanderung sein! – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Ein weiterer Punkt, der angesprochen werden muss: Wir haben in diesem und im nächsten Jahr 32 Milliarden DM an Steuerausfällen. Das schmerzt nicht nur den Bund, sondern auch die Länder, auch unser Land. Um einmal mit der Mär, die einfach so nicht stimmt, aufzuräumen, dass Herr Eichel der Sparminister sei:

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

In die gesamte Eichel'sche Amtszeit von 1999 bis zum Jahr 2002 wird eine Bilanz eingehen, wie sie noch selten in diesem Land zu konstatieren war. Die Staatsverschuldung wird in diesen vier Jahren allein beim Bund um über 100 Milliarden DM steigen, und das trotz 100 Milliarden DM UMTS-Erlösen.

(Lachen des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Es ist also ein Ablenkungsmanöver, ein Täuschungsmanöver, das der Bundesfinanzminister hier vornimmt. Er wird sein Ziel der Nullverschuldung bis zum Jahre 2006 mit diesem eingeschlagenen Kurs nicht erreichen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von der SPD: Doch! – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Ihr habt in 16 Jahren die Staatsverschuldung um eine Billion hochgetrieben!)

(Dr. Birk)

Weil auch das angeklungen ist, will ich die Frage ansprechen: Was müssen wir in den nächsten Monaten tun, um die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik zu stabilisieren? Ein Punkt wurde angesprochen – das könnten Sie auch noch tun –: Deregulieren Sie den Arbeitsmarkt.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Tragen Sie dafür Sorge, dass der Arbeitsmarkt flexibilisiert wird, dass wieder befristete Arbeitsverträge möglich sind und dass es eben auch möglich ist, dass Arbeitslose leichter in den Arbeitsmarkt hineinkommen. Auch daran werden Sie gemessen werden.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Deshalb kürzen Sie Ihre Programme im Land?)

Bislang haben Sie auf diesem Gebiet zu wenig gezeigt. Schaffen Sie das Gesetz zur Scheinselbstständigkeit ab.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Schaffen Sie das Gesetz zur Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse ab.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Sie haben diese Möglichkeiten.

Eine Chance haben Sie in jedem Fall verpasst: dass nämlich die nächste Stufe der Steuerreform vorgezogen wird. Dies wird nicht mehr möglich sein. Aber in den anderen Bereichen könnten Sie ohne weiteres aktiv werden. Aber Sie tun nichts. Diese ruhige Hand wird langsam zu einer starren Hand, zu einer verkrusteten Hand, die nicht mehr in der Lage ist, Wirtschaftspolitik zugunsten des Wirtschaftsstandorts Deutschland zu betreiben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Im Land müssen wir selbstverständlich – das hat Herr Kollege Hofer richtig gesagt – darauf bedacht sein, dass Investitionen seitens der öffentlichen Hand ermöglicht werden. Wir müssen deshalb etwas dafür tun, dass die Mittel im Bereich der Stadtsanierung erhalten bleiben. Wir müssen auch im Straßenbau etwas dafür tun. Das Sonderprogramm Straßenbau läuft ja bereits. Wir werden diese Investitionen auch entsprechend den finanziellen Möglichkeiten durchführen.

Aber dazu ist auch entscheidend, dass die Rahmenbedingungen auf der Bundesebene so sind, dass wir nicht von Quartal zu Quartal ein niedrigeres Wachstum haben und damit weitere Steuerausfälle erleiden müssen. Allein im nächsten Jahr werden es in Baden-Württemberg an die 400 Millionen DM sein. Das steckt man nicht so ohne weiteres weg, sondern dafür muss man dann im Haushalt entsprechende Schwerpunkte bilden. Wir dürfen ja auf Ihre Vorschläge zur Belebung der Konjunktur gespannt sein, die dann auch unter dem Aspekt der Haushaltssolidität vernünftig sind und eingehalten werden können.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Wirtschaftsminister Dr. Döring.

**Wirtschaftsminister Dr. Döring:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die rot-grüne Bundesregierung hat keines ihrer wirtschaftspolitischen Ziele erreicht, nicht eines!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es! – Oh-Rufe von der SPD)

Weder die Arbeitslosenzahl ist zurückgegangen, noch sind die Lohnnebenkosten unter 40 % gesunken, noch ist bezüglich Deregulierung und Flexibilisierung irgendetwas erreicht worden. Rot-Grün ist im Bereich der Wirtschaftspolitik glattweg danebengegangen. Nicht ein Ziel wurde erreicht. Es ist eine absolute Katastrophe. Deswegen ist die Debatte hier richtig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sie müssen diese Bilanz deswegen besonders ernst nehmen, Herr Schmiedel, weil sie am 31. Oktober 2001 vom Bundeswirtschaftsminister Müller getroffen worden ist. Das ist der entscheidende Punkt. Wenn Sie, Herr Schmiedel, hier in dieser Debatte vorhin hingestanden sind und ausgeführt haben: „Stören Sie diese Entwicklung nicht!“,

(Lachen des Abg. Hofer FDP/DVP)

dann kann ich nur sagen: Doch, wir stören diese Entwicklung. Wir wollen nämlich nicht ständig mehr Arbeitslose haben.

(Widerspruch bei der SPD)

Wir wollen nicht ständig noch niedrigere Wachstumsraten haben. Deswegen muss diese Entwicklung in Berlin gestört werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sie haben es in den wenigen Jahren, die Sie jetzt regieren, geschafft, dass die größte Volkswirtschaft Europas nicht mehr Lokomotive, sondern Schlafwagen ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Das ist die Bundespolitik, die Politik auf Bundesebene im Bereich der Wirtschaftspolitik, meine Damen und Herren.

Sie haben vorhin krampfhaft versucht, 16 Jahre CDU/CSU-FDP-Koalition und -Politik im wirtschaftspolitischen Bereich mies zu machen. Ich kann nur sagen: In der Zeit war Deutschland in Europa Musterschüler. Unter Ihrer Regierung sind wir in Europa zum Sitzenbleiber geworden. Das ist Ihre Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Wo waren Sie 1998?)

– Herr Kollege Salomon, die Grünen!

Dann gehen Sie her und sagen munter, Herr Schmiedel, die Landesregierung solle doch endlich einmal das machen, was Sachverständige und sonstige besonders Gescheite uns raten.

(Minister Dr. Döring)

(Abg. Schmiedel SPD: Die haben Sie doch selber einberufen!)

Machen Sie endlich mal in Berlin das, was Ihnen seit Jahr und Tag geraten wird. Nehmen Sie die Steuerreform endlich ernst, und ziehen Sie sie vor.

(Abg. Zeller SPD: Sagen Sie das Ihrem Finanzminister!)

Benachteiligen Sie nicht die Personengesellschaften gegenüber anonymen Kapitalgesellschaften.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Das wären entscheidende Punkte, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Diese Regierung aus CDU und FDP/DVP in Baden-Württemberg braucht von Ihnen keine Nachhilfe. „Stuttgarter Zeitung“ vom 7. November 2001: „Die Wirtschaft läuft im Südwesten am besten“. „Südwest Presse“ vom 7. November: „Stellenmarkt im Land bundesweit an der Spitze“. Wir brauchen von Ihnen keine Nachhilfe, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Sie wiederholen sich ständig in Sachen Wohnungsbau. Verehrter Herr Schmiedel, Herr Fleischer und andere haben es Ihnen schon mehrfach gesagt: Wer in den letzten Jahren den Wohnungsbau gerade so wie wir, aber noch ein Stückchen überproportional zurückgefahren hat, das war der Bund. Wenn der Bund in dieser Woche hoffentlich eine Entscheidung trifft, dass wir im Wohnungsbau ein Programm bekommen, das zu einer Entschärfung der angespannten Situation in den Ballungsräumen führt, dann wird sich diese Landesregierung sofort zusammensetzen und schauen, ob sie eine Komplementärfinanzierung ermöglichen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Aber machen Sie uns nicht ständig Vorwürfe bezüglich des Zurückfahrens von Mitteln im Bereich Wohnungsbau, obwohl Sie Vorreiter sind beim Abbau der Unterstützung durch Wohnungsbaumittel, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Warum halten Sie dieser Regierung aus FDP/DVP und CDU eigentlich ständig das C1-Programm oder das Energiesparprogramm vor? Sie haben Anträge gestellt, aber keine müde Mark dafür zur Verfügung gestellt. Aber diese Fraktionen haben Anträge gestellt und das Geld dafür zur Verfügung gestellt. Das ist der entscheidende Punkt, wenn man handeln will, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Witzel?

**Wirtschaftsminister Dr. Döring:** Er kommt nachher sowieso noch einmal dran. Im Moment nicht, danke. – Aber eigentlich doch, Herr Dr. Witzel.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen – Zuruf von der SPD: Mal so, mal so!)

**Präsident Straub:** Bitte schön, Herr Dr. Witzel.

**Abg. Dr. Witzel GRÜNE:** Herr Dr. Döring, können Sie bitte zur Kenntnis nehmen,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sag einfach Ja!)

dass die haushaltswirksamen Anträge, die wir im Rahmen der Beratung zum Nachtragshaushalt gestellt hatten, in sich gedeckt waren, dass wir für jeden unserer Anträge einen Deckungsvorschlag gemacht haben?

(Abg. Schmiedel SPD: Das gilt auch für die SPD! – Lachen bei der CDU – Abg. Herrmann CDU: Sie haben wichtige Deckungsvorschläge gemacht!)

**Wirtschaftsminister Dr. Döring:** Herr Schmiedel, für Sie nehme ich es zur Kenntnis.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Jetzt sind wir gespannt!)

Verehrter Herr Dr. Witzel, Sie haben einen Ihrer Deckungsvorschläge unter anderem damit erbracht, dass Sie gesagt haben: Wir geben Hockenheim kein Geld. Dabei wissen Sie genau, dass wir das Geld – *pacta sunt servanda* – selbstverständlich geben müssen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Einen solch wirklich windigen Deckungsvorschlag überhaupt noch einmal zu erwähnen, halte ich für dermaßen daneben, das gibt es überhaupt nicht!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Oelmayer GRÜNE: Jetzt aber!)

Deckungsvorschläge zu bringen aus Bereichen, aus denen wir gar nichts wegnehmen können – übrigens auch gar nicht wollen –,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Wollen und können ist zweierlei!)

wobei Sie genau wissen, dass das rechtlich gar nicht ginge, das halte ich schon für ein starkes Stück, Herr Dr. Witzel. Deswegen machen wir seriöse Politik und Sie windige Vorschläge, meine Damen und Herren.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Sie sind immer seriös, ja, ja!)

Lassen Sie mich ein paar weitere Punkte ansprechen, die viel entscheidender sind. Herr Kollege Schmiedel, Herr Kollege Dr. Witzel, Sie haben ja darum gebeten, dass ich vor Ihnen rede, damit Sie nachher noch einmal erwidern können. Ich will Ihnen an ein paar ganz konkreten weiteren Beispielen aufzeigen, wie wir hier im Land arbeiten.



(Minister Dr. Döring)

Mir geht es darum, dass wir die 4,9 % Arbeitslosigkeit, die wir bei uns haben, wenn es geht, halten, nach Möglichkeit aber noch weiter reduzieren. Das ist doch völlig klar. Deswegen starten wir unsere Initiativen. In Zusammenarbeit mit Kammern, Verbänden, Gewerkschaften, mit allen, die in irgendeiner Weise mit Ausbildung zu tun haben, kümmern wir uns darum, dass wir auch die gering qualifizierten, die theorieschwachen Jugendlichen in Ausbildungsgänge bringen können, damit sie dem Markt als Arbeitskräfte zur Verfügung stehen können.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Deshalb kürzen Sie die Programme im Land, oder was?)

– Ich kenne, Frau Kollegin Haußmann, kein anderes Bundesland, das eine ähnliche Initiative auf den Weg gebracht hätte. Dass Ihnen das nicht wichtig genug ist, spricht gegen Sie, aber für diese Regierung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Wir haben zusammen mit dem Landesarbeitsamt und demselben Kreis, den ich vorhin angesprochen habe, am engagiertesten von allen Bundesländern die Initiative „Die über 50-Jährigen können es“ aufgegriffen. Wir reden nicht ständig larmoyant daher, wie Sie es machen, wir handeln konkret und eröffnen damit den Menschen in unserem Land Perspektiven.

(Abg. Bebber SPD: Der Hofer hat gejammert!)

Das ist der Unterschied zu Ihrer Politik, meine Damen und Herren.

Es ist für mich überhaupt keine Frage: Wir müssen – es gibt doch hoffentlich ein paar Punkte, über die man sich einigen kann – in den nächsten Jahren verstärkte Anstrengungen unternehmen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf deutlich zu verbessern.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Jetzt hält er wieder eine Oppositionsrede!)

Wir müssen in dieser Hinsicht mehr tun,

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Handeln, nicht schwätzen!)

weil wir in diesem Bereich ein großes Potenzial an qualifizierten Arbeitskräften sehen.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP – Zurufe von der SPD und den Grünen)

– Ich weiß gar nicht, warum Sie jetzt schon wieder jammern. Das ist eine Möglichkeit, zu einem Konsens zu kommen. Das ist Ihnen auch wieder nicht recht. Sie wissen, glaube ich, gar nicht, was Sie wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Herr Schmiedel stellt sich hier hin und behauptet wider besseres Wissen – das vermute ich einmal zu seinen Gunsten –,

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

diese Landesregierung würde im Zusammenhang mit Existenzgründungen oder mit der Lösung der Übernahmeproblematik nichts oder nur Unzureichendes tun. Kein anderes Bundesland hat im Zusammenhang mit der Übernahmeregelung solche Unterstützungen auf den Weg gebracht wie Baden-Württemberg, weil wir wissen, dass wir in den nächsten fünf Jahren Jahr für Jahr 11 000 Betriebe haben werden, bei denen die Nachfolge nicht geregelt ist. Mit diesen 11 000 Betrieben sind insgesamt etwa 700 000 Arbeitsplätze verbunden. Deswegen bringt diese Landesregierung ein Zwölf-Punkte-Programm auf den Weg, um die Übernahmen zu erleichtern, sie zu ermöglichen und damit Arbeitsplätze zu sichern. Das ist die Politik der Landesregierung. Von Ihnen, meine Damen und Herren, kommt in diesem Zusammenhang gar nichts.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Deswegen können wir auch von unserer Seite aus nach wie vor selbstbewusst sagen: Wir haben das umfassendste Existenzgründungsprogramm, wir haben die umfassendsten Maßnahmen im Zusammenhang mit der Übernahmeregelung, und wir sehen bei dem Fortschreiten dessen, was in Berlin geschieht: Das beste Konjunkturprogramm wäre eine neue Bundesregierung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmiedel.

**Abg. Schmiedel SPD:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, Sie haben im Sommer dieses Jahres – es gibt immer einen „Sommer-Döring“ und einen „Winter-Döring“;

(Vereinzelt Heiterkeit – Zurufe der Abg. Dr. Salomon GRÜNE und Ursula Haußmann SPD)

es ist jedes Jahr das Gleiche – bezüglich des Wohnungsbaus Folgendes wörtlich erklärt:

Die Förderung im Land muss sich am tatsächlichen Bedarf und nicht nur an der Höhe der Zuschüsse des Bundes orientieren.

(Zuruf von der SPD: Aha!)

Den Wohnungsbau stärker fördern – ein starker „Sommer-Döring“. Der „Winter-Döring“ ist immer ein bisschen schwächer.

(Abg. Dr. Birk CDU: Da muss der Bund einmal vorlegen!)

Er sagt: Wenn der Bund etwas macht, überlegen wir uns, ob wir auch ein bisschen mehr machen können.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Herr Minister, Sie haben es während Ihrer Amtszeit geschafft, das Thema Wohnungsbau als eigenständiges Feld einer Landeswirtschaftspolitik abzuräumen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(Schmiedel)

Schauen Sie nach Bayern, schauen Sie nach Nordrhein-Westfalen! Diese Länder nehmen das Gebot des Grundgesetzes ernst, wonach die Wohnungsbauförderung zunächst eine Angelegenheit des Landes ist und vom Bund komplementär finanziert wird, nach Maßgabe dessen, was notwendig ist.

Da die Wohnungssituation in der Bundesrepublik völlig unterschiedlich ist, ist es doch nicht verwunderlich, dass der Bund seine Förderung reduziert hat. Sie wissen, dass mehr notwendig ist, Sie aber tun nichts.

Derselbe Minister Döring, der zusammen mit dem Ministerpräsidenten die Steuerreform abgelehnt hat, der versuchte, sie zu blockieren, sagt: „Bitte zieht doch diese Steuerreform vor!“ Derselbe Minister, der in jeder Sitzung des Wirtschaftsausschusses, wenn man ihn auf die Notwendigkeiten anspricht, beispielsweise bezüglich der Wohnungsbauförderung, erklärt: „Ich würde ja gern, aber ich habe kein Geld mehr. Man hat mir die freien Verfügungsmittel von 90 Millionen auf 30 Millionen DM reduziert. Ich kann nicht mehr tun“,

(Minister Dr. Döring: Sie haben keine Ahnung!)

fordert: „Zieht doch die Steuerreform vor.“ Sie könnten nicht einmal mehr Ihr Pflichtprogramm absolvieren, ohne neue Schulden zu machen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Deshalb darf man Ihnen die Verantwortung im Bund nach wie vor nicht übertragen. Sie haben nichts anderes auf Lager als das alte Rezept „Schulden machen, Schulden machen, Schulden machen.“

(Minister Dr. Döring: Was?)

– Ja, natürlich! Sie wollen doch die Steuerreform vorziehen, ohne zu wissen, wie Sie das finanzieren können.

(Zuruf von der CDU)

Was der Bund in dieser Situation macht, ist völlig richtig:

(Abg. Dr. Birk CDU: Herr Schmiedel, Sie haben das November-Fieber!)

erstens gezielte Anstrengungen auf dem Arbeitsmarkt unternehmen – Job-AQTIV-Programm –, zweitens gezielte Investitionsförderung, insbesondere im Bereich der Infrastruktur Investitionen vorziehen.

Jetzt frage ich Sie, Herr Minister: Warum machen Sie eigentlich nicht Ähnliches für den Wohnungsbau wie das, was der Bundesverkehrsminister vorhat, nämlich künftige Einnahmen – nicht aus dem Haushalt, sondern aus der Schwerlastabgabe – heute zu kapitalisieren und dafür zu verwenden, um notwendige Ausbaumaßnahmen im Straßennetz des Bundes voranzubringen? Warum nutzen Sie nicht die hohen Mittel, die im Bestand liegen? Warum sagen Sie nicht: „Heute ist es notwendig, etwas zu tun“ und kapitalisieren Forderungen, die Sie haben?

Sie machen sich über die Ratschläge der unabhängigen Kommission lustig, die Sie selber angerufen haben. Diese

hat Ihnen vorgerechnet – und Sie haben nicht widersprochen –, dass wir im Bereich der Altbausanierung einen Bedarf von 50 Milliarden DM haben, auf zehn Jahre gerechnet jedes Jahr 5 Milliarden DM. Deshalb müssten wir über die Förderung des Energiesparens hinaus in eine große Wohnungsmodernisierungsförderung gehen, wie das andere Bundesländer auch machen, um dem Handwerk eine Perspektive zu geben. Während Ihrer Amtszeit, Herr Minister, ist die Beschäftigung im Bauhauptgewerbe um 70 000 Arbeitsplätze zurückgegangen.

(Abg. Hauk CDU: Holzmann lässt grüßen!)

Die Bauwirtschaft erwartet für das nächste Jahr einen Höchststand bei den Insolvenzen in Baden-Württemberg. Und da sehen Sie keinen besonderen Handlungsbedarf! Das ist erschreckend.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Jetzt, meine Damen und Herren, zum Schluss noch zu einem ganz trüben Kapitel in der Landeswirtschaftspolitik.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Noch trüber geht es doch nicht!)

Wir sind froh, dass es, insbesondere seit Rot-Grün in Berlin regiert, im Land besonders aufwärts gegangen ist.

(Lachen bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Birk CDU: Oje! Der Mann wird ganz rot!)

Aber wir ruhen uns natürlich nicht aus nach dem Motto „Weil es so gut läuft, lehnen wir uns zurück“, sondern wir haben natürlich den Anspruch, dass das Land Baden-Württemberg auch künftig bei der Wirtschaft im Bundesvergleich ganz vorne an der Spitze ist.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut!)

Wir wollen diesen Spitzenplatz nicht abgeben.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das ist gut so!)

Was sagt uns die Wirtschaft? Was ist die Wachstumsbremse für viele mittelständische, für viele Handwerksbetriebe? Der Fachkräftemangel.

(Abg. Hauk CDU: Lohnnebenkosten!)

Sie erlauben sich als Landesregierung eine Zuwanderungspolitik unter nur einer Perspektive: Was nützt uns im Wahlkampf? Sie fragen nicht, welche Fachkräfte die Wirtschaft braucht,

(Abg. Dr. Birk CDU: Herr Schmiedel, Popanz!)

Sie fragen nicht, was der Standort Baden-Württemberg braucht, sondern nur: Was nützt uns in einer ideologisch motivierten Auseinandersetzung bei der Bundestagswahl? Ihnen fehlt die politische Moral, endlich das zu machen, was notwendig ist,

(Abg. Dr. Birk CDU: Geschenk!)

(Schmiedel)

nämlich ein modernes Zuwanderungsrecht, das der Wirtschaft die notwendigen Arbeitskräfte gibt und Wachstum und Wohlstand in unserem Land sichert.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Witzel.

**Abg. Dr. Witzel GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Von der CDU und der FDP/DVP sind zwei Punkte angemahnt worden: zum einen die Deregulierung und zum anderen das Vorziehen der Steuerreform. Ich möchte dazu noch ein paar Worte sagen.

Wir Grünen meinen, eine Deregulierung über das hinaus, was derzeit besteht, hilft im Augenblick nicht weiter. Wir müssen feststellen, dass es schon heute eine Reihe von flexiblen Regelungen gibt. Es wird immer so getan, zum Beispiel von Ihnen, Herr Hofer, als ob es Flächenverträge gäbe, die undifferenziert über alle Betriebe gestülpt würden. Dabei wird übersehen, dass es heute schon eine Vielzahl von flexiblen Regelungen vor Ort gibt. Auch die Gewerkschaften verschließen sich nicht der Diskussion darüber, diese Regelungen betriebsnah auszugestalten.

Wir Grünen sagen klar und eindeutig: Eine Flexibilisierung nur zulasten der Beschäftigten tragen wir nicht mit.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Birk CDU: Das verlangt niemand! – Gegenruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das ist der Mann mit dem Stoiber! Das kann man sich doch merken!)

– Herr Birk, ja. Entschuldigen Sie, dass ich Sie vorhin falsch benannt habe.

Sie haben das Betriebsverfassungsgesetz als einen Negativposten angeführt. Ich darf darauf hinweisen: Gerade in kritischen Zeiten – und ich betone: wir haben zurzeit kritische Zeiten in diesem Bereich –

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Warum denn?)

ist die Mitarbeit der Betriebsräte ein wichtiges Kapital der Unternehmen.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Lasotta CDU)

Wenn Sie jetzt mit Kampfgeschrei daherkommen und Flexibilisierung, befristete Beschäftigungsverhältnisse usw. fordern, dann vergraulen Sie die Betriebsräte und machen möglicherweise die gute Zusammenarbeit kaputt. Das schadet letztendlich den Betrieben, das schadet der wirtschaftlichen Entwicklung, und das schadet auch dem Arbeitsmarkt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Zweiter Stichpunkt: Steuerreform vorziehen. Ich habe schon vorhin gesagt: Wir haben ja eine Steuerentlastung zu Anfang dieses Jahres gehabt, und dieses Finanzvolumen steht auch im nächsten Jahr als Entlastungsvolumen zur Verfügung. Zusätzlich kommt im Jahre 2002 ein Betrag

von etwa 5 Milliarden DM hinzu. Die Entlastung geht also weiter.

(Abg. Dr. Lasotta CDU: Die Ökosteuer frisst es wieder auf!)

Niemand von Ihnen hat bisher gesagt, wie Sie das Vorziehen der Steuerreform 2003 oder 2005 – da handelt es sich immerhin um 13,5 Milliarden DM bzw., wenn Sie 2005 vorziehen wollen, um 38,5 Milliarden DM – gegenfinanzieren wollen, einerseits auf Bundesebene und andererseits auf Landesebene, und wie Sie es mit dem Ziel der Nullverschuldung bis zum Jahr 2006 vereinbaren wollen.

(Abg. Dr. Birk CDU: Herr Witzel, das Thema ist vorbei! – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das ist auch deren Problem!)

Herr Döring hat zum Beispiel gefordert, die Steuerreform vorzuziehen. Da muss ich mich an ihn wenden. Wir müssen sehen, dass das Vorziehen der Steuerreform nicht nur auf Bund und Land wirkt und nicht nur Bund und Land in schwierige Situationen bringt, sondern vor allem auch die Kommunen. Die Kommunen müssen Investitionen streichen. Damit brechen auf dieser Ebene wichtige Aufträge weg.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Das hat der Berater aufgeschrieben! – Abg. Hofer FDP/DVP: Gut, dass er das Stichwort bringt!)

Ein Drittes zum Vorziehen der Steuerreform. Herr Birk, Sie haben gesagt, jetzt sei es vorbei.

(Abg. Dr. Birk CDU: Das ist vorbei!)

Es wurde gesagt, 2005 könnte man vorziehen. Wir müssen darauf hinweisen, dass es nicht nur darum geht, dass die Steuerreform Geld in die Tasche bringt, sondern dass es auch wichtig ist, dass es ausgegeben wird.

(Zuruf von der CDU: Da ist gar nichts drin in der Tasche!)

In dieser Lage ist es wichtig, dass wir auch etwas Vertrauen in die wirtschaftliche Entwicklung haben, dass wir Kontinuität zeigen und dass die Leute auch hier das Geld ausgeben und Investitionen tätigen. Wenn Sie eine solche Debatte anzetteln und alles nur schlecht reden – ich habe vorhin genügend Zitate dafür gebracht, dass es auch positive Prognosen gibt –, stören Sie damit die Konjunktur und verschlechtern die Situation am Arbeitsmarkt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich nochmals Herrn Wirtschaftsminister Dr. Döring.

**Wirtschaftsminister Dr. Döring:** Ich bedanke mich und bitte um Verständnis dafür, dass ich noch einmal das Wort ergreife. Aber wenn Sie, Herr Kollege Schmiedel, zum Wohnungsbau noch Ausführungen machen und meinen, eine Attacke gegen die Landesregierung reiten zu müssen,

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

(Minister Dr. Döring)

müssen wir, Herr Kollege Bebber, Ihnen einfach einmal die Zahlen für das Jahr 2001 nennen.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

– Frau Haußmann, Sie haben in dem Fall wirklich gar keine Ahnung. Deswegen sollten Sie ruhig sein. Sie blamieren sich nämlich mit Ihren Zwischenrufen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe)

– Herr Schmiedel, seien Sie jetzt einmal ruhig.

Sie haben im Zusammenhang mit dem Wohnungsbau einen Vorwurf gegen die Landesregierung erhoben und gesagt, wir würden hier nicht kofinanzieren. Wir haben 2001 vom Bund für den Wohnungsbau 43 Millionen DM erhalten. Das Land gibt 72 Millionen DM. Das ist weit mehr als eine Kofinanzierung, Herr Kollege Schmiedel.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das müssen Sie einmal zur Kenntnis nehmen.

Die Gutachten, die wir in Auftrag gegeben haben und die Sie mehrfach zitiert haben, haben ausgesagt, dass wir zur Verstärkung der Wohnraumversorgung in Baden-Württemberg etwa 50 000 Wohnungsfertigstellungen pro Jahr brauchen. Das ist bis in dieses Jahr hinein gelungen. Wenn wir jetzt sehen, dass das für das nächste Jahr wahrscheinlich deutlich schwieriger wird,

(Abg. Schmiedel SPD: Nichts! In diesem Jahr nichts! Sie wissen es ja noch gar nicht!)

läuft es auf das hinaus, was ich vorhin gesagt habe: Dann warten wir darauf, dass der Bund, was in diesen Tagen geschehen wird, erhöht, und dann wird das Land mitziehen und auch hier eine Kofinanzierung zur Verfügung stellen.

Dann haben Sie uns wieder wegen der Steuerreform kritisiert. Seit 1998 ist die Steuerlast für die Wirtschaft und die Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland um 43 Milliarden DM gestiegen. Jetzt wissen Sie, warum wir gegen diese Steuerreform waren, die die Kapitalgesellschaften bevorzugt und die benachteiligt, die Tag für Tag für Arbeits- und Ausbildungsplätze sorgen, meine Damen und Herren. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Dann kommen Sie hierher, Herr Schmiedel, und blasen sich in dieser Art und Weise mit der Zuwanderungsregelung auf.

(Abg. Schmiedel SPD: Und jetzt?)

– Noch einmal. Ich habe Ihren Zwischenruf nicht ganz verstanden. Das war auch artikulationsmäßig schwierig.

(Abg. Ruth Weckenmann SPD: Jetzt wollen wir einfach hören, was Sie meinen!)

– Frau Weckenmann, die Greencard, die Sie jetzt verlängern wollen, wird genau dem Bereich nicht helfen, der bei uns die größten Probleme hat.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Die Greencard für die Hochqualifizierten mit festgeschriebenen Einkommensgrenzen – sauhoch –, die keiner bezahlen kann, hilft genau denen nicht, die bei uns Tag für Tag auf der Matte stehen. Das sind die in den Gartenbaubetrieben. Das sind die in der Hotellerie und Gastronomie. Das sind die in den Gipsereibetrieben usw.

(Abg. Bebber SPD: Die können Sie nach Landesrecht hereinlassen!)

Mit der Greencard helfen Sie genau in diesem Bereich überhaupt nichts.

(Zuruf des Abg. Bebber SPD)

– Herr Bebber,

(Abg. Bebber SPD: Natürlich können Sie es machen!)

Ihre Gewerkschaftsfreunde verhindern doch, dass diese Leute bei uns arbeiten können. Das ist doch der entscheidende Punkt.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

– Abg. Fischer SPD: Jetzt aber! Das ist doch unmöglich!)

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aktuelle Debatte ist damit beendet.

Punkt 1 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum – REGIONEN AKTIV – Chancen aus dem Wettbewerb des Bundes für die Entwicklung von Modellregionen in Baden-Württemberg – Drucksache 13/308**

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: fünf Minuten für die Begründung und fünf Minuten je Fraktion für die Aussprache, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort sollte ich jetzt Herrn Abg. Walter erteilen.

(Zuruf von der CDU: Wenn er da wäre!)

– Er kommt.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Der ist extra noch beim Friseur gewesen!)

Herr Walter, Ihre Redezeit läuft bereits.

**Abg. Walter GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Unruhe)

Ich wusste nicht, dass der Herr Wirtschaftsminister heute so schnell fertig wird.

(Abg. Dr. Birk CDU: Der Walter ist ein Schläfer!)

– Gehen Sie einmal zur EnBW, und dann kommen Sie wieder, Herr Birk. Dort geht es ja drunter und drüber, seit Sie dabei sind.



(Walter)

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Birk CDU: Bei den Grünen, seit Sie dabei sind! – Abg. Fleischer CDU: Wieso, hat er Sie aufgeweckt?)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Über viele Jahrzehnte wurde eine Naturschutzpolitik betrieben, die auf Reservatsdenken konzentriert war. Man wollte in bestimmten Flächen Naturschutz haben und Naturschutz pflegen, und diese Politik ist gescheitert. Das hat man überall erkannt. Deswegen setzt man heutzutage auf großflächigen Naturschutz.

Gleichzeitig – und das ist ein weiterer positiver Aspekt – eröffnen sich dadurch für die Landwirtschaft natürlich auch neue Perspektiven, indem beispielsweise auf die Produktion hochwertiger Lebensmittel gesetzt wird.

Diesen Erkenntnissen konnte sich auch die Landesregierung nicht verschließen. Sie hat deswegen schon vor vielen Jahren 20 PLENUM-Gebiete beschlossen. Vor einigen Jahren hat sie auch neue Leitlinien der Naturschutzpolitik herausgebracht.

Das Problem, meine Damen und Herren, ist aber heute: Das Ganze geht nicht, wenn ich es nicht mit den entsprechenden Mitteln ausstatte. Genau da fehlt es aber in Baden-Württemberg. Ich zitiere einmal aus den Leitlinien der Landesregierung:

Die Ausgaben des Landes spiegeln nicht den tatsächlichen Bedarf wider.

Weiter heißt es:

Der zusätzliche Mittelbedarf für die Umsetzung der Gesamtkonzeption in sieben Projektgebieten liegt bei 6,5 Millionen DM jährlich.

Die Realität, meine Damen und Herren: Wir haben gerade zwei PLENUM-Gebiete in Baden-Württemberg. Rechnet man großzügigerweise noch Konstanz hinzu, sind es zweieinhalb. Von den sieben Gebieten, die zunächst einmal angestrebt waren, sind wir noch meilenweit entfernt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Deswegen, Herr Minister, sind wir gespannt, was Sie hierzu im kommenden Doppelhaushalt vorlegen werden. Werden Sie den Erwartungen gerecht?

(Abg. Alfred Haas CDU: Immer!)

Werden Sie das, was von Ihrem eigenen Ministerium gefordert wird, tatsächlich finanziell umsetzen?

Wenn dem nicht so ist, können Sie diese Leitlinien einstampfen. Wie lange sollen wir da noch warten? Oder Sie geben die Leitlinien im nächsten Jahr, wenn das Haus der Geschichte eröffnet wird, Herrn Dr. Schnabel als Materialsammlung. Mehr bleibt dann davon aber nicht mehr übrig.

(Beifall der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

Dagegen, meine Damen und Herren, hat die Bundesregierung mit der neuen Ministerin Künast gleich nach wenigen

Monaten ein Modellprojekt vorgelegt. Es heißt „Regionen Aktiv“, und damit soll der ländliche Raum gestärkt werden. Es soll nicht nur verbal neue Perspektiven geben, wie das in Ihren Leitlinien der Fall ist, sondern es sollen auch finanzielle Anreize geschaffen werden.

15 Gebiete, meine Damen und Herren, in der Bundesrepublik Deutschland bekommen die Chance, neue Perspektiven zu erarbeiten und umzusetzen. Vor diesem Hintergrund ist es doch geradezu fahrlässig, dass die Landesregierung diese Aktion hintertreibt. Da werden Briefe an untergeordnete Behörden geschickt, in denen es heißt: „Macht ja nicht mit!“, „Das ist ja nichts!“, „Da kommt nichts raus!“ Da werden ganz abenteuerliche Argumente ins Feld geführt.

(Unruhe)

Ich kann Ihnen das vorlegen. Beispielsweise sagt die Landesregierung,

(Abg. Fleischer CDU: Wie viel entfällt davon auf Baden-Württemberg?)

das Projekt sei nicht verfassungskonform, weil die Länder angeblich nicht genügend Mitspracherechte hätten. Herr Minister, wenn Sie wollen, bringe ich Ihnen die Aktenvermerke aus Berlin mit, aus denen klar hervorgeht, was die Länder gesagt haben. Sie haben nämlich gesagt: „Wir wollen nicht darüber entscheiden, sonst sind wir dem politischen Druck aus den jeweiligen Regionen ausgesetzt.“ Weil es die Länder gewünscht haben, hat man eben gesagt: „Ihr sitzt nicht in der Jury.“

(Abg. Fleischer CDU: Wie viele hundert Millionen gehen denn nach Baden-Württemberg?)

Das Zweite ist: Man soll nach drei Jahren weiterfinanzieren. Das wurde gefordert, und das steht jetzt schon wieder drin. Woraus geht das hervor? Das ist wirklich an den Haaren herbeigezogen.

Das schönste Argument, das ich wirklich schon witzig und drollig finde, ist, das Subsidiaritätsprinzip sei verletzt. Da will ich einmal fragen: Was verstehen Sie unter Subsidiarität? Die Projekte sollen aus den Regionen entwickelt werden, aus den Regionen kommen die Vorschläge. In den Regionen sitzen die Gruppen und die Akteure, die später alles umsetzen. Ja wie weit soll es denn noch heruntergehen? Wahrscheinlich zum CDU-Ortsverband. Wahrscheinlich ist das Ihre Subsidiarität.

Ich kann Ihnen nur sagen, meine Damen und Herren: Das ist kein Verstoß gegen das Subsidiaritätsprinzip, sondern der Verstoß gegen eine alte Regel, die von den Schwarzen in Anspruch genommen wird:

(Abg. Fleischer CDU: Das ist unglaublich!)

Der ländliche Raum gehört uns, und andere haben da nichts zu suchen und die Grünen schon gar nicht. Das ist Ihre Botschaft.

(Abg. Fleischer CDU: Wir sind die Einzigen für den ländlichen Raum!)

(Walter)

Meine Damen und Herren, es macht keinen Sinn, wenn Sie weiterhin Fundamentalopposition betreiben. Wenn die Parteipolitik höher steht als die Interessen des Landes, sind Sie als Regierung nicht an der richtigen Stelle.

(Beifall bei den Grünen)

Meine Damen und Herren, schon bei der Verabschiedung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes im Bundesrat hat die Landesregierung die Landwirte im Land schmählich im Stich gelassen. Wenn Sie die Projekte schon nicht selber genügend fördern, weil Sie nicht genügend Geld haben, Herr Minister, sollten Sie einmal schauen, wie man beides verbinden kann. Sinnvoller, als sich über Parteigrenzen hinweg zu streiten, ist es, zu versuchen, möglichst viele der 15 Projekte nach Baden-Württemberg zu holen. Natürlich ist unser PLENUM-Projekt etwas Ähnliches, und wir haben es auch immer unterstützt. Aber wir haben auch immer die Gelder dafür gefordert und sie im Gegensatz zu Ihnen in den Haushalt eingestellt.

(Abg. Fleischer CDU: Wie viel Geld bringen sie denn?)

– 50 Millionen DM für 15 Projekte.

(Abg. Fleischer CDU: Für 15 Projekte!)

– Ja, das können Sie durchrechnen.

(Abg. Fleischer CDU: Das ist politische Hochstapelei, mein Lieber, was Sie da machen!)

Es ist doch einiges mehr als das, was Sie bringen.

Deswegen appelliere ich an Sie, Herr Minister – darauf können wir auch in der zweiten Runde näher eingehen –: Versuchen Sie doch, die Ansätze, die vom Namen her verschieden sind, die aber von der Intention her dasselbe wollen, miteinander zu verbinden! Das wäre doch viel sinnvoller, als Briefe mit irgendwelchen Scheinargumenten zu schreiben, warum das Ganze nicht funktioniert.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Fleischer CDU: So machen wir es ja auch! – Abg. Alfred Haas CDU: Magerer Applaus!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Rück.

**Abg. Rück** CDU: Herr Präsident, verehrte Damen, meine Herren! Es ist verständlich, dass Verbraucherministerin Künast jetzt versuchen will, der Öffentlichkeit einen Nachweis für die Ernsthaftigkeit ihrer Bemühungen zu liefern. Zum Beweis soll im Rahmen eines Projektwettbewerbs die so genannte Neuausrichtung der Agrar- und Verbraucherschutzpolitik der Bundesregierung anhand von 10, 12 oder 15 Modellregionen exemplarisch dargestellt werden.

Ziel soll sein: sichere, hochwertige und bezahlbare Lebensmittel und Transparenz bei Produktion und Vermarktung. Ziel soll sein, landwirtschaftliche Produktion und Umwelt miteinander in Einklang zu bringen. Ziel soll sein, jenseits der traditionellen Produktion neue Einkommensquellen zu suchen, zum Beispiel im Tourismus und im Angebot von Dienstleistungen für die Natur- und Landschaftspflege.

Frau Künast will also im Grundsatz genau das, was wir in Baden-Württemberg schon seit Jahren erfolgreich betreiben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich frage Sie: Was soll man von einem Projektwettbewerb halten, der Neues verspricht, dabei aber lediglich die Ziele anstrebt, die bei uns im Land Baden-Württemberg schon lange erreicht worden sind?

(Beifall bei der CDU)

Baden-Württemberg hat seit langem eine herausragende und vor allem erfolgreiche Strukturpolitik für den ländlichen Raum betrieben und die Ökologisierung in der Landwirtschaft mit großem Erfolg und hohen finanziellen Mitteln durchgeführt,

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

und zwar praktikabel, wirksam, nachhaltig und vor allem mit den Bauern und nicht gegen die Landwirtschaft.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Abg. Walter GRÜNE: Sehr gutes Beispiel! Mit den Bauern!)

SchALVO, MEKA I und II und PLENUM sind hierfür EU-weit anerkannte Beweise.

(Beifall bei der CDU)

Integrierter Pflanzenschutz und vielfältiges Einsetzen von Nützlingen in der Pflanzenbehandlung sind ein Markenzeichen baden-württembergischer Agrarpolitik, und das nicht erst, seit Frau Künast als Ankündigungsministerin durch die Lande zieht.

(Beifall bei der CDU – Abg. Walter GRÜNE: Ist das Programm nur angekündigt, oder wird es durchgeführt?)

Dorfentwicklung und Strukturprogramm Ländlicher Raum – jetzt in einem fortgeschriebenen Programm zusammengefasst – haben in allen Regionen unseres Landes zu durchgreifenden Strukturveränderungen geführt und dafür gesorgt, dass eine Vielzahl von Arbeitsplätzen entstanden ist, und sie haben die gewaltigen Strukturveränderungen im Agrarbereich vor allem arbeitspolitisch und sozial abgefedert.

(Beifall bei der CDU)

Frau Künast will in großen Teilen jetzt genau das als neu verkaufen, was das Land Baden-Württemberg schon seit Jahren erfolgreich vormacht, und hinkt uns dabei nicht nur strukturpolitisch um Lichtjahre hinterher, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Frau Künast will mit dem Projekt „Regionen Aktiv“ nichts wirklich Neues, nichts Weltbewegendes und auch nichts, wogegen wir Grundsätzliches einzuwenden hätten –

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

(Riieck)

wäre da nicht die Verfahrensweise, nach der sich der Bund entgegen aller verfassungsrechtlichen Zuständigkeiten über alle Verwaltungsebenen hinwegsetzt und eine direkte Förderung von Einzelmaßnahmen auf örtlicher Ebene vorantreibt.

(Abg. Fleischer CDU: Unglaublich!)

Kolleginnen und Kollegen, Regionalentwicklung ist Ländersache, und seit vielen Jahren bestehen über alle Parteigrenzen hinweg intensive Bemühungen, dem Subsidiaritätsprinzip in der EU Geltung zu verschaffen. Wie, meine Damen und Herren, soll dieses Ziel jemals erreicht werden, wenn der Bund und Frau Künast sich noch nicht einmal auf nationaler Ebene entsprechend verhalten?

Im landwirtschaftlichen Bereich gibt es mit der betreffenden Gemeinschaftsaufgabe seit Jahrzehnten ein bewährtes Förderungsinstrument, das die Mitspracherechte des Bundes und der Länder sicherstellt.

(Abg. Teßmer SPD: Das wird doch damit nicht beendet! Das bleibt doch!)

Sinnvoll wäre es gewesen, wenn Frau Künast den Kahlschlag im Agrarbereich durch Herrn Eichel nicht widerspruchslos hingenommen hätte.

(Beifall bei der CDU – Lachen des Abg. Walter GRÜNE)

Sinnvoll wäre es gewesen, die Mittel der Gemeinschaftsaufgabe aufzustocken, bei der EU eine Komplementärfinanzierung zu erreichen und diese dann den Ländern für die ohnehin geplanten Maßnahmen zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Fleischer CDU: Das ist der richtige Weg! – Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Dieses Modellprojekt der Bundesregierung ist im Gegensatz zu unseren bewährten Programmen in keiner Weise ausgereift. Es greift zu kurz, und, meine Damen und Herren, ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass hier ein agrarpolitisches Feigenblatt entstehen soll, damit nicht schon vor der nächsten Bundestagswahl, wann auch immer sie jetzt stattfinden mag, das Scheitern der grünen Agrarpolitik eingestanden werden muss.

(Abg. Walter GRÜNE: Oh!)

Die vom Bund vorgesehenen Fördermaßnahmen entsprechen bzw. überlappen sich

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

mit Maßnahmen, die vom Land – zum Teil mit Kofinanzierungsmitteln der EU und des Bundes – seit langem angeboten werden. Die Ausschreibung des Bundes lässt zudem im Unklaren, wie in diesem Rahmen Doppelförderung und daraus folgende Sanktionen der EU vermieden werden können.

Meine Damen und Herren, ich möchte abschließend feststellen, dass Baden-Württemberg – und das ist statistisch

einwandfrei belegt – bei der ökologischen Nahrungsmittelproduktion und bei der Entwicklung gleichwertiger Strukturen in den ländlichen Räumen in der Bundesrepublik Deutschland, ja sogar EU-weit an der Spitze liegt. Der Wettbewerb „Regionen Aktiv“ fällt deshalb als echte Unterstützung oder Erneuerung kaum ins Gewicht, geschweige denn ist er Alternative oder wenigstens Ergänzung zu unseren Landesprogrammen. Er hat kaum Auswirkungen, und eigentlich lohnt es sich überhaupt nicht, darüber einen politischen Streit anfangen zu wollen, wie es die Fraktion GRÜNE in diesem Haus wohl vorhat.

Meine Damen und Herren, wie heißt es so schön: „Und das Gute liegt so nah.“ Es liegt nämlich hier bei uns in Baden-Württemberg. Deswegen werden wir die Landesregierung darin bestärken, die bereits beschrittenen Wege weiterzugehen, allerdings ohne die von Frau Künast beabsichtigte Gängelung der Länder.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Bravo! – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD – Abg. Walter GRÜNE: „Gängelung der Länder“! Die landwirtschaftliche Kompetenz der CDU ist aber auch weiß Gott wo geblieben!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Teßmer.

**Abg. Teßmer SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Vielleicht reden wir jetzt einmal ein bisschen über das Programm und nicht darüber, was irgendjemand falsch gemacht haben soll.

(Abg. Capezzuto SPD: Bravo! – Weitere Zurufe)

– Herr Haas, gehen Sie zum TÜV, dort können Sie Blödsinn machen, aber nicht hier!

(Heiterkeit – Abg. Alfred Haas CDU: Ich habe doch gar nichts gesagt!)

Ich möchte ganz kurz einen Satz dazu sagen, worum es hier überhaupt geht. Da gibt die Bundesregierung – übrigens nicht nur für agrarische Belange – für drei Jahre freiwillig 9 Millionen DM plus 10 000 DM für Planungskosten in die Länder, und das stolze Baden-Württemberg sagt: „Von Rot-Grün nehmen wir nichts.“

(Abg. Walter GRÜNE: Genau!)

Diese komische, eigenartige Handlungsweise haben Sie im Wissenschaftsressort nicht verfolgt. Als das Bundesbildungsministerium unsere beruflichen Schulen unterstützt hat, hat es nicht geheißen: „Nach der Verfassung ist das nicht richtig.“ Da hieß es: „Geld muss her!“ Jetzt sollten wir einmal ganz vorsichtig Tacheles reden.

Punkt 1: Wir müssen – das ist das Schlimme – in Konjunktiven reden, denn heute läuft der Bewerbungstermin des Programms aus.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

(Teßmer)

– Moment, Sie wären doch froh, wenn Sie eines gekriegt hätten, Frau Gurr. Also, so geht es nicht.

(Zuruf von der CDU: Sie heißt Gurr-Hirsch!)

– Lassen wir den Hirsch weg. Das war aber nicht unhöflich gemeint.

(Heiterkeit – Abg. Fleischer CDU: Wie soll man denn bei Ihrem Dialekt protokollieren?)

Ich darf ganz kurz einmal sagen, was mich an der Entscheidung der Landesregierung so gestört hat. Herr Minister, Sie haben antworten lassen – oder selbst geantwortet –, das Projekt bringe inhaltlich nichts Neues. Das stimmt halt nicht. Es bringt 9 Millionen DM, und das ist ebbes Neues.

(Abg. Fleischer CDU: Wie schreiben Sie denn das im Protokoll? Mit zwei b?)

– Seien Sie doch froh, dass ich nicht nur hochdeutsch kann, sondern auch Dialekt.

(Abg. Fleischer CDU: Man muss Sie auch noch verstehen!)

– Herr Fleischer, gehen Sie zum Sport, und machen Sie dort Ihren Teil.

(Beifall bei der SPD – Abg. Fleischer CDU: Ja-wohl!)

Herr Minister, Sie haben auch geschrieben, die Landesregierung sehe sich aus den dargelegten Gründen nicht veranlasst, mögliche Projektträger zu einer Beteiligung an dem Wettbewerb aufzufordern. Das finde ich sehr, sehr schade. Da hätte auch Herr Döring dabei sein müssen; denn mit dem Modell kann man auch Tourismus fördern.

Es geht um etwas ganz Einfaches: Sie haben gesagt, Herr Vorredner – damit Sie das mitnehmen – –

(Zuruf von der CDU: Rück heißt er!)

Es geht nicht nur um die Agrarier, sondern den Ländern wurde die Chance gegeben – – Übrigens ist vorgestern aufgesteckt worden, natürlich „aufgestockt“.

(Zuruf von der CDU: Nachgebessert! – Weitere Zurufe)

– Nein, die Nachfrage der anderen Länder ist größer, als wir gedacht haben. Jedes Land bekommt mindestens ein, wahrscheinlich sogar zwei Projekte.

Was passiert? Es dürfen sich Kommunen, Privatleute oder Leute, die Arbeitsplätze schaffen – –

(Zurufe von der CDU)

– Haben Sie schon einen Arbeitsplatz geschaffen? Also, seien Sie ruhig.

(Heiterkeit – Beifall bei der SPD – Abg. Drautz FDP/DVP: Wie viele haben Sie schon geschaffen, Herr Teßmer?)

– Er hat gemault, nicht ich.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Ach so! – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Abg. Teßmer, gestatten Sie eine Zwischenfrage – –

**Abg. Teßmer SPD:** Selbstverständlich. Aber bitte nicht auf die Redezeit anrechnen. Herr Kollege Reinhart, bitte. Wir haben ja dieselben Probleme.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Darf ich um mehr Ruhe bitten! – Herr Dr. Reinhart, bitte gehen Sie ans Mikrofon.

**Abg. Dr. Reinhart CDU:** Herr Kollege Teßmer, nachdem Sie die Frage nach der Schaffung von Arbeitsplätzen durch Kollegen so bewegt, frage ich Sie: Wie viele Arbeitsplätze haben Sie bisher geschaffen?

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Die Frage war professoral!)

**Abg. Teßmer SPD:** Ich habe mindestens so viele geschaffen wie Sie in Boxberg.

(Oh-Rufe von der CDU)

– Er hat doch noch gar nichts gemacht, er macht bloß immer dicke Arme.

Es geht hier nicht um die einzelnen Arbeitsplätze; das weiß auch Herr Haas. Wenn seine Bemerkungen immer so sinnvoll sein sollten und er sich vorher informieren würde, würde er sie nicht machen.

(Zuruf von der CDU: Zum Thema!)

Jetzt einmal ganz klar und deutlich: Wir müssen eines tun: Wir hätten drei Jahre lang 3 Millionen DM vergeben können, ohne dass es das Land auch nur einen Pfennig gekostet hätte. Damit hätte man vor Ort Projekte durchführen können, die Modellcharakter hätten und von denen auch andere lernen könnten – wie gesagt: ohne dass es uns etwas gekostet hätte. Darauf verzichten wir, weil es etwas mit Agrarwende zu tun hat! Das geht doch völlig an der Sache vorbei. Diese dreimal 3 Millionen DM hätten einer kleinen Region die Chance eröffnet, symbol- und modellhaft etwas vorzubereiten. Ich bin froh, dass nicht alle Baden-Württemberger auf Sie gehört haben, Herr Minister. Es gibt nämlich trotz Ihrer Negativkampagne viele Bewerbungen aus diesem Land.

Deswegen hoffe ich, dass man aus diesen Modellen, bei denen man ein bisschen Planungsfreiheit hat und bei denen man weiß, dass es nach drei Jahren keine weitere Finanzierung gibt, sondern dass das nur als Anschlag gedacht ist, etwas entwickeln kann, was vor Ort Sinn macht und was Arbeitsplätze schaffen könnte. Mehr will ich gar nicht sagen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Capuzzo SPD: Sehr richtig!)

Herr Minister, da ist es nicht fair, wenn Sie antworten, Sie hätten eine Doppelförderung befürchtet. Jeder, der im Untersuchungsausschuss „Ländliche Sozialberatung“ war, hat bei diesem Ablehnungsargument Ohrensausen bekommen.



(Teßmer)

Da haben Sie permanent doppelgefördert, und da hat kein Mensch etwas gesagt. Dann hat es geheißen: „Wir empfehlen das nicht.“ Das war Ihr bester Satz. Das ist die beste Reklame, wenn man sagt: „Wir wollen das nicht.“ Da haben die Leute zum ersten Mal hingehört, was wir denn eigentlich nicht wollen. Dadurch haben es ein paar gelesen, leider nicht der Vorredner von der Union. Der muss etwas anderes gelesen haben.

(Abg. Walter GRÜNE: Bäckerblume!)

Letzter Satz: Herr Minister, vielleicht haben Sie eine Chance verpasst. Wenn in Zukunft der Bund Geld nach Baden-Württemberg geben will,

(Abg. Fleischer CDU: Dann soll er es abliefern und den Mund halten!)

dann soll ihm das ermöglicht werden. – Wenn hier nur die reden dürften, die Kompetenz haben, dann dürften Sie überhaupt nicht reden.

(Abg. Fleischer CDU: Glauben Sie? – Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ich möchte Sie einfach bitten: Machen wir es in Zukunft anders. Der Bewerbungstermin für dieses Programm ist heute abgelaufen.

(Abg. Fleischer CDU: Weshalb reden Sie denn dann noch groß darüber?)

– Ich habe es nicht angefordert. – Wir reden also über Dinge, die eine Chance waren. Hoffen wir, dass es weitere neue Chancen gibt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drautz.

(Abg. Walter GRÜNE: So, Richie, jetzt leg los!)

**Abg. Drautz** FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Abg. Bebbler SPD: Das war das Beste!)

Der Wettbewerb steht zunächst unter einem falschen Vorzeichen. Der Begriff „Agrarwende“ ist falsch, denn die Menschen in unserem Land verstehen seit 1989 unter „Wende“ eine vollkommene Umkehr, und das ist, bezogen auf die Landwirtschaft, weder möglich noch vertretbar.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

In Baden-Württemberg wird der Weg zur multifunktionalen Landwirtschaft längst beschritten, denn nur 10 bis 15 % unserer Betriebe sind überhaupt globalisierungsfähig. Unsere Betriebe setzen daher mehr auf Regionalisierung.

(Abg. Walter GRÜNE: Das ist richtig!)

Das Positive an diesem Wettbewerb, für den übrigens heute Antragsschluss war – guten Morgen, liebe Grüne! –,

(Abg. Walter GRÜNE: Das wissen wir schon länger als ihr!)

ist und war, dass er die einzelnen Regionen wohl auch in Baden-Württemberg angeregt hat, über die Zukunftsvisionen nachzudenken.

Im Wirtschaftsraum Heilbronn haben wir daher diesen Wettbewerb zum Anlass genommen, nicht nur einen Antrag zu stellen,

(Abg. Walter GRÜNE: Sehr gut!)

sondern auch eine Vision zu entwickeln,

(Abg. Walter GRÜNE: Künast entwickelt Visionen!)

die im Zentrum ein Netzwerk der regionalen Partner als Regionalforum vorsieht, in dem alle gesellschaftlichen Gruppen mit einem Regionalisierungsprozess dies unterstützen, damit die regionale Wertschöpfung unserer Lebensmittelproduktion gesichert ist. Unser Ziel ist dabei nicht nur die Stärkung der Landwirtschaft, sondern auch der Erhalt der Kulturlandschaft.

Meine Damen und Herren, daraus wird deutlich, dass dieser Wettbewerb ganz tief in die Aufgaben des Landes eingreift und eine rechtzeitige Beteiligung erfordert hätte. Das ist für mich Anlass, noch einmal deutlich zu machen, wie wichtig es ist, konzeptionell alle Maßnahmen des Natur- und Landschaftsschutzes zusammenzufassen und politische Visionen weiterzuentwickeln. Mit dem Wettbewerb „Regionen Aktiv“ ist dies auf jeden Fall nicht möglich.

(Abg. Teßmer SPD: Wieso?)

Denn die Landespolitik zusammen mit der Kommunalpolitik ist und bleibt hier als Akteur gefordert. Für Baden-Württemberg ist es aber leider wegen der Darstellung nach außen wichtig, dass zumindest eine Modellregion ausgewiesen wird – hier spreche ich natürlich pro domo –,

(Abg. Walter GRÜNE: Region Heilbronn!)

um interessante politische Ansätze für die Weiterentwicklung unserer Agrar- und Naturschutzpolitik zu gewinnen.

Meine Damen und Herren, eine Vielzahl der Naturschutzprojekte – FFH-Richtlinie, PLENUM, Naturparks und jetzt „Regionen Aktiv“ – muss konzeptionell vernetzt werden. Das heißt, wir brauchen ein ganzheitliches Konzept unserer zukünftigen Naturschutzpolitik in Baden-Württemberg. Die Erfahrung der vergangenen Legislaturperiode hat gezeigt, dass vonseiten des Ministeriums Ländlicher Raum nicht genügend an einer solchen Konzeption gearbeitet wurde. Wir haben dies stets angemahnt.

(Abg. Walter GRÜNE: Kein Gehör gefunden!)

Wir erwarten vom MLR bis Mitte nächsten Jahres eine konzeptionelle Vernetzung der baden-württembergischen Naturschutzpolitik. Ich setze dabei voll auf unseren Minister Stächele.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Walter GRÜNE: Aha!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich dem soeben gelobten Minister Stächele.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das waren Vorschusslorbeeren! – Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele:** Das ist gut. Man kann nicht genug des Lobes kriegen.

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollege Walter hat ein Trauma: Frau Künast will Geld ausgeben, und keiner holt es in Berlin ab.

(Abg. Walter GRÜNE: In Baden-Württemberg!)

Wenn Frau Künast endlich die versprochenen Hunderte von Millionen für die BSE-Folgenbelastung und die BSE-Folgenbeseitigung gäbe,

(Lebhafter Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Sehr richtig!)

dann würde ich sogar mit dem Fahrrad nach Berlin fahren. Besser gesagt: Im Moment musst du mit dem Flieger hin, weil du nicht weißt, wie lange sie noch im Amt ist.

(Abg. Teßmer SPD: Bleiben Sie beim Thema!)

– Ich bleibe dabei. Wir sollten nämlich ein bisschen über das reden, Herr Teßmer, worum es wirklich geht.

(Abg. Teßmer SPD: Dann machen wir einen richtigen Tagesordnungspunkt daraus!)

Sie haben hier im Grunde wieder einen Popanz aufgebaut. Man hatte das Gefühl, dass da die ganzen Wohltaten von Berlin endlich ausgeschüttet werden. Ich will einmal die Hausnummer nennen: 50 Millionen DM über zwei Jahre.

(Abg. Rüeck CDU: Almosen! – Gegenruf von der SPD: Das ist besser als nichts!)

Das wird über 16 Bundesländer verteilt.

(Abg. Fleischer CDU: Politische Hochstapelei!)

Wenn man jedes Bundesland gerecht bedient – ich habe aber das Gefühl, dass man die rot-grün regierten Länder zuvorderst bedient –,

(Beifall des Abg. Kübler CDU)

dann gibt das für jedes Bundesland gerade einmal 2 bis 3 Millionen DM in zwei Jahren.

(Abg. Bebbler SPD: Das ist ja unseriös, was Sie da machen! – Abg. Walter GRÜNE: Das ist mehr, als ihr für vergleichbare Projekte gebt!)

– Nein, das ist nicht unseriös. Das ist das, was im Haushalt des Bundes noch nicht einmal abschließend etatisiert ist. Das kostet bei uns bald schon ein PLENUM-Projekt, über die Dauer der Jahre gesehen. Das geht über zwei Jahre. Das ist also ein Nasenwasser.

(Abg. Teßmer SPD: Ein Nasenwasser kann ganz gut sein! – Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

Aber lassen Sie mich jetzt einmal etwas zum Grundsätzlichen sagen. Subsidiarität ist ja kein Selbstzweck,

(Abg. Teßmer SPD: Aber ein Fremdwort!)

sondern Subsidiarität – ich erkläre es Ihnen, Herr Teßmer –

(Abg. Fleischer CDU: Aber man muss es auch kapieren!)

heißt doch nichts anderes, als dass wir das, was wir vor Ort sinnvoll und bürgernah erledigen können, auch dort behalten.

(Abg. Walter GRÜNE: Das wird doch gerade gemacht!)

Dafür haben wir über all die Jahre gegenüber Brüssel, gegenüber Bonn und gegenüber Berlin gemeinsam gekämpft. Nur deswegen, weil Frau Künast jetzt irgendwo ein bisschen politischen Aktionismus betreibt und vielleicht noch ein paar Duftnoten vor der Bundestagswahl braucht, sollen all diese Grundsätze nicht mehr gelten. Warum kann man denn, wenn man Geld hat, es nicht denen geben, die verfassungsmäßig dafür zuständig sind

(Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

und die die nötigen Kenntnisse haben? Frau Künast, geben Sie das Geld her! Geben Sie dieses Geld gar als Komplementärfinanzierung her!

(Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

Wir Baden-Württemberger würden sogar Komplementärmittel dazu bereitstellen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

Geben Sie es uns in die Gemeinschaftsaufgabe! Ich verspreche Ihnen, Frau Künast: Jede einzelne Mark wird in gewohnter Weise, wie bisher, in Agrarumweltmaßnahmen eingesetzt.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Teßmer?

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele:** Kollege Teßmer, selbstverständlich.

**Präsident Straub:** Bitte schön, Herr Teßmer.

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele:** Wenn er nicht wieder den Hirsch beleidigt.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Genau! Ja! So geht es nämlich nicht!)

**Abg. Teßmer SPD:** Ich entschuldige mich auch gern. So war das auch nicht gemeint.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Kapitale Hirsche sind etwas Schönes!)

(Teßmer)

Herr Minister, ich habe eine Frage: Können Sie mir zustimmen, dass dieses Programm – alles, was Sie eben aufgeführt haben, einschließlich – für kleine Projekte, die am regierungsmäßigen Gängelband nicht möglich wären, eine Chance bietet? Denn die waren Antragsteller und antragsberechtigt. Stimmt das, oder stimmt das nicht?

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele:** Lieber Herr Teßmer, da ist die klare Antwort: Aber das ist doch nichts Neues. Was machen wir denn mit dem PLENUM?

(Abg. Teßmer SPD: Aber es ist neues Geld!)

Aber dort gibt es keine Gängelei. Das ist ein subsidiäres Programm, das von unten her ausgefüllt wird.

(Abg. Fleischer CDU: So ist es! – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Das Neue ist jetzt bloß, dass der Bund im Grunde an den Ländern vorbei eigenständig mit wenig Geld – Hauptsache, es bringt die Einweihung im kommenden Bundestagswahljahr – irgendeinen Zauber ablassen will, den wir so nicht akzeptieren können.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Jetzt will ich aber ein paar andere Dinge sagen.

(Abg. Kübler CDU: Der kapiert es sowieso nicht!)

Ich verwahre mich dagegen, dass man sagt, wir seien gegenüber Frau Künast nicht kooperationsbereit.

(Abg. Teßmer SPD: Das habe ich nicht gesagt!)

Frau Künast muss nur kooperationsfähig sein. Es gibt da so viele Themen, die ich nennen könnte, zum Beispiel die Modulation.

(Abg. Walter GRÜNE: Ja, klar!)

Ich habe dieser Tage mit Herrn Fischler gesprochen. Das Ergebnis wird sein, dass wir wiederum für geringes Geld eine wahnsinnig große Bürokratie aufbauen, um Geld bei den Landwirten abzuschöpfen, bei denen, die den ländlichen Raum pflegen sollen. Danach brauchen wir wieder eine neue Bürokratie, um das Geld verteilen zu können. Wenn Sie so gute Kontakte zu Frau Künast haben und ihr auch eine gute Politik wünschen, warum sagen Sie ihr dann nicht, dass sie endlich kooperationsfähig werden und diesen Blödsinn lassen soll, weil in zwei Jahren EU-weite, aber nicht Berlin-gemäße Bestimmungen zur Modulation erlassen werden?

(Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

Ein anderes Thema sind die Agrarumweltmaßnahmen. Die Statistik aus dem Ministerium der Frau Künast hat dieser Tage ergeben – und ich trage es einmal vor, auch zur Ehre derer, die vor uns Politik gemacht haben –: Baden-Württemberg hat nach der Statistik von 1992/93 bis 2000 für Agrarumweltmaßnahmen 1 Milliarde DM aufgewendet.

(Abg. Fleischer CDU: Hört, hört!)

Nun kann man mit dieser Zahl allein nicht viel anfangen. Darum vergleiche ich sie mit der von Nordrhein-Westfalen. Dort ist ja die Speerspitze der grünen Umweltpolitik, Frau Höhn, zuständig: 68 Millionen DM im gleichen Zeitraum!

(Abg. Walter GRÜNE: Aber nicht seit 1993!)

– Bis 2000. Ich sage Ihnen gleich, was wir jetzt noch ausgeben. Zuerst aber noch Schleswig-Holstein: 35 Millionen DM. Wenn also welche daherkommen und uns in Sachen Agrarumweltmaßnahmen belehren wollen, kann man nur sagen: Guten Morgen, in Baden-Württemberg alles schon verwirklicht!

(Beifall bei der CDU)

Wir setzen das konsequent fort. Ich muss auch da noch einmal die Zahlen nennen, damit keine Legenden aufgebaut werden. Wissen Sie denn überhaupt – und wenn Sie es nicht wissen, sollten Sie es wissen, man muss ja darüber reden –, dass wir beispielhaft bei den Agrarumweltmaßnahmen vorangehen? Für MEKA geben wir in diesem Jahr 290 Millionen DM aus, für SchALVO 60 Millionen DM, für die Pflegeverträge, jene Vertragsnaturschutzregelungen, die in Baden-Württemberg besonders erfolgreich sind,

(Abg. Fleischer CDU: Ganz wichtig!)

18 Millionen DM, in der Summe sind es sogar 30 Millionen DM, die wir in diesem Bereich ausgeben. Also kurzum: Man muss uns in Sachen Agrarumwelt und auch Agrarumweltmaßnahmen keine Lehren erteilen.

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Nun wird also der Bund das Modellprogramm „Regionen Aktiv“ machen. Ich habe es schon angesprochen: Das ist im Grunde nichts Neues. Das hat damals mit dem Schwarzwaldprogramm begonnen und hat sich dann fortgesetzt mit regionalen Modellprojekten bis hin zu dem, was wir jetzt „PLENUM“ nennen, von dem wir gemeinsam der Ansicht sind, dass das gut vorangehen kann. Hätte mich Frau Künast angerufen und gesagt: „Stächele, ich habe 3 Millionen“, dann hätte ich gesagt: „Frau Künast, kommen Sie her. Ich zeige Ihnen PLENUM. Übermorgen können wir das dritte und vierte PLENUM-Projekt beginnen.“ So hätten wir es gemacht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Aber es lohnt sich, einmal in die Begründung hineinzusehen. Es gibt eine wunderschöne Glanzbroschüre zu diesen paar Märkern, die ausgegeben werden. Da heißt es im Vorwort, man wolle

weg vom Denken in Produktionsmengen und -kosten hin zu Qualitätsfragen und zur Wertschöpfung im ländlichen Raum.

Das ist in Ordnung, aber auch hier: Guten Morgen! Schauen Sie mal rein. Dieser Tage ist eine Expertise von einem Institut gemacht worden, ich glaube auf Initiative der Brüsseler Kommission. Dabei wurde festgestellt, die jetzigen Agrarumweltmaßnahmen seien europaweit nicht immer das Gelbe vom Ei, aber – so im letzten Passus, ein ganzer Passus – es gebe ein Land, nämlich Baden-Württemberg, das

(Minister Stächele)

sich schon 1992, als die erste Umstellung begann, damit nicht zufrieden gegeben habe und mit einem eigenen Maßnahmenprogramm, nämlich dem MEKA, dem Marktentlastungs- und Kulturlandschaftsausgleichsprogramm, genau in die richtige Richtung marschiert sei. Bevor alle anderen über so etwas gesprochen haben, haben Gerhard Weiser und die damaligen Agrarpolitiker der CDU dafür Sorge getragen, dass wir in Baden-Württemberg 1992 diesen richtigen Weg beschritten haben.

(Beifall bei der CDU – Glocke des Präsidenten)

**Präsident Straub:** Herr Minister, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abg. Teßmer?

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele:** Vielleicht am Schluss.

(Abg. Teßmer SPD: Nur einen Satz!)

– Lassen Sie mich doch ein bisschen zusammenhängend vortragen.

(Abg. Birzele SPD: Sonst verliert er den Faden!)

Ein Zweites will ich sagen. In diesem Vorwort ist mir noch Folgendes aufgefallen:

Die Verbraucherinnen und Verbraucher wollen sichere, hochwertige und bezahlbare Lebensmittel.

(Abg. Teßmer SPD: Das ist aber durch das Programm nicht gefährdet!)

– Nein. Aber da war ich ein bisschen enttäuscht von Frau Künast. Wissen Sie, was für Aussagen wir im Moment von denen, die für die Landwirtschaft zuständig sind, brauchen? Dazu gehört die Aussage: Wir müssen Sorge tragen, dass die Landwirte bei noch mehr Qualitätssicherung auch einen vernünftigen Preis für die Lebensmittel bekommen. Das gehört da hinein.

(Beifall bei der CDU)

Außerdem will man dafür Sorge tragen, dass landwirtschaftliche Produktion und Umwelt in Einklang kommen. Meine Damen und Herren, dazu muss man nur das neue Bundesnaturschutzgesetz verabschieden. Dann hat man den Einklang, aber in den Fundamenten zerstört.

Schließlich, das Dritte – ich entnehme diesem Vorwort einfach einmal, worin die Motivation dafür besteht, dass man dieses Programm so spektakulär in Szene setzt –:

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Man will der traditionellen Produktion neue Einkommensquellen sichern. Meine Damen und Herren, hierzu kann ich nur sagen: Guten Morgen! Seit 1995 gibt es in Baden-Württemberg das Programm „Ländlicher Raum“ – genau zur Arbeitsplatzsicherung, genau zur Sicherung eines zweiten Standbeins für Landwirte. 900 Millionen DM sind dadurch in den ländlichen Raum geflossen. Auch da braucht man keine neuen Ideen à la Frau Künast.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Kurzum: Frau Künast will uns Anstoß geben, Visionen zu entwickeln. Liebe Frau Künast, geben Sie das Geld her! Wir haben die Konzeptionen breit angelegt – in den Naturschutzgebieten, in den PLENUM-Gebieten, auch in den bestehenden Naturparks. Wir nehmen die EU-Richtlinie Natura 2000 auf. Ich garantiere Ihnen: Das Geld ist heute da, und morgen wird es im Land Baden-Württemberg sinnvoll, subsidiär, bürgernah vor Ort und kompetent ausgegeben.

(Beifall bei der CDU – Abg. Seimetz CDU: Sehr gut! Das ist halt ein Minister!)

Ich habe jetzt nur eine Bitte an all diejenigen, die diesen „großartigen“ Vorstoß von Frau Künast feiern: Schenken Sie unseren Regionen, den vielen Landräten, die jetzt zum Postkasten gefahren sind – auch Oberbürgermeister seien dabei, habe ich gestern gehört –, reinen Wein ein. Wer schon bei der ersten Ausschreibung darauf spekuliert, es könne eine Weiterfinanzierung mit Landesmitteln, Komplementärmitteln oder aus vorhandenen Programmen erfolgen – –

(Abg. Walter GRÜNE: Das ist doch nicht wahr!)

– Doch, in der ersten Ausschreibung war das enthalten.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Schauen Sie sich einmal an, was die bei uns auf sechs, sieben Jahre angelegten PLENUM-Gebiete an Geld abverlangen. Das ist wirklich nichts anderes, als den Mund wässrig zu machen, Appetit zu machen, und anschließend gibt es nichts zu essen, das Land soll herhalten. Dieses Spiel machen wir nicht mit.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt noch einmal zu dem falschen – ich möchte fast sagen: frechen – Vorwurf, wir hätten das boykottiert. Im Juni gab es einen Brief an Staatssekretär Dr. Wille im Ministerium von Frau Künast, in dem wir dazu aufgefordert haben: „Seid doch vernünftig, und macht das mit uns zusammen.“ Nichts da! Man hat selbst geschrieben, die Landesverwaltung sei nicht benötigt worden. Daraufhin haben wir an all diejenigen, die es wissen wollten, geschrieben: Wir sehen angesichts der Tatsache, dass man am Land vorbeigeht, überhaupt keine Veranlassung – wir sind gar nicht aufgefordert, sind geradezu gar nicht berufen –, jetzt im Grunde eine offensive Werbekampagne zu betreiben. Vielmehr kann sich jeder erkundigen.

(Abg. Teßmer SPD: Das hat doch gar keiner verlangt!)

Dann ist über das Internet jeder angesprochen worden. Im Grunde weiß jeder Bürgermeister, jeder Oberbürgermeister und Landrat um diese Geschichte. Denn man hat ja auch – den Grund dafür kennt man – großen Wirbel darum veranstaltet.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Schließlich habe ich im Oktober unsere Präsidien und die zuständigen Ämter ausdrücklich angewiesen: Gebt dort, wo immer man glaubt, mit diesem Modell etwas anfangen zu können, Amtshilfe, leistet Amtshilfe. Der Oberbürger-



(Minister Stächele)

meister von Öhringen hat gesagt: „Dazu brauchen wir keine Amtshilfe. Wir wissen, wie man solche Anträge ausfüllt. Wir sind realistisch genug, um zu wissen, dass in den meisten Fällen nicht unbedingt positiv beschieden wird,

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

zumal wenn das Budget, wie bei Frau Künast, so klein ist.“

Im Moment stehen, glaube ich, 250 auf der Matte, die sich dafür interessieren.

(Abg. Teßmer SPD: Besser als nichts!)

Das ist in Ordnung. Vielleicht bekommen wir ein Projekt, vielleicht bekommen wir 2 oder 3 Millionen DM

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

– um die geht es – in mehreren Jahren. Aber bitte sagen Sie all den Dutzenden aus Baden-Württemberg, die ebenfalls Anträge gestellt haben, sie mögen nicht enttäuscht sein, es sei nicht so ernst gemeint gewesen, es sei mehr für den Bundestagswahlkampf bestimmt gewesen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren, unter den Gästen auf der Zuhörertribüne begrüße ich besonders den Umweltminister der Republik Rumänien, Herrn Aurel Constantin Ilie.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Er wird begleitet vom Staatssekretär im Umweltministerium, vom rumänischen Generalkonsul für Baden-Württemberg, von Vertretern der Hanns-Seidel-Stiftung sowie von Herrn Ministerialdirektor a. D. Dr. Manfred König.

Die Delegation besucht heute Baden-Württemberg und führt Gespräche mit dem Ausschuss für Umwelt und Verkehr des Landtags sowie mit Herrn Umweltminister Müller.

Herr Minister, ich darf Sie und ihre Delegation sowie Ihre Begleitung sehr herzlich hier im Landtag von Baden-Württemberg willkommen heißen und Ihnen weiterhin einen erfolgreichen Verlauf Ihres Besuchs mit guten Gesprächen wünschen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Walter.

**Abg. Walter GRÜNE:** Herr Minister, Sie machen es sich wirklich zu einfach. Sie stellen sich hier hin und sagen: „Wegen der paar Märker!“ und sind nicht in der Lage, eine Aussage darüber zu machen, wie viele Märker Sie eigentlich bringen. Ich habe vorhin schon klar gesagt: Sie sind mit dem, was in Ihrem Haushalt steht, meilenweit, Millionen von Mark von dem entfernt, was Ihr eigenes Ministerium fordert. Sorgen Sie also, bevor Sie über andere herziehen, dafür, dass im nächsten Doppelhaushalt auch die ent-

sprechenden Gelder stehen. Dann können Sie sich wieder hier hinstellen.

(Beifall bei den Grünen)

Zweitens haben Sie „Subsidiarität“ gesagt. Ich möchte Sie nur einmal daran erinnern: Das Projekt PLENUM in Isny/Leutkirch ist deshalb so mühsam in die Gänge gekommen, weil zwei Minister gekommen sind, Herr Schäfer und Herr Weiser, und die betroffenen Bürgermeister noch gar nicht gewusst haben, um was es überhaupt gehen soll. Und dann reden Sie von mangelnder Subsidiarität bei einem Projekt, das explizit in den Regionen entwickelt wird.

(Abg. Teßmer SPD: Verfassungsrechtlich bedenklich!)

Das ist wirklich hanebüchen.

(Beifall bei den Grünen)

Und dann sagen Sie „Modulation“. Wenn es Ihnen wirklich um Gelder für den ländlichen Raum ginge, würden Sie sich anders verhalten. Sie wissen genau, dass das ein Vielfaches an Geld bringt, weil wir das von Berlin kofinanziert bekommen. Das heißt, Ihre Verweigerung gegenüber der Modulation schadet dem ländlichen Raum in Baden-Württemberg. Das müssen Sie endlich zur Kenntnis nehmen.

Sie haben dann gesagt: ein Freibetrag von 100 000 DM. Ich habe im Ministerium nachgefragt, wie viel Betriebe in Baden-Württemberg überhaupt betroffen wären.

(Abg. Teßmer SPD: Minimal!)

Es wären 196 Betriebe. 80 % unserer Betriebe fallen unter den Freibetrag von 20 000 DM,

(Abg. Teßmer SPD: So ist es!)

und um die geht es. Die werden mehr Geld haben. Da fragt man sich wirklich, für wen Sie eigentlich Politik machen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Teßmer SPD: Sehr gut! Für Großagrarier!)

Jetzt zitiere ich einmal, weil gesagt wird: „Wir machen alles schon“, aus einer Kabinettsvorlage, die uns zugespielt wurde.

(Abg. Gaßmann SPD: Hoi!)

Das ist wirklich schön zu hören. Da heißt es – von der Abteilung 6 an die Abteilung 2 –:

Bislang

– bislang –

hat Baden-Württemberg bei der Förderung des ökologischen Landbaus im bundesweiten Vergleich zur Spitzengruppe gehört.

In Anbetracht der vor allem durch die BSE-Krise veränderten Rahmenbedingungen sind allerdings sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene Verbesserungen

(Walter)

bei den Förderkonditionen geplant. Vor diesem Hintergrund soll die Förderung des ökologischen Landbaus im MEKA als Element einer verbraucherorientierten Agrarpolitik gestärkt werden.

(Beifall des Abg. Birzele SPD)

Das heißt doch, schon allein die Ernennung von Frau Künast zur Ministerin, schon allein die Ankündigung der Programme macht Ihnen Beine, schon allein das sorgt dafür, dass Sie Ihre Programme ändern.

Sie haben das HQZ verbessert,

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Sie haben das MEKA-Programm ökologisiert, und Sie reden auch sonst davon, wir müssten mehr für den Ökolandbau tun. Ich sage Ihnen: Ohne eine Frau Künast würden Sie das nicht tun. Deswegen: Hören Sie endlich mit der billigen Polemik auf.

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

– Herr Hauk, hören Sie noch zu, ich komme auch gleich zum Ende.

Genauso falsch ist es, wenn Sie, Herr Minister, sagen, Sie müssten sich einem Sparkatalog widersetzen. Das Gegenteil ist der Fall. Frau Künast gehört zu den wenigen Ministerinnen bzw. Ministern, die aus den Sparverhandlungen mit Herrn Eichel mit einem Plus herausgekommen sind. Das muss man einfach einmal anerkennend zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Teßmer SPD: So ist es!)

Geben Sie deshalb, meine Damen und Herren, um Schaden von den Regionen abzuwenden, Ihre Fundamentalopposition auf.

Ich will noch ein Beispiel nennen, das EEG. Ein Landwirt verdient bis zu 30 000 DM dazu. Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, wäre dieses Gesetz blockiert worden; dann hätten die Landwirte gar nichts bekommen.

Lassen Sie mich persönlich noch etwas anmerken, Herr Minister: Sie sind nicht prädestiniert für die Rolle des ewig gestrigen Blockierers, des Verweigerers. Das ist keine Rolle, die Sie wirklich glaubhaft spielen können. Diese Rolle ist auch im Landtag durch den Ministerpräsidenten schon bestens besetzt.

(Heiterkeit)

Der spielt sie glaubwürdig. Deswegen, Herr Minister – ich kenne Sie ja gut genug –: Treten Sie in Dialog mit Frau Künast. Dabei kommt für das Land mehr heraus, als wenn Wahlkampfsprüche gemacht werden.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Unruhe – Zurufe: Doch! Der Minister!)

– Der Herr Minister bittet noch einmal ums Wort.

Das Wort hat Herr Landwirtschaftsminister Stächele.

(Abg. Teßmer SPD: Jetzt kommt das Dialogangebot!)

**Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Stächele:** Das Dialogangebot steht dauernd, aber man muss sich auch kritisch und unter Umständen auch einmal hart aufeinander setzen, wenn es einfach geboten ist.

Ich würde gern noch Folgendes anmerken. Ich habe die Zahlen genannt, die zeigen, wie viel für Agrarumweltmaßnahmen im Land Baden-Württemberg 2001 bereitgestellt wird: 290 Millionen DM MEKA, 60 Millionen DM SchALVO, 20 Millionen DM vertraglicher Naturschutz. Das kann sich sehen lassen und ist im bundesweiten Vergleich einmalig und in der Rangliste vorn. Wir werden im Entwurf des nächsten Haushalts deutlich machen, dass wir uns unserer Pflichtaufgabe bewusst sind, nämlich Natura 2000. Da werden Mittel eingestellt. Europaweit wird im Moment ermessen, was diese Entwicklungspläne ausmachen soll, welche Inhalte sie haben sollen. Also ganz, ganz klar: Millionen für Natura 2000. Das ist sicherlich Geld, das an anderer Stelle nicht so vorhanden ist und verwendet werden kann.

Wir verweigern nicht die Modulation im Grundsätzlichen. Nur sage ich immer wieder: Im Hinblick auf die Bürokratie, die unbestrittenermaßen anfällt, wäre es am gescheitesten, man würde hohe Freibeträge festlegen. Wir haben gesagt: Macht einen Freibetrag von 50 000, 60 000 oder 70 000 DM; dann könnte gerade bei der kleinstrukturierten Landwirtschaft in Baden-Württemberg eine Unmenge Bürokratie vermieden werden. Das ist nicht durchgegangen, zugebenermaßen nicht allein wegen des Widerstands von Frau Künast, sondern auch wegen des Widerstands anderer Länder, auch von Ostländern und von CDU-regierten Ländern. Aber kurzum: Was jetzt kommt, birgt die Gefahr in sich, dass es in zwei Jahren durch Brüsseler Modulation überholt wird. Sie müssen sich einmal von unserem Haus sagen lassen – Ihnen werden ja Unterlagen „zugespielt“, deswegen können Sie sich sicherlich an dieser Quelle auch einmal erkundigen –, welcher hoher Verwaltungsaufwand notwendig ist, um die Modulation bei diesen geringen Ertragsmengen durchführen zu können.

Übrigens zu dieser Geschichte: Ich würde ja nie hergehen – Herr Walter, generell zum Stil – und sagen, mir sei etwas zugespielt worden und ich zitierte daraus. Der Vorgang des Zuspieldens einer internen Vorlage des Ministeriums ist schon schändlich genug. Ich würde mir diese Schändlichkeit nicht auch noch an den Kittel heften. Das einmal generell dazu, weil es nicht zu vermeiden ist.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Abg. Teßmer SPD: Vielleicht war es Absicht, damit es bekannt wird!)

(Minister Stächele)

Man soll sich auf das berufen – das gilt auch künftig, wenn Papiere irgendwo aus einer Abteilung herauskommen –, was der Minister abschließend nach interner Prüfung hier vorträgt. Alles andere sind Arbeitspapiere. Punktum.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Teßmer SPD: Das gilt dann auch für Berlin!)

Sagen Sie Frau Künast nur noch eines: D'accord, für Baden-Württemberg nichts Neues. Wir brauchen die multifunktionelle Landwirtschaft. Das heißt, die Nahrungsmittelproduktion allein gibt es nicht mehr her. Da darf man sich nichts vormachen. Der Preis allein sichert die Existenz nicht. Es müssen weitere Standbeine dazukommen, zum Beispiel bezahlte Dienstleistungen in der Landschaftserhaltung. Auch Frau Künast sagt: multifunktionelle Landwirtschaft. Aber sagen Sie ihr, sie solle nicht, bevor diese multifunktionelle Landwirtschaft bei ihr beginnt, mit massiven Sparmaßnahmen à la Agenda 2000 – 500 Millionen DM allein für Baden-Württemberg – die Landwirtschaft kaputt machen. Das ist entscheidend. Man muss das eine propagieren und darf nicht auf der anderen Seite der Landwirtschaft Existenzgrundlagen entziehen. Wenn Sie in diesem Sinne mithelfen und ein bisschen auf Frau Künast Einfluss nehmen, so sie denn weiter im Amt bleibt, bin ich gern an Ihrer Seite.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren, wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 13/308. Abschnitt I ist ein Berichtsantrag. In Abschnitt II wird Kenntnisaufnahme begehrt. Herr Abg. Walter, mir scheint das erledigt zu sein.

(Abg. Walter GRÜNE: Ja!)

– Dann brauchen wir nicht darüber abzustimmen.

(Abg. Walter GRÜNE: Nein!)

– Das ist in Ordnung. Der Antrag ist insgesamt für erledigt erklärt.

Damit ist Tagesordnungspunkt 2 erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

#### **Wahl von Mitgliedern des Kuratoriums der Staatlichen Toto-Lotto GmbH**

Meine Damen und Herren, das Kuratorium der Staatlichen Toto-Lotto GmbH besteht gemäß § 12 des Gesellschaftsvertrags aus 15 Mitgliedern, darunter acht Mitgliedern des Landtags, wobei jede Fraktion mit mindestens einem Abgeordneten vertreten sein soll. Danach ergibt sich folgende Verteilung der Kuratoriumsmitglieder auf die Fraktionen: CDU-Fraktion vier, SPD-Fraktion zwei, FDP/DVP-Fraktion eines, Fraktion GRÜNE ebenfalls eines.

Ein gemeinsamer Vorschlag aller Fraktionen für die Wahl der Kuratoriumsmitglieder liegt Ihnen vor (*Anlage 1*).

Dann darf ich darum bitten, die Wahl offen durchzuführen. Gibt es dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall.

Wer entsprechend dem Vorschlag der Fraktionen die dort aufgeführten Damen und Herren wählen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann hat der Landtag die vorgeschlagenen Damen und Herren einstimmig zu Mitgliedern des Kuratoriums gewählt. Ich danke Ihnen.

Punkt 3 der Tagesordnung ist erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

#### **Wahl von Mitgliedern des Medienrats der Landesanstalt für Kommunikation**

Nach § 41 Abs. 2 des Landesmediengesetzes entsendet jede Fraktion des Landtags einen Vertreter in den Medienrat der Landesanstalt für Kommunikation. Vier weitere Vertreter werden aufgrund von Vorschlägen der Fraktionen vom Landtag im Wege der Verhältniswahl nach dem d'Hondt'schen Höchstzahlverfahren gewählt.

Von den Fraktionen sind folgende Herren in den Medienrat entsandt: von der CDU-Fraktion Herr Hans Volle aus Tuttlingen, von der SPD-Fraktion Herr Abg. Max Nagel, von der Fraktion der FDP/DVP Herr Hagen Kluck, von der Fraktion GRÜNE Herr Abg. Jürgen Walter.

Die vier weiteren Vertreter des Landtags müssen heute gewählt werden. Nach dem d'Hondt'schen Höchstzahlverfahren entfallen davon zwei Vertreter auf die CDU-Fraktion und zwei Vertreter auf die SPD-Fraktion.

Ein gemeinsamer Wahlvorschlag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD liegt auf Ihren Tischen (*Anlage 2*). Von der CDU-Fraktion werden die Herren Abg. Dr. Birk und Wieser und von der SPD-Fraktion die Herren Abg. Braun und Junginger vorgeschlagen.

Bitte verwenden Sie den Wahlvorschlag als Stimmzettel. Wenn Sie ihn unverändert abgeben, haben Sie entsprechend dem Wahlvorschlag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD gewählt.

Sie sind an die Vorschläge nicht gebunden. Sie können Namen streichen und andere hinzufügen. Allerdings müssen Stimmzettel als ungültig angesehen werden, die mehr als vier Namen enthalten.

Ich darf nun die Schriftführer bitten, die Stimmzettel einzusammeln.

(Wahlhandlung)

Ich schließe die Wahlhandlung und schlage vor, dass wir das Ergebnis in der Mittagspause feststellen.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

#### **Herstellung des Einverständnisses zur Berufung von sieben sachverständigen Persönlichkeiten in das Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung**

Meine Damen und Herren, nach der Bekanntmachung der Landesregierung über die Errichtung einer Landeszentrale für politische Bildung vom 25. Januar 1972, zuletzt geändert durch die Bekanntmachung der Landesregierung vom 30. April 1990, beruft der Ministerpräsident neben den



(Präsident Straub)

vom Landtag bereits nominierten Abgeordneten sieben sachverständige Persönlichkeiten ebenfalls für die Dauer einer Legislaturperiode in das Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung, und zwar im Einvernehmen mit dem Landtag.

Mit Schreiben vom 2. November 2001, das den Fraktionen in Ablichtung zugeleitet worden ist und das Ihnen vervielfältigt vorliegt, hat Herr Staatssekretär Böhmler um das Einvernehmen zur Berufung folgender sachverständiger Persönlichkeiten gebeten: Herr Dr. Hermann Huba, Stuttgart, Herr Oliver Moses, Stuttgart, Herr Paul Schobel, Stuttgart, Herr Ernst Mutscheller, Stuttgart, Herr Werner Göbel, Oppenau, Herr Rainer Dahlem, Stuttgart, und Frau Christina Ohligmacher, Weinheim.

Wer der Berufung dieser Damen und Herren zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit hat der Landtag sein Einvernehmen mit der Berufung der von mir aufgeführten Damen und Herren in das Kuratorium der Landeszentrale für politische Bildung erklärt.

Punkt 5 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

### **Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Ausführung wohnungsrechtlicher Gesetze (AGWoG) – Drucksache 13/384**

Das Präsidium hat für die Aussprache nach der Begründung durch die Regierung eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Staatssekretär Dr. Mehrländer.

**Staatssekretär Dr. Mehrländer:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Kernstück des heute von der Landesregierung eingebrachten Gesetzentwurfs zur Ausführung wohnungsrechtlicher Gesetze ist die Umsetzung des Bundesgesetzes zur Reform des Wohnungsbaurechts. Das Wohnungsbaureformgesetz des Bundes wird am 1. Januar 2002 in Kraft treten, und wir wollen das Landesrecht so rasch wie möglich an das neue Bundesrecht anpassen. Insbesondere beabsichtigt die Landesregierung, die Wohnraumförderung in dem kommenden Jahr 2002 bereits auf der Grundlage des Wohnraumförderungsgesetzes des Bundes durchzuführen.

Meine Damen und Herren, zu dem Wohnungsbaureformgesetz des Bundes möchte ich in diesem Zusammenhang nur auf einige Punkte kurz hinweisen. Die Landesregierung unterstützt die Konzeption des neuen Rechts, die Förderung auf hilfebedürftige Haushalte zu konzentrieren. Eine Förderung breiterer Schichten, wie sie die bisherige Konzeption des Zweiten Wohnungsbaugesetzes vorgesehen hatte, ist im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung schon aus finanziellen Gründen nicht mehr möglich. Gefördert werden sollen in Zukunft diejenigen Haushalte, die sich auf dem Markt nicht angemessen mit Wohnraum versorgen können und daher auf Hilfe angewiesen sind, sei es im Rahmen der Eigentumsförderung oder im Rahmen der Mietwohnraumförderung.

Die Landesregierung hält auch die Fortentwicklung des sozialen Wohnungsbaus zur sozialen Wohnraumförderung für richtig; denn es war aus unserer Sicht seit langem geboten, die starke Ausrichtung des bisherigen Förderrechts auf den Neubau zu ändern.

Nach dem neuen Wohnraumförderungsgesetz des Bundes können künftig im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung auch Bestandsmaßnahmen gefördert werden, etwa der Erwerb von bestehendem Wohnraum, Modernisierungsmaßnahmen oder der Erwerb von Belegungsrechten.

Wir halten auch den Verzicht auf die Differenzierung nach Förderwegen für richtig. Maßgeblich ist nach dem neuen Bundesrecht der Inhalt der Förderzusage. Das entspricht der bisherigen Förderpraxis des Landes im so genannten dritten Förderweg.

Wir wollen darüber hinaus auch den Kommunen die Möglichkeit geben, das Wohnraumförderungsgesetz des Bundes bei eigenen Fördermaßnahmen zu nutzen, und eröffnen ihnen, den Kommunen, damit den ganzen Gestaltungsspielraum der bundesrechtlichen Regelungen.

Meine Damen und Herren, zur Umsetzung des neuen Wohnungsbaurechts: Die Voraussetzung hierfür soll Artikel 1 des eingebrachten Ausführungsgesetzentwurfs schaffen. Auf der Grundlage der entsprechenden Ermächtigungen können das Wirtschaftsministerium, die Landesregierung bzw. die Kommunen die notwendigen Umsetzungsbestimmungen treffen. Es ist vorgesehen, sich bei der Nutzung der neu geschaffenen Ermächtigungen an der bisherigen Praxis zu orientieren.

Aufgrund des sachlichen Zusammenhangs enthält Artikel 1 des Gesetzentwurfs zudem Regelungen über die Verwendung von Rückflüssen aus Wohnungsbaudarlehen sowie über die Mittelfreigabe vor Inkrafttreten des Staatshaushaltsplans. Auf diese Weise werden die einschlägigen Regelungen im Ausführungsgesetz zusammengefasst und auch an die Terminologie des neuen Rechts angepasst.

Meine Damen und Herren, das Wohnraumförderungsgesetz des Bundes ordnet insbesondere die für die Fördermaßnahmen maßgeblichen Einkommensgrenzen und die Einkommensermittlung neu. Das hat unmittelbare Auswirkungen auf das Fehlbelegungsabgaberecht, und durch Artikel 3 des Gesetzentwurfs werden im Bereich der Fehlbelegungsabgabe die neuen Regelungen eingeführt.

Da diese Regelungen etwa für Haushalte mit Kindern etwas höhere Einkommensgrenzen als bisher vorsehen, wird die Anpassung zu einer leichten Entlastung vieler Fehlbelegterhaushalte führen.

Zudem soll das Ausführungsgesetz dazu genutzt werden, um in Artikel 2 die derzeitige Zuständigkeitsregelung für den Bereich des Wohngelds an den heutigen Sprachgebrauch anzupassen. Eine inhaltliche Änderung der Zuständigkeitsregelung ist damit nicht verbunden.

Meine Damen und Herren, zum Schluss: Im Anhörungsverfahren sind zum vorliegenden Gesetzentwurf keine Einwendungen erhoben worden. Die Zielsetzung der Landesregierung, das Wohnraumförderungsgesetz des Bundes



(Staatssekretär Dr. Mehrländer)

rechtzeitig zum 1. Januar 2002 umzusetzen, setzt ein Inkrafttreten des Ausführungsgesetzes auch zum 1. Januar 2002 voraus. Ich bitte Sie daher um rasche Beratung und um Zustimmung zu dem Gesetzentwurf.

Danke.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Mack.

**Abg. Mack** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Bund hat zum 1. Januar 2002 ein neues Wohnraumförderungsgesetz erlassen. Wir machen dazu das notwendige Ausführungsgesetz. Für die darniederliegende Baukonjunktur in Deutschland ist dadurch aber nichts gewonnen. Eigentlich sind die ökonomischen Rahmenbedingungen für Bauinvestitionen so günstig wie lange nicht mehr. Bereinigt sind die Preise für baureifes Land in den letzten Jahren nicht gestiegen; die Baupreisentwicklung ist eher rückläufig. Die Zinsen für Baugeld sind um über 2,5 Prozentpunkte gefallen, Baugeld gibt es heute für weniger als 5 %, und die Bürger wissen: Jetzt sollte man bauen oder Wohneigentum erwerben; denn günstiger wird es nicht mehr.

Was hindert sie aber daran?

Der erste Grund ist, dass Deutschland seit Monaten sehenden Auges in eine Wirtschaftskrise rasselt, ohne gegenzu-steuern.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/  
DVP)

Wer Angst hat um seinen Arbeitsplatz, fängt nicht unbedingt an, ein Eigenheim zu bauen. Die Bekämpfung der zunehmenden Arbeitslosigkeit muss in Berlin endlich erste Priorität bekommen.

Der zweite Grund ist die verfehlte rot-grüne Steuerpolitik. Die Steuerlastquote der Bürger ist unter Rot-Grün um einen Prozentpunkt gestiegen. Wer dem Bürger das Geld so aus der Tasche zieht, der kann doch nicht erwarten, dass dieser dann mit dem enteigneten Geld die Bauwirtschaft ankurbelt.

(Beifall bei der CDU)

Zusätzlich zu den allgemeinen Steuererhöhungen wurden potenzielle Bauherren mit insgesamt acht Einzelmaßnahmen, die alle eine Steuererhöhung bedeuten, abgeschreckt: von der Absenkung der Einkommensgrenzen für die Eigenheimzulage bis hin zur Verlängerung der so genannten Spekulationsfrist von zwei auf zehn Jahre. Zur verfehlten Steuerpolitik kommt eine kropfunötige Reform des Mietrechts.

(Abg. Fischer SPD: Euch fällt aber auch nichts anderes mehr ein! – Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Würden Sie mal etwas zum Gesetzentwurf sagen, der hier debattiert wird!)

Schließlich wurde die Chance vertan, im Rahmen der Förderung der privaten Altersvorsorge die Schaffung von Wohneigentum besser zu berücksichtigen.

Im Ergebnis stellen wir fest: Die rein ökonomischen Rahmenbedingungen fürs Bauen stehen gut; aber die rot-grünen Gesetze sind nicht nur schlecht, sondern miserabel.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Fischer SPD: Wer hat denn die Wohnungsbauförderung heruntergefahren?)

Baden-Württemberg hat im Bundesrat beantragt, in diesem neuen Wohnraumförderungsgesetz den Mindestbetrag für die Wohnraumförderung des Bundes von 230 Millionen Euro auf 500 Millionen Euro anzuheben. Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre betrug die Bundesfinanzhilfe 560 Millionen Euro. 500 Millionen Euro wären also nicht schlecht gewesen.

(Abg. Fischer SPD: Und vorher?)

– Vorher war es noch deutlich höher, Herr Kollege.

(Abg. Fischer SPD: Das glauben nur Sie!)

Die Bundesregierung hat unseren Antrag abgelehnt. Im Haushaltsentwurf des Bundes für 2002 sind tatsächlich nur 230 Millionen Euro veranschlagt, also der Mindestbetrag. Für Baden-Württemberg sind das gerade einmal 22 Millionen Euro.

(Abg. Blenke CDU: Lächerlich!)

Im Land versuchen wir, die vorhandenen Mittel für den Wohnungsbau möglichst effektiv einzusetzen. Vor allem im Bereich der Altbaumodernisierung stocken wir auf. Wir fördern weiterhin die Bildung von Wohneigentum, vor allem für Familien mit Kindern.

Wir bitten Sie von Rot-Grün: Stimmen Sie dem Ausführungsgesetz zu. Aber nehmen Sie auch zur Kenntnis: Die Wohnungsbaupolitik

(Abg. Schmiedel SPD: Ist Klasse!)

muss die nächste Bundesregierung besser machen.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Gaßmann.

**Abg. Gaßmann** SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin über die Äußerungen des Herrn Kollegen Mack, der nun alles wieder auf die Bundesregierung schiebt, schon höchst verwundert. Kein anderes Bundesland hat den sozialen Wohnungsbau so stark zurückgefahren wie Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

1995 wurden in diesem Land noch 24 000 Wohnungen gefördert. Jetzt sind es gerade noch 2 400. Das Land hat drastisch reduziert, mehr als es der Bund getan hat. Dann allein die Reduzierungen auf Bundesebene zu beklagen grenzt schon an Dreistigkeit.

Wir beraten heute das Gesetz zur Ausführung wohnungsrechtlicher Gesetze. Meine Damen und Herren, es gehört

(Gaßmann)

zu den großen Leistungen der rot-grünen Koalition, dass sie die Reform des sozialen Wohnungsbaus endlich auf den Weg gebracht und geschafft hat.

(Abg. Mack CDU: Ohne Geld!)

Wir brauchen diese Reform, vor allem deshalb, weil sie mehr Flexibilität und Spielraum bringt, weil sie weniger Regeln beinhaltet und weil sie eine Bestandsorientierung mit sich bringt, die das bisherige Gesetz nicht hat. Das hat der Staatssekretär zutreffend ausgeführt.

Wir können es der Landesregierung aber nicht ersparen, auch noch einmal die Rolle, die sie in dieser Gesetzes- und Reformdiskussion gespielt hat, zu erörtern.

Ich erinnere an den Brief des Wirtschaftsministers vom März dieses Jahres, in dem er die Reform des sozialen Wohnungsbaus rundweg abgelehnt hat, zum Beispiel mit der Begründung, man brauche in diesem Lande keinerlei Mietwohnungsbauförderung mehr – eine Feststellung, die total an den Bedürfnissen in den Städten und Ballungszentren vorbeigeht und die sogar gegen das Wahlprogramm der FDP/DVP verstößt, wenn ich es richtig kenne. Denn auch dort wird die Forderung erhoben, altengerechtes und betreutes Wohnen staatlich zu fördern. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die FDP/DVP will, dass auch noch die Alten und Siechen ihre Wohnung als Eigentum zu kaufen haben.

Die Behauptung – auch in diesem Schreiben an Bundesbauminister Bodewig –, das Ziel, eine ausreichende Wohnungsversorgung sicherzustellen, sei bereits überschritten und deswegen sei eine Förderung nicht mehr nötig, entspricht in keiner Weise den Realitäten und ist ein Hohn für diejenigen, die in den Städten Wohnungen suchen. Ich habe mir die Zahlen jetzt geben lassen: Allein in Stuttgart und in Mannheim stehen in den Notfallkarteien fast 6 000 Haushalte, die dringend auf eine Mietwohnung warten.

Was ich nun gar nicht verstanden habe, war die Forderung des Wirtschaftsministers in seinem Schreiben an den Bundesbauminister, die Berechtigung zu einem Sozialwohnungsbezug auf die Kleinstverdiener zu beschränken. Wenn dies geschehen wäre, dann hätten wir die sozialen Probleme, die wir jetzt schon in vielen Sozialwohnungsquartieren haben, potenziert. Wenn nur noch der Sozialhilfeempfänger die Berechtigung für eine Sozialwohnung erhält, dann liefert man die sozialen Probleme in diesen Gebieten gleich mit.

Lassen Sie mich noch zur Ausführungsbestimmung kommen. Wir stimmen dieser Gesetzesvorlage im Wesentlichen zu. Wir sehen allerdings Beratungsbedarf in der Frage des Inkrafttretens. Das Bundesgesetz sieht vor, dass Fehlbeleger zukünftig entlastet werden sollen, weil eine familienfreundliche Komponente eingeführt worden ist, das heißt höhere Freibeträge für Kinder. Es ist eigentlich nicht einzusehen, warum genau die Familien, die jetzt von der Fehlbelegungsabgabe entlastet werden sollen, nicht sofort entlastet werden sollen, sondern erst in zwei Jahren. Da besteht Beratungsbedarf.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Hofer.

**Abg. Hofer** FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Ausführungsgesetz, das wir in erster Runde beraten, bietet, bei Lichte betrachtet, wenig Grund für Debatte und Auseinandersetzung. Es geht in erster Linie um nichts anderes als um eine gesetzestechnische Anpassung bestehender Regeln, die nicht verändert werden. Die kommunalen Landesverbände und die Verbände der Wohnungswirtschaft haben zugestimmt. Es gibt niemanden, der irgendwo Bedenken hat. Betrachten Sie es bitte nicht als ein Zeichen von Oberflächlichkeit, sondern als ein Zeichen gewisser Intelligenz, wenn ich mich kurz fasse.

Interessant sind die materiellen Regeln der Wohnungsbauförderung. Das Gesetz des Bundes steht heute nicht zur Abstimmung und auch nicht zur Beratung. Das ist längst geschehen. Der Herr Staatssekretär hat einige Ausführungen dazu gemacht. Es ist alles gesagt, wenn auch nicht von jedem. Aber ich will nicht jeder sein, der noch etwas dazu sagt.

Das Einzige, was in diesem Ausführungsgesetz, bei dem sonst alles beim Alten bleibt – das muss man wissen bei all den Suaden, die dazu gemacht werden –, neu ist, ist, dass man mehrere gesetzliche Regelungen zusammengefasst hat, zum Beispiel das Gesetz über die Bindung von Rückflüssen von Darlehen. Auch die Fehlbelegungsabgaberegulation ist dort angebunden worden.

Inhaltlich ist das einzig Neue, dass der Bundesgesetzgeber seinen materiell-rechtlichen Regelungen einen besseren Einkommensbegriff zugrunde gelegt hat, der den kinderreichen Familien und den Alleinerziehenden etwa 10 % mehr Spielraum lässt. Es ist erfreulich, dass das jetzt mit dieser Ausführungsregelung verbunden ist. Deshalb stimmen wir gerne zu.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Witzel.

**Abg. Dr. Witzel** GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Zu Beginn des nächsten Jahres tritt das neue Wohnraumförderungsgesetz auf Bundesebene in Kraft. Dieses Gesetz der rot-grünen Bundesregierung schafft die Grundlage für eine zeitgemäße Fortführung des sozialen Wohnungsbaus.

Das geltende Recht stammt bekanntlich noch aus der Nachkriegszeit. Damals ging es darum, viel Wohnraum für die breiten Schichten der Bevölkerung zu schaffen, und es ging auch darum, überhaupt Wohnungen zu schaffen, weil in der Nachkriegszeit der Wohnraum sehr knapp war. Diese Punkte sind heute so nicht mehr gegeben. Deshalb ist es richtig und notwendig, dass dieses Gesetz aus der Nachkriegszeit geändert wird.

Die wichtigen Ziele wurden schon genannt. Erster Punkt: Da Wohnungen in großer Zahl vorhanden sind, muss man sich zunehmend um den Wohnungsbestand kümmern. Für

(Dr. Witzel)

uns ist wichtig, dass Wohnungspolitik nicht heißt, immer draußen auf der grünen Wiese neue Siedlungen zu erschließen und Flächen zu verbrauchen, sondern das Flächenproblem ernst zu nehmen und den Wohnungsbestand mehr ins Blickfeld zu rücken.

(Beifall bei den Grünen)

Zweiter Punkt: Zielgruppe sind jetzt nicht mehr die breiten Schichten der Bevölkerung, sondern nur die Haushalte, die sich nicht aus eigener Kraft am Markt versorgen können. Das heißt, die knapper werdenden Mittel müssen wir konzentrieren auf die Personen, die das Geld wirklich nötig haben. Das wird als Konsequenz in der Landespolitik bedeuten: Wir werden den sozialen Mietwohnungsbau wieder stärker fördern müssen. Da tut das Land derzeit echt zu wenig.

Drittes Ziel ist: Das ökologische und auch das behindertengerechte Bauen soll besser gefördert werden.

Diese drei Kernziele unterstützen wir Grünen. Wir können daher zu dem Gesetzentwurf, der jetzt auf Landesebene vorliegt und mit dem das Bundesgesetz auf Landesebene umgesetzt werden soll, Zustimmung signalisieren.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Hofer FDP/  
DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Gesetzentwurfs Drucksache 13/384. Es ist Überweisung an den Wirtschaftsausschuss beantragt. – Sie stimmen diesem Vorschlag zu.

Punkt 6 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Bevor ich die Sitzung unterbreche, rufe ich noch einmal **Tagesordnungspunkt 4** auf:

#### **Wahl der Mitglieder des Medienrats der Landesanstalt für Kommunikation**

Ich gebe das Ergebnis der Wahl bekannt. Bei diesem Wahlgang wurden 89 Stimmzettel abgegeben. Darunter waren keine Neinstimmen und keine Enthaltungen. Auf Herrn Abg. Dr. Birk entfielen 88 Stimmen, auf Herrn Abg. Wieser entfielen 88 Stimmen, auf Herrn Abg. Braun entfielen 83 Stimmen, auf Herrn Abg. Junginger entfielen 81 Stimmen. Die genannten Kollegen sind damit zu Mitgliedern des Medienrats der Landesanstalt für Kommunikation gewählt.

Wir haben damit Tagesordnungspunkt 4 ebenfalls erledigt.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14:00 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:21 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:00 Uhr)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

#### **Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Umstellung landesrechtlicher Vorschriften auf Euro und zur Änderung des Fischereigesetzes (Euroumstellungsgesetz Baden-Württemberg – EurUG) – Drucksache 13/313**

#### **Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 13/400**

#### **Berichterstatter: Abg. Herrmann**

Das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Herrmann, Sie erhalten das Wort.

**Abg. Herrmann** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Gesetz ändern wir 39 Gesetze und stellen die DM-Beträge auf Euro um. Im Regelfall erfolgt diese Umstellung im Verhältnis 1 Euro zu 2 DM. Allerdings wird, um Verluste durch Abrundung per saldo zu kompensieren, teilweise durch Auf- oder Abrundung der nächstmögliche volle Eurobetrag genommen. Wichtig ist mir die Feststellung, dass das Gesetz haushaltsneutral umgesetzt wird. Es bringt keine Mehrbelastung für die Bürgerinnen und Bürger und auch keine Kostensteigerung.

Mit diesem Gesetzentwurf wird auch das Abgeordnetengesetz geändert. Dort wird bei den Diäten und Pauschalen genauso wie im öffentlichen Dienst und in der Wirtschaft der exakte Umrechnungskurs genommen. Es handelt sich also bei dieser Gesetzesänderung um keine versteckte Diätenerhöhung.

Zusätzlich wird mit diesem Gesetz das Fischereigesetz in einigen kleinen Punkten geändert. Das Wort „Wettfischen“ wird gestrichen, um deutlich zu machen, dass das bei uns nicht zulässig ist, und einige wenige Änderungen gibt es bei den Fischereischeinen.

Im Ständigen Ausschuss ist noch eine Änderung beim Gesetz über die Finanzierung der Fraktionen eingefügt worden. Dadurch wird die pauschale Rücklagenbildung auf eine gesetzliche Grundlage gestellt. Alle vier Fraktionen in diesem Haus sind der Meinung, dass 60 % der Einnahmen den Rücklagen zugeführt werden können. Damit übernehmen wir im Prinzip die Regelung des Bayerischen Landtags. Der Rechnungshof hält diesen Satz für zu hoch. Wir haben das im Ständigen Ausschuss zur Kenntnis genommen. Bei dieser Frage handelt es sich aber um eine politische Einschätzung, die rechtlich zulässig ist, und deshalb wurde der Satz von 60 % einmütig beschlossen.

Wir können dem Gesetz einstimmig zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Röhm  
CDU: Bravo!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Beber.

(Abg. Hauk CDU: Die Redezeit setzt Maßstäbe!)



**Abg. Bebber SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Etwas, was sicherlich recht selten geschieht, passiert heute: Ich kann mich den Ausführungen meines Vorredners vollinhaltlich anschließen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU –  
Abg. Hauk CDU: Hervorragend!)

Ich habe das nicht gesagt, um von der CDU-Fraktion Beifall zu bekommen, aber das ließ sich nicht vermeiden.

(Abg. Herrmann CDU: Bei uns sind mehr da!)

Worauf ich besonders hinweisen möchte: Wir mussten eine rechtliche Regelung für die Fraktionsrücklagen treffen, weil das vonseiten des Rechnungshofs beanstandet worden war. Dass es inhaltlich so geregelt wurde, begegnet keinerlei rechtlichen Bedenken. Der Rechnungshof meint zwar, das sei ein bisschen hoch, aber das ist gewissermaßen dessen politische Ansicht und für uns im Parlament rechtlich natürlich nicht bindend.

Im Übrigen freuen wir uns, dass nunmehr das Landesamt für Besoldung und Versorgung die Überstundenvergütung für die Polizeibeamten, die unter Hinweis auf die Euromstellung gestoppt worden war, zahlen kann, sobald wir das Gesetz heute in zweiter Lesung beschlossen haben.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Theurer.

(Abg. Teßmer SPD: Der kriegt auch sein Geld vom Landesamt!)

**Abg. Theurer FDP/DVP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! In einem Land wie Baden-Württemberg, das aus Sparern besteht, sind Fragen der Währung von ganz besonderer Bedeutung. Dem wird die Präsenz im Plenum heute Nachmittag allerdings nicht gerecht. Das liegt wahrscheinlich daran, dass das Euromstellungsgesetz

(Abg. Bebber SPD: Wenn Sie das nicht gesagt hätten, hätte es keiner gemerkt! Jetzt steht es im Protokoll!)

– eben; deshalb habe ich es gesagt, Herr Kollege – eine Formsache ist oder von uns so angesehen wird. Allerdings bewegt die Einführung des Eurobargelds die Bevölkerung doch stärker, als man glaubt. Umfragen belegen: Auch zweieinhalb Monate vor der Einführung des Eurobargelds – mittlerweile sind es sogar weniger – glaubt nur jeder zweite Deutsche an den Erfolg dieser neuen Währung. Die große Mehrheit nimmt gegenüber der neuen Währung – das ist wiederum erfreulich – allerdings eine pragmatische Haltung ein. 68 % sagten im Oktober, sie würden den Euro nicht besonders mögen, würden sich mit ihm aber arrangieren.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Der Optimismus ist immerhin gewachsen. Glaubten im März noch 41 % an den Erfolg der neuen Währung, meine Damen und Herren, so waren es im Oktober bereits 49 %.

Wie viele es heute sind, im November, weiß ich nicht zu sagen. Dies zeigt aber, dass wir auch im Schlussspur zum Jahresende mit unseren Bemühungen nicht nachlassen sollten, die Bevölkerung über die neue Währung aufzuklären. Deshalb möchte ich hervorheben, dass es richtig war, dass sich die baden-württembergische Landesregierung entschlossen hat, eine Euroaufklärungskampagne durchzuführen. Dies war richtig und hat dazu beigetragen, dass die Zahl derjenigen gestiegen ist, die der Einführung des Euro nun mit Optimismus entgegengucken.

Viele Bürgerinnen und Bürger befürchten, dass die Umstellung von D-Mark auf Euro zu Preis- und Gebührenerhöhungen führt. Deshalb ist es uns wichtig – und das stelle ich für die FDP/DVP-Fraktion fest –, dass dies mit dem Euromstellungsgesetz auch nicht erfolgt ist. Wir nutzen die Umstellung gerade nicht dazu, um Gebühren und Entgelte zu erhöhen. Im Gegenteil, das Gesetz wird vielfach dazu genutzt, um eine Glättung nach unten vorzunehmen. Ersatzleistungen des Landes dagegen werden in der Regel nach oben angepasst.

Damit leistet das Land Baden-Württemberg mit dem vorgelegten Entwurf einen Beitrag, nach dem sich die Befürchtungen der Bürger als unbegründet erweisen. Dies führt im Landeshaushalt zu Wenigereinnahmen bzw. Mehrausgaben von rund 193 000 DM. So hoffen wir, mit dem Euromstellungsgesetz einen Beitrag dazu zu leisten, dass die Befürchtungen der Bürger ausgeräumt werden.

Vielen Dank.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Blenke CDU: Donnernder Applaus der gesamten FDP/DVP-Fraktion!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Frau Abg. Lösch, wollen Sie für die Grünen das Wort ergreifen?

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Nein! – Abg. Herrmann CDU: Es gibt keinen Redezwang!)

– Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorliegen.

(Zuruf)

– Vonseiten der Abgeordneten liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Weil es bemerkenswert kurze Redezeiten waren, will ich doch darauf hinweisen: Die Erklärung der CDU hat 2 Minuten 16 Sekunden und die Anschlussklärung der SPD 1 Minute 22 Sekunden gedauert.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU – Abg. Herrmann CDU: Zustimmung bei der CDU!)

Der Vertreter der FDP/DVP hat 2 Minuten 47 Sekunden gesprochen.

Herr Minister Dr. Goll, Sie haben das Wort. Sie haben beachtliche Vorgaben.

(Heiterkeit – Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle und Blenke CDU)



**Justizminister Dr. Goll:** Herr Präsident, ich werde Sie nicht enttäuschen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich zunächst bei meinen Vorrednern, dass sie trotz ihrer kurzen Redezeit das meiste eigentlich schon gesagt haben. Ich will jetzt nicht so weit gehen, lieber Herr Abg. Bebber, zu sagen, dass das die erste wirklich gute Rede war, die ich von Ihnen gehört habe.

(Heiterkeit – Abg. Bebber SPD: Sie sind zu weit gegangen! – Gegenruf des Abg. Blenke CDU: Die Wahrheit darf man sagen!)

Ich bedanke mich jedenfalls auch bei Ihnen für die Unterstützung.

Es geht in der Tat um ein ganzes Bündel von Maßnahmen, die insbesondere im Zuge der Euroumstellung notwendig und sinnvoll sind. Ich glaube, dass in diesem ganzen Bündel nichts Bedenkliches enthalten ist. Das erklärt auch die kurze Behandlung hier im Parlament.

Auch mir kommt es nur noch einmal darauf an, darauf hinzuweisen, dass wir bei der Umstellung auf Euro von der bürgerfreundlichen Linie ausgegangen sind: ein Euro gleich zwei Mark. Wir haben das nur dort, wo das zu unvermeidbaren Ausfällen geführt hätte, durch Aufrundungen ein bisschen ausgeglichen. Ich sage das deswegen noch einmal, weil bei der Umstellung auf Euro die Gefahr besteht, dass man sich ein bisschen schleichend bedient. Genau das ist nicht passiert. Der Euro ist kein „Teuro“, sondern es wurde eine faire Lösung gewählt, mit der die Bürger gut fahren.

Man kann sich fragen, was die Fischerei mit dem Euro zu tun hat. Der Grund ist ganz einfach: Wenn wir das nicht verbinden würden, müssten wir gesondert an das Fischereigesetz herangehen. Das wäre im Sinne der parlamentarischen Ökonomie nicht sinnvoll. Deshalb hat man das verbunden. Es ist sicherlich auch sinnvoll, die Änderung des Abgeordnetengesetzes und die Änderungen beim Recht der Fraktionen mit in dieses Vorgehen einzubinden, weil es natürlich einen Sachzusammenhang gibt.

Ich darf Sie um Zustimmung zu dem gesamten Paket bitten und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wie lange habe ich geredet, Herr Präsident?

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Minister, herzlichen Dank, Sie haben es in 1 Minute und 55 Sekunden geschafft.

(Abg. Zeller SPD: Die erste gute Rede!)

Nunmehr liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen somit in der Zweiten Beratung zur **E i n z e l - a b s t i m m u n g**. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 13/400.

Ich rufe auf:

Erster Teil

Vorschriften aus dem Geschäftsbereich des Justizministeriums

Artikel 1

Änderung des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit

Wer diesem Artikel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Artikel 2 bis 7

Wer diesen Artikeln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf:

Zweiter Teil

Vorschriften aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum

Artikel 8 bis 22

Wer diesen Artikeln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Artikel 23

Änderung der Verordnung zur Festsetzung der Fischereiabgabe nach der Unterseefischereiordnung

Dazu verweise ich auf Abschnitt I der Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 13/400. In diesem Artikel sollen im Einleitungssatz nach dem Wort „zur“ die Worte „Festsetzung der“ eingefügt werden.

Wer dem Artikel 23 mit dieser Änderung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen. Artikel 23 ist damit in der geänderten Fassung zugestimmt.

Artikel 24

Änderung der Landesfischereiverordnung

Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf:

Dritter Teil

Vorschriften aus dem Geschäftsbereich des Sozialministeriums

Artikel 25 bis 29

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

(Stellv. Präsident Birzele)

Ich rufe auf:

Vierter Teil

Vorschriften aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt und Verkehr

Artikel 30 bis 36

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf:

Fünfter Teil

Vorschriften aus dem Geschäftsbereich des Staatsministeriums

Dazu verweise ich auf Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 13/400. Der Überschrift des Fünften Teils sollen die Worte „und aus dem Bereich des Landtags“ angefügt werden.

Ich stelle die Überschrift des Fünften Teils in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 13/400, zur Abstimmung. Wer der Überschrift in der geänderten Fassung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Artikel 37

Änderung des Ministergesetzes

– Sie stimmen zu.

Wir kommen zu Abschnitt III und Abschnitt IV der Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses. Wer diesen Abschnitten der Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe nunmehr auf:

Sechster Teil

Schlussvorschriften

und dazu Abschnitt V der Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, wonach die bisherigen Artikel 38 und 39 die Artikel 40 und 41 werden.

Ich rufe auf

Artikel 40 (neu)

Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

Artikel 41 (neu)

Inkrafttreten

Zum Inkrafttreten soll in Artikel 41 (neu) der Satz eingefügt werden: „Artikel 39 Nr. 1 und 3 tritt mit Wirkung vom

1. Juni 2001 in Kraft und gilt erstmals für die Rechnungslegung für das Rechnungsjahr 2000/2001.“ Wer Artikel 41 (neu) mit dieser Einfügung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 14. November 2001 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Umstellung landesrechtlicher Vorschriften auf Euro und zur Änderung des Fischereigesetzes (Euroumstellungsgesetz Baden-Württemberg – EurUG)“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke. Wer stimmt gegen das Gesetz? – Wer enthält sich der Stimme? – Dem Gesetz wurde einstimmig zugestimmt.

Damit ist Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Finanzministeriums – Bearbeitung von Beihilfeanträgen – Drucksache 13/31**

Hierzu liegt Ihnen der Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/443, vor, der ebenfalls mit aufgerufen wird.

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Wem darf ich das Wort erteilen? – Herr Abg. Stickelberger, Sie erhalten das Wort.

**Abg. Stickelberger SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach der letzten Debatte bin ich fast unter Zugzwang und habe ein schlechtes Gewissen. 1 Minute und 55 Sekunden zu unterbieten wird mir wahrscheinlich nicht gelingen, aber ich hoffe, dass ich das Redezeitlimit von fünf Minuten einhalten kann.

Meine Damen und Herren, nicht ganz so fix wie bei unserer Debatte heute Nachmittag läuft es offensichtlich bei der Bearbeitung von Beihilfeanträgen durch das Landesamt für Besoldung und Versorgung. Jedenfalls ging es nicht so schnell. Es soll sich ja mittlerweile etwas gebessert haben, obwohl wir da durchaus noch unsere Skepsis haben.

Wegen der schleppenden Bearbeitung der Beihilfeanträge wurden in den letzten Wochen und Monaten viele Beschwerden und Klagen von betroffenen Beihilfeberechtigten, insbesondere von Beamten des Landes Baden-Württemberg, an uns herangetragen. Wir können jetzt eine gewisse Verbesserung konstatieren. Das wird auch in der Begründung des Änderungsantrags der Fraktion der CDU und

(Stickelberger)

der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/443, den ich gerade eben zur Kenntnis genommen habe, eingeräumt. Es scheint sich eine gewisse Entspannung ergeben zu haben.

Wenn man die Drucksache 13/240, die Sie in Ihrem Änderungsantrag zitiert haben, genau liest, stellen sich einige Fragen grundsätzlicher Art, die es aus unserer Sicht für die Zukunft zu klären gilt. Wir wollen hier keine Erbsenzählerei betreiben und jetzt nicht in Arbeitstagen oder -stunden aufrechnen, wie lange die durchschnittliche Bearbeitungsdauer ist, aber wir sollten doch einige grundsätzliche Dinge, die auch in dieser Drucksache angesprochen werden, im Auge behalten.

Wir stellen fest, dass die Zahl der Beihilfevorgänge insgesamt steigt, und sie steigt entgegen Ihrer Annahme im Änderungsantrag nicht nur saisonal, sondern auch aus zum Teil unerklärlichen Gründen. Die Zahl der Beihilfeberechtigten steigt ebenfalls – das sind ja nicht nur aktive, im Dienst befindliche Beamte, sondern insbesondere auch Versorgungsempfänger, Pensionäre –, korrelierend mit der Alterspyramide des Verwaltungsaufbaus, die wir in Baden-Württemberg haben. Deshalb sollten wir uns schon über den Tag hinaus Gedanken darüber machen, unabhängig davon, dass sich vielleicht momentan eine gewisse Entspannung gezeigt hat, wie wir die Probleme in Zukunft lösen können.

Zur jetzigen Situation muss man dem Landesamt natürlich zugute halten, dass es in den letzten zehn Jahren zunehmend neue Aufgaben übernehmen musste; das ist klar. Wir wissen auch, dass das Amt versucht hat, durch Organisationsveränderungen innerhalb des Amtes Verbesserungen zu erreichen, etwa durch die Leistung von Überstunden.

Nur, liebe Kolleginnen und Kollegen: Die Leistung von Überstunden kann vielleicht momentane Engpässe beseitigen, sie kann aber nicht ein Mittel zur Dauerlösung eines Problems darstellen. Ich möchte ausdrücklich die Bediensteten des Landesamts, die aktiv vor Ort natürlich auch in der Kritik stehen, in Schutz nehmen. Sie sind nicht die Verursacher der Probleme, sie sind vielmehr selbst Getriebene. Wir dürfen das Problem nicht auf dem Rücken der Bediensteten lösen wollen.

Schon gar nicht darf die gesamte Problematik letztlich zu Lasten der Beihilfeberechtigten insgesamt gehen. Ich will Ihnen nur einmal ein Beispiel skizzieren: Nehmen Sie einen Regierungsobersekretär in Besoldungsgruppe A 7, nehmen Sie einen Polizeiwachtmeister oder einen Polizeihauptwachtmeister mit zwei Kindern, Anfang 30, verheiratet. Ich sage es einmal so: Wenn die Frau nicht mitarbeiten kann, steht er ohnehin am Limit, was die Versorgung der Familie angeht. Es würde einfach seine finanziellen Mittel, die finanziellen Mittel der Familie übersteigen, wenn er in erheblichem Umfang Geld sozusagen vorschießen müsste. Vielleicht können es sich nur die Besserverdienenden leisten, großzügig Überziehungskredite in Anspruch zu nehmen. Das ist sicher bei Beamten im mittleren Dienst oder in den unteren Besoldungsgruppen des gehobenen Dienstes keine Alternative.

Hinzu kommt, dass die Beamten in Baden-Württemberg mittlerweile wenig Perspektiven haben, insbesondere wenn ich an die schon genannten Beamtengruppen denke. Wir

verlangen von unseren Beamten laufend mehr Mobilität und Anpassungsbereitschaft, wir verlangen, dass sie mit den Neuen Steuerungsinstrumenten klarkommen, aber wir bieten ihnen letztlich keine Perspektiven mehr, was Beförderungschancen, Aufstiegschancen oder eine bessere Alimentierung angeht. All das können wir ihnen nicht bieten.

Wir müssen ihnen aber das Minimum dessen bieten, was erforderlich ist: dass wir ihre Rechtsansprüche pünktlich erfüllen. Ich glaube, das ist nicht mehr und nicht weniger als billig.

Im Zusammenhang mit diesem Antrag stellt sich vor diesem Hintergrund schon die Frage, wie es in Zukunft weitergehen soll. Wir wollen wissen, wie sich die Zahl der Beihilfeberechtigten insgesamt entwickelt. Es gibt dafür bisher keine gesonderte Statistik. Wir meinen, dass es für eine sinnvolle Planung des Personal- und Sachmitteleinsatzes zur Aufgabenerfüllung im Beihilfebereich erforderlich wäre, hierzu genauere Zahlen zu bekommen.

Weiter würde uns interessieren, wie sich aktuell der Krankenstand entwickelt hat. Wenn die Beihilfen aus unerklärlichen Gründen steigen, ist sicher zu hinterfragen, inwieweit hier eine Korrelation mit dem jeweiligen Krankenstand und dessen Entwicklung besteht.

Uns würde natürlich auch interessieren, welche effektiven Organisationsmaßnahmen vorgesehen sind, um in Zukunft dem Problem zu begegnen.

Als Letztes würde uns interessieren, wie bei der vorgesehenen Novellierung der Beihilfeverordnung konkret Verfahrensvorschriften vereinfacht werden sollen oder gar wegfallen können, um das Beihilfeverfahren zu beschleunigen. Wenn es im Rahmen der Novellierung der Beihilfevorschriften nur um Leistungsabbau ginge, wäre das mit uns sicher nicht zu machen. Dies wäre sicher auch kein Weg, um das aufgezeigte Problem zu lösen.

Wir meinen, dass eine schleppende Bearbeitungspraxis in Zukunft mit der Fürsorgepflicht für unsere Bediensteten und Versorgungsempfänger nicht vereinbar ist. Und – was noch viel schlimmer ist – eine solche zukünftige Praxis wäre sicher auf Dauer rechtswidrig.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Winckler.

**Abg. Winckler** CDU: Herr Präsident, verehrte Damen, meine Herren! Mittlerweile scheint auch die SPD-Fraktion, wenn auch wie häufig recht spät, bemerkt zu haben, dass angesichts der erheblichen Anstrengungen des Landesamts für Besoldung und Versorgung das, was die SPD mit ihrem Antrag verlangt hat, schon längst Realität ist. Deshalb kann ich Ihnen auch einiges von dem ersparen, was ich ursprünglich sagen wollte.

Seit Juni dieses Jahres ist die durchschnittliche Bearbeitungszeit für Beihilfeanträge erheblich rückläufig. Gegenwärtig liegt sie bei 9,8 Arbeitstagen und damit deutlich unter den vier Wochen, die Sie selbst als angemessene oder

(Winckler)

zumutbare Bearbeitungszeit vorgegeben haben. Erfreulich ist, dass die Maßnahmen, die aufgrund einer zeitweiligen Überschreitung der Vierwochenfrist durchgeführt worden sind, eine Verkürzung bewirkt haben, wie wir sie eigentlich nur in den Jahren zwischen 1990 und 2000 hatten, wenn auch nicht immer.

Ein Problem wird uns weiterhin begleiten. Es besteht darin, dass nahezu regelmäßig vor allem in den Ferienzeiten und um den Jahreswechsel überdurchschnittlich viele Beihilfeanträge gestellt werden, möglicherweise deshalb, weil manche Beihilfeberechtigte meinen, ihre Rechtsansprüche könnten verfallen, wenn der Antrag nicht bis zum Jahresende gestellt wird. Dem soll unser Änderungsantrag abhelfen. Er soll den Beihilfeberechtigten verdeutlichen, dass sie selbst zu einer angemessenen und für sie zumutbaren Bearbeitungszeit beitragen können, indem sie ihre Anträge gleichmäßiger über das Jahr hinweg stellen.

Wenn dies nicht möglich ist, helfen nur die weiteren Maßnahmen, die das Finanzministerium ins Auge gefasst hat, zum Beispiel der Einsatz des automatisierten Archivierungssystems und die Entrümpelung der Beihilfevorschriften. Wer sich der Lektüre der Vorschriften einmal gewidmet hat, weiß, dass es sicher noch manches gibt, was sehr zeitaufwendig, aber in der Sache völlig unnötig ist.

Eine Anregung möchte ich für den Fall geben, dass vorübergehend Engpässe entstehen, die durch die Schwankungen der Antragstellung bedingt sind. Man müsste sich überlegen, ob man nicht die Anträge bevorzugt bearbeitet, mit denen ein erheblicher Aufwand geltend gemacht wird, gerade im Blick auf die Beamten, die nicht so sehr mit irdischen Gütern gesegnet sind. Ich bitte, dies ernsthaft zu überdenken.

Schließlich, meine Damen und Herren, müssen wir alle Optimierungs- und Rationalisierungsmöglichkeiten ergreifen, die noch nicht durchdacht sind. Denn wir werden weder eine personelle Verstärkung des Landesamts noch dessen Befreiung von Einsparauflagen beim Personal billigen. Dazu sind wir gar nicht in der Lage, vor allen Dingen deshalb nicht, weil uns die „ruhigen Hände“ der sozialdemokratischen Genossenschaft in Berlin erhebliche Einnahmeausfälle beschern, wie die jüngste Steuerschätzung hinreichend zeigt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir vertrauen darauf, dass das Finanzministerium wie bisher alle denkbaren Maßnahmen ergreift, um die derzeit gute Bearbeitungszeit dauerhaft zu stabilisieren. Ich schlage vor, dass wir im Finanzausschuss – er ist dafür ja zuständig – jedes Jahr einen Bericht darüber bekommen, was mit welcher Wirkung geschehen ist.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, sind wir uns im Prinzip einig. Sicher sind wir uns nicht darin einig, dass möglicherweise eine personelle Verstärkung ins Auge gefasst wird, wie Sie das angedeutet haben. Wir sehen uns dazu nicht instande, weil wir das Ziel, im Jahr 2006 ohne zusätzliche Kreditverschuldung auszukommen, nicht aufgeben wollen.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Kleinmann.

**Abg. Kleinmann FDP/DVP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Sache ist schnell erledigt.

(Heiterkeit des Abg. Oelmayer GRÜNE)

Der Antrag, der von Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD, eingereicht wurde, ist zeitlich und inhaltlich inzwischen überholt.

Auf einen späteren Antrag der Grünen, Drucksache 13/240,

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Aber viel qualifizierter!)

hat die Landesregierung mitgeteilt, dass die durchschnittliche Bearbeitungsdauer in den letzten Jahren zwischen 10 und 20 Arbeitstagen betrug; im September 2001 lag sie gerade einmal bei 12,2 Arbeitstagen. Die Grünen haben daraufhin in schlauer Weisheit darauf verzichtet, ihren Antrag weiter behandeln zu lassen.

(Heiterkeit des Abg. Oelmayer GRÜNE – Abg. Oelmayer GRÜNE: Guter Mann!)

Aktuell liegt die Bearbeitungszeit, wie Kollege Winckler schon sagte, bei 9,8 Arbeitstagen. Einem Antrag, der zu etwas auffordert, was längst geschieht, sollte man aber nicht zustimmen, sondern man sollte ihn ablehnen.

Meine Damen und Herren, wir haben deshalb einen Änderungsantrag eingebracht – Kollege Winckler ist ja bereits darauf eingegangen –, um die Ernsthaftigkeit des Problems an sich, dass sich die durchschnittliche Bearbeitungszeit nicht wieder – vielleicht sogar auf 15 Arbeitstage – verlängert, zu unterstreichen, zu zeigen, dass auch wir bemüht sind, darauf zu achten, dass die Bearbeitung möglichst zügig und rasch abläuft, und darauf aufmerksam zu machen, dass es wichtig ist, die maßgeblichen Vorschriften, Merkblätter und Beihilfevordrucke im Internet abrufbar zu machen.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie daher, dem Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP zuzustimmen und den der Fraktion der SPD abzulehnen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Oelmayer.

**Abg. Oelmayer GRÜNE:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zur Beratung steht der Antrag der SPD-Fraktion zum Thema Bearbeitung von Beihilfeanträgen.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Ich habe – Herr Kollege Haas, ich bitte bei diesem wichtigen Thema doch um etwas mehr Aufmerksamkeit – aufgrund des Umstands, dass ich als Mitglied des Petitionsausschusses im Zeitraum kurz nach der Landtagswahl fast täglich Beschwerdebriefe von Beamten mit dem Hinweis bekommen habe, dass die Bearbeitungsdauer von Beihilfe-



(Oelmayer)

anträgen zum Teil drei, vier, fünf Monate dauert, einmal versucht, mich konsequent und auch inhaltlich mit diesem Thema auseinander zu setzen, indem ich versucht habe, die Fragen zu stellen, die der Kollege von der sozialdemokratischen Fraktion dieses Hauses heute zum Teil formuliert hat.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Sehr wichtig erscheint mir – deswegen ist das Thema schon bedeutungsvoll –, dass es natürlich auch darauf ankommt, welche Beamten dort welche Anträge gestellt haben. Denn weil es für einen Beamten, der in einer niedrigen Besoldungsstufe eingestuft ist, natürlich ein Problem ist, Kosten in zum Teil fünfstelliger Höhe über einen langen Zeitraum hinweg vorzufinanzieren, ist das ja etwas ganz anderes, als wenn ein Ministerialdirektor vielleicht einmal vier Wochen auf seine Beihilfeleistungen warten muss.

Deswegen war die Intention des Antrags, einmal zu eruiieren und von der Landesregierung einmal eine Bestandsaufnahme zu bekommen, die ich auf den Antrag dankenswerterweise auch bekommen habe, wie sich das Aufkommen, die Zahl der Anträge, die Zahl der Beihilfeberechtigten und die Zahl der Fälle, die von den einzelnen Bediensteten beim Landesamt für Besoldung und Versorgung bearbeitet werden, entwickelt hat.

Ich will Ihnen jetzt hier nicht alles vortragen, was in der Stellungnahme zu meinem Antrag steht, aber ein paar Zahlen sind schon signifikant, und da hat die Landesregierung meines Erachtens auch noch nicht umfassend geantwortet.

Erster Punkt: Wir haben in der Entwicklung von 1990 bis 2000 eine Zunahme der Zahl der Beihilfeanträge von 503 000 auf 740 000. Nun könnte dahinter stecken – so jedenfalls einmal meine Vermutung –, dass der Krankenstand bei Beamten im Land um 47 % – so hat nämlich die Zahl der Anträge zugenommen – zugenommen hat. Jetzt vermute ich, dass dem vielleicht nicht so sein wird, aber die Antwort der Landesregierung auf diese Fragestellung war jedenfalls nicht eindeutig, nicht definitiv und auch nicht klar. Deswegen hat die Landesregierung, wie ich denke, hier noch Nachholbedarf.

Eine weitere signifikante Zahl: Die Zahl der Personalstellen beim Landesamt für Besoldung und Versorgung hat in diesem Zeitraum um zehn zugenommen. Der Einsatz der dortigen Beamten kann beim besten Willen von niemand in diesem Hause gerügt werden, weil der Arbeitseinsatz entsprechend der Zunahme der zu bearbeitenden Anträge ansteigt. Deswegen sei an dieser Stelle, obwohl ich als Fraktionsmitglied der Grünen das nicht allzu oft tue, den Beamten, die dort ihre Arbeit tun, Dank gesagt.

Ein weiterer Punkt, den ich abschließend noch einfließen lassen möchte und den auch Herr Kollege Winckler angesprochen hat: Es geht natürlich auch um die Frage, wie Beihilfavorschriften ausgestaltet sind und wie Richtlinien und Formulare aussehen.

Ein kleiner Bericht aus meiner persönlichen Praxis – nicht, weil ich beihilfeberechtigt wäre, sondern weil ich im Zu-

sammenhang mit meiner beruflichen Tätigkeit als Anwalt hie und da Beihilfeanträge einreiche –: Mir sind zum Beispiel vom Landesamt für Besoldung und Versorgung Anträge zurückgeschickt worden, die ich nicht auf dem amtlichen Formular eingereicht habe. Da muss man sich natürlich fragen, wie umfassend die amtlichen Formulare sind, welche Fragestellungen dort formuliert sind und welche Richtlinien dahinter stehen. Hier ist Vereinfachungsbedarf vorhanden, insbesondere zugunsten der beihilfeberechtigten Menschen. Das scheint mir an allererster Stelle angesagt zu sein, um letztendlich auch die Bearbeitungsdauer zu beschleunigen.

Auch hier gibt es, meine ich, Handlungsbedarf für die Landesregierung. Auch hierzu hat die Landesregierung wenig ausgeführt, wie sie dies in der nächsten Zeit zu behandeln gedenkt. Wir können nicht davon ausgehen, dass die jetzt leicht rückläufige Zahl an Beihilfeanträgen auf Dauer anhalten wird. Deshalb bitte ich den Herrn Staatssekretär, der, wie ich annehme, jetzt die Möglichkeit wahrnimmt, auf meine Fragen zu antworten, hierzu noch Stellung zu nehmen.

Alles in allem hat sich die Situation verbessert. Deshalb haben wir in weiser Voraussicht tatsächlich – da bin ich für das Lob des Kollegen aus der Fraktion der FDP/DVP dankbar –, um das Parlament nicht unnötig zu beschäftigen, von einer weiteren Beratung unseres Antrag abgesehen. Die heutige Debatte bietet aber dem Staatssekretär die Möglichkeit, die zusätzlichen Fragen noch zu beantworten.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und hoffe, dass der Antrag der SPD-Fraktion wirklich auf Dauer als erledigt angesehen werden kann, wenn sich die Bearbeitungsdauer dauerhaft verkürzen wird.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Stickelberger SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Staatssekretär Rückert, Sie erhalten das Wort.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Machs kurz!)

**Staatssekretär Rückert:** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Regierung nimmt ihre Fürsorgepflicht für ihre Bediensteten und die Versorgungsempfänger sehr wohl ernst. Deshalb hat es uns selbst geschmerzt, dass seit Anfang des Jahres viele Beschwerden über die verzögerte Bearbeitung von Beihilfeanträgen bei uns eingegangen sind. Wir haben die Hände nicht in den Schoß gelegt, sondern versucht, so schnell wie möglich zu reagieren. Wir haben auch auf die Anträge der Oppositionsfraktionen so gut und so ausführlich wie möglich geantwortet.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das habe ich ja schon lobend erwähnt, Herr Staatssekretär!)

– Gut.

Gestatten Sie mir, Herr Oelmayer, meine Damen und Herren, zur Gesamtsituation doch noch ein paar Feststellungen zu treffen.

(Staatssekretär Rückert)

Das Landesamt für Besoldung und Versorgung ist zuständig für alle Landesbeamten und Versorgungsempfänger. Fakt ist, dass die Zahl der Anträge in den letzten zehn Jahren von 1990 bis 2000 von 503 000 auf 702 000 und damit um über 40 % angestiegen ist.

Dafür gibt es aus unserer Sicht verschiedene Ursachen. Zum einen gibt es die Ursache, dass die Anzahl der Beihilfeberechtigten angestiegen ist: durch Stellenzugänge in Schwerpunktbereichen, durch mehr Teilzeitbeschäftigte, mehr Versorgungsempfänger und – wie wir zunehmend feststellen – auch Antragstellungen vom gleichen Beihilfeberechtigten in kürzeren Zeitabständen aufgrund steigender Kosten im Gesundheitswesen. Das ist die Entwicklung.

Dem steht nun unsere Verpflichtung zur Begrenzung der Personalkosten gegenüber, weshalb wir auch das Landesamt für Besoldung und Versorgung in die Kürzungsmaßnahmen einbinden mussten. Fakt ist, dass dort in den letzten sieben Jahren 150 Stellen eingespart worden sind. Fakt ist aber auch, dass das LBV mit einem im Bund-Länder-Vergleich geringen Personalbestand sehr wohl sehr effektiv arbeitet. Der gesamte Verwaltungsaufwand für die Beihilfe beträgt 1,5 % der Leistungsausgaben.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Er macht die Hälfte des Branchendurchschnitts bei privaten Krankenversicherungen aus und ist nur ein Drittel des Aufwands der gesetzlichen Krankenkassen. Deswegen ist sehr wohl festzuhalten, dass unser LBV sehr kostengünstig und effektiv arbeitet.

Nun hat uns tatsächlich seit Weihnachten letzten Jahres und zu Jahresanfang 2001 geradezu eine Welle von Anträgen überschwemmt. Allein im Januar sind 80 000 Anträge bei dem Amt eingegangen. Diese Zahl ist ungewöhnlich hoch und liegt auch deutlich über der saisonal bedingten Veränderung, die Sie, Herr Winckler, angesprochen haben. Deshalb war es bei dem vorhandenen Personalbestand nicht möglich, diesen außergewöhnlichen Anstieg sofort aufzufangen, weil wir über keine personellen Reserven verfügt haben. Wir konnten lediglich innerhalb des Hauses Umsetzungen vornehmen. LBV und Finanzministerium haben dann – um möglichst rasch wieder in den üblichen Rhythmus zu kommen – zunächst einmal mit befristeten Maßnahmen organisatorisch und personell reagiert: Überstunden, Mehrarbeit. Wir haben auch Hilfskräfte eingestellt, zum Beispiel für den Bescheidversand, der sehr zeitaufwendig ist. Diese Maßnahmen haben gewirkt.

Auch wir vom Finanzministerium haben allen Grund, den in dieser Zeit besonders belasteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Respekt und Dank und Anerkennung zu zollen, denn wir dürfen jetzt feststellen, dass wir in der Zwischenzeit – Stand Anfang November – wieder eine Bearbeitungsdauer von knapp unter zehn Tagen haben.

Nun wissen wir, dass es dabei allein nicht bleiben kann. Wir wollen auf Dauer sicherstellen, dass eine zügige, rasche Bearbeitung gewährleistet wird. So ist vorgesehen, dass die Antragstellung vereinfacht wird, dass auch durch entsprechende Markierung das sichergestellt wird, was Ihre Sorge ist, nämlich dass derjenige, für den die rasche Kos-

tenerstattung eine Existenzfrage ist, eine schnellstmögliche Bearbeitung seines Antrags erfährt. Wir wollen Antragstellung via Internet ermöglichen,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist wichtig!)

die Bearbeiter-Software verbessern, wobei ich bei Internet durchaus sagen muss: Das Problem bleibt, dass dann der Antrag da ist und die Belege nachgeschickt und zugefügt werden müssen.

Wir wollen die Beihilfeverordnung so gestalten, dass sie zu einer Rechtsvereinfachung führt. Ein Teil, aber nur der geringere Teil ist jetzt im Zusammenhang mit der Umstellung der Beihilfeverordnung auf den Euro bereits realisiert. Der entscheidende Teil soll bis Mitte nächsten Jahres realisiert werden. Wir wollen alle Möglichkeiten nutzen, um letztendlich durch Verbesserung der Rahmenbedingungen eine einfachere und schnellere Abwicklung zu ermöglichen. Deswegen darf ich jetzt schon signalisieren, dass wir selbstverständlich gerne bereit sind, Mitte nächsten Jahres Bericht zu erstatten, wie wir da zu einem guten Ergebnis gekommen sind.

Ich glaube, dass Sie aus meinem Bericht erkennen können – wenn ich auch jetzt nicht auf alle Details eingehen kann –, dass es uns damit Ernst ist, den Beihilfeberechtigten so schnell wie möglich die Erstattung ihres Kostenanspruchs zukommen zu lassen, so schnell wie möglich die Leistungen auszuführen, andererseits aber auch den Sachbearbeitern das Bearbeiten der Anträge so weit wie möglich zu erleichtern. Denn für diese war es auch kein Vergnügen, ständig gemahnt zu werden, wenn sich die Antragsflut vor ihnen gehäuft hat.

Wir sind zuversichtlich, dass es gelingt, durch die genannten Maßnahmen bis Mitte nächsten Jahres die jetzt erreichte kurze Bearbeitungszeit auf Dauer zu stabilisieren, wobei ich dennoch sagen muss – so, wie das auch ein Finanzminister tut, wenn er alles unter Haushaltsvorbehalt stellt –, dass ich jahreszeitliche Schwankungen natürlich nicht ganz ausschließen kann.

Wir signalisieren Bereitschaft, der in Aussicht genommenen Beschlussfassung zu folgen und Ihnen so, wie Sie das wünschen, Mitte nächsten Jahres dann auch einen Bericht zu erstatten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Stichelberger.

**Abg. Stichelberger SPD:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Winckler, Herr Staatssekretär, wir sind uns ja in der Zielsetzung durchaus einig. Ich erkenne auch das Bemühen an, hier für Verbesserungen zu sorgen, die Sie teilweise ja schon eingeleitet haben. Das steht außer Frage. Aber so, Herr Kleinmann, wie Sie es machen, kann man es mit Sicherheit nicht machen, nämlich „Augen zu und durch“ und ein Problem einfach negieren.

(Abg. Capezzuto SPD: So ist es!)

Wenn Sie Herrn Winckler und insbesondere jetzt auch den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs im Anschluss an

(Stickelberger)

die Stellungnahme des Finanzministeriums zugehört haben, dann haben Sie gehört, dass sich da in der Tat eine Reihe von Problemen aufgetan hat, über die es sich sehr wohl zu diskutieren lohnt. Es lohnt sich auch, darüber zu diskutieren und notfalls auch darüber zu streiten, wie man diese Probleme löst. Herr Kleinmann, das Problem wird nicht dadurch kleiner, dass man es einfach nicht zur Kenntnis nimmt – nomen est omen.

Meine Damen und Herren, noch einen Satz. Herr Winckler, Sie haben vorgeschlagen, dass wir uns im Finanzausschuss weiter mit dem Thema beschäftigen. Herr Staatssekretär, Sie haben eben auch zugesagt, entsprechend zu berichten. Damit gehen wir natürlich völlig einig. Das sollten wir im Interesse der Versorgungs- und Beihilfempfänger im Land insgesamt im Auge behalten.

Was mich allerdings noch nicht befriedigt, ist die doch sehr kurzatmige bzw. kurzfristige Betrachtung. Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme selbst und haben es jetzt auch zum Teil bestätigt, dass wir eine steigende Zahl von Beihilfeberechtigten haben werden. Nicht nur die Zahl von Antragstellungen, die saisonal schwanken kann, sondern die absolute Zahl der Berechtigten steigt. Da wäre es doch sicher einmal sinnvoll, der Ursache im Einzelnen auf den Grund zu gehen. Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass das möglicherweise mit einem erhöhten Krankenstand in der Landesverwaltung zusammenhängt.

Ich halte nichts davon, diese Probleme jetzt bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag vor uns her zu schieben und eines Tages von dem Problem überrollt zu werden – so, wie man von der Überalterung der Lehrerschaft oder von der Alterspyramide im Polizeibereich überrollt wurde. Wenn wir jetzt Anzeichen dafür erkennen, dass sich hier ein Problem aufbaut, sollten wir überlegen, wie wir das organisatorisch und personell in den Griff bekommen.

Sie haben etwas zur finanzpolitischen Seite gesagt. Natürlich, das ist schon richtig. Aber letztlich kann dies nicht zu Lasten der Beihilfempfänger gehen. Ich möchte nochmals daran erinnern: Wir diskutieren nicht über künftige Leistungen, über die man politisch zu entscheiden hat, sondern über schon bestehende Rechtsansprüche der Versorgungsempfänger.

Deswegen, meine Damen und Herren, halten wir unseren Antrag aufrecht und halten auch an der Befristung von vier Wochen ausdrücklich fest. Natürlich können sich die Durchschnittszahlen sehen lassen, Herr Staatssekretär.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Eben!)

Entscheidend ist aber nicht, dass der 08/15-Fall zügig erledigt wird, sondern dass der wirklich schwierige Beihilfefall erledigt werden muss, der auch zu entsprechenden finanziellen Belastungen des Betroffenen führt, wenn die Beihilfe nicht rechtzeitig gewährt wird. Darum geht es uns. Deshalb halten wir an dieser Befristung fest und bitten Sie, unserem Antrag zuzustimmen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung.

Ich hatte den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 13/443, mit aufrufen. Diesen Änderungsantrag stelle ich nunmehr zur Abstimmung. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! –

(Zuruf von der SPD: Die Mehrheit!)

Enthaltungen? – Das Erste war die Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag beschlossen und der Antrag Drucksache 13/31 erledigt.

Damit ist Tagesordnungspunkt 8 abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

#### **Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu**

**a) der Mitteilung des Südwestrundfunks vom 29. August 2001 – Zweiter Erfahrungsbericht über die Anwendung des Staatsvertrags über den Südwestrundfunk – Drucksache 13/224**

**b) der Mitteilung des Rechnungshofs vom 15. Oktober 2001 – Gemeinsame Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Südwestrundfunks durch die Rechnungshöfe der am Staatsvertrag über den Südwestrundfunk beteiligten Länder Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz – Drucksachen 13/312, 13/397**

#### **Berichterstatterin: Abg. Birgit Kipfer**

Das Präsidium hat für die gemeinsame Aussprache über die Buchstaben a und b gestaffelte Redezeiten bei einer Grundredezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt. Wem darf ich für die CDU-Fraktion das Wort erteilen? – Frau Abg. Dr. Gräßle, Sie erhalten das Wort.

**Abg. Dr. Inge Gräßle CDU:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Fusion von Südwestfunk und Süddeutschem Rundfunk zum SWR war eines der wichtigsten Projekte der vergangenen Legislaturperiode. Das hohe Haus hat diese Fusion parteienübergreifend und mit breiter Mehrheit unterstützt und mit der Enquetekommission „Rundfunk-Neuordnung“ begleitet.

Die beiden vorliegenden Berichte sind für uns Anlass, heute eine erste Bilanz zu ziehen, die an den Fusionszielen gemessen werden muss, nämlich Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Stärkung der Landesidentität und Erhöhung der Wirtschaftlichkeit.

Erlauben Sie mir bitte, erst einmal Dank zu sagen an den SWR, an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und an die Geschäftsleitung für die Bereitschaft zu Veränderungen und die bislang erbrachten Leistungen der Fusion. Man spürt: Die Herausforderungen der Fusion hat das Haus angenommen und in Gestaltungsaufgaben übersetzt. Wir



(Dr. Inge Gräßle)

wünschen dem gesamten SWR dazu weiterhin Mut und Erfolg. Wir anerkennen die Schwierigkeiten, aber bitten, nicht auf halbem Weg stehen zu bleiben.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Dank gebührt auch dem Rechnungshof, der mit detaillierten Betrachtungen erstmals Zahlen zu den wirtschaftlichen Ergebnissen der Fusion bereitstellt. Der Bericht des Rechnungshofs – da werden Sie mir zustimmen – ist kein spektakulärer Bericht voller pikanter Details, wie wir es bei Prüfungen von Rundfunkanstalten bereits erlebt haben. Wir haben es mit einem sehr seriösen Bericht zu tun, einem Bericht, der das Haus strukturell durchgeht und deutlich macht: Im SWR herrscht Transparenz beim Umgang mit dem Geld des Gebührenzahlers, und der Mitteleinsatz ist einigermaßen verantwortungsvoll.

Der Bericht zeigt aber auch, dass die Bilanz doch gemischt ist. Es werden nicht alle Stellschrauben bedient. Das Stichwort dafür ist Personalabbau. Wir haben diese Frage mit dem wortgewaltigen SWR-Intendanten bereits im Ständigen Ausschuss diskutiert. Wir meinen, es kann nicht sein, dass zwei Anstalten zusammengefasst werden und der Abbau der vorhandenen Doppelstrukturen lediglich 400 Stellen betrifft. Ohne Personalvorschau im mittelfristigen Bereich, die wir einfordern werden, wird es künftig nicht mehr gehen.

Durch den Rechnungshofbericht haben wir auch gesehen, dass Rationalisierungspotenziale und Synergien noch nicht voll genutzt werden und hausinterne Abläufe dringend optimiert werden müssen. Bemühungen, realistische Sendekosten pro Minute zu ermitteln, stecken im Haus leider noch in den Kinderschuhen. Aber genau dies und anderes mehr würden wir erwarten.

Die Gremien des SWR und alle, die von diesem Haus in den SWR entsandt wurden, sind dazu aufgerufen, sich intensiv mit den Prüfergebnissen auseinander zu setzen. Der Verwaltungsrat wird dies in einer Sondersitzung tun, und dann muss ein Fahrplan zur Umsetzung des Rechnungshofberichts her, eine Prioritätenliste, die zeigt, worum es eigentlich geht.

Uns muss es darum gehen, ein noch besseres Programm mit noch mehr Qualität im deutschen Südwesten anzubieten, ein Programm, das die Menschen in unserem Land als ihr Programm für Baden-Württemberg annehmen. Es muss uns auch darum gehen, dass das Land in den Programmen des SWR abgebildet wird und dass der SWR als zweitgrößte Anstalt innerhalb der ARD dort eine stärkere Rolle spielt als bisher, angefangen von der Aktualität bis hin zur Unterhaltung. Im dritten Programm – erlauben Sie mir diese Anmerkung – macht die Vorgabe 30 % Erstsendungen noch lange kein gutes, wirklich interessantes Programm, das ins Land hinaus Ausstrahlung hat.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Da sind Sie zu jung, Frau Kollegin! Das Durchschnittsalter liegt bei 60!)

– Darf ich Ihre Äußerung dann als Zustimmung betrachten?

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Nein, als Kompliment! – Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf des Abg. Bebber SPD)

Um es ganz klar zu sagen: Wir stellen die Frage nach den Inhalten. Wir stellen die Frage: Was kann mit begrenztem, künftig noch knapperem Geld besser und möglichst optimal gemacht werden? Hier stellt sich auch die Frage, ob wir wirklich noch mehr Internet, noch mehr teuren Fußball und noch mehr teure Spielfilme zulasten der anderen Programmteile brauchen.

All diese Fragen nach dem Inhalt und dem Geld werden – so müssen wir bisher leider feststellen – mit sehr viel Abwehrhaltung diskutiert, unter anderem mit dem bereits klassisch gewordenen Totschlagargument der Vorgaben des Staatsvertrags. Ja, meine Damen und Herren, der Staatsvertrag macht Vorgaben, weil wir den SWR in zwei Bundesländern mit drei Standorten wollten und weil wir ihn in diesen beiden Bundesländern auch in der Fläche, in Außenstudios, vertreten sehen wollen. Aber der Staatsvertrag ist kein Schutzschild, mit dem man sich gegen Veränderungen wappnen kann. Wo, bitte, steht im Staatsvertrag geschrieben, dass für „SWR 1 – Der Abend“, Hörfunkprogramm, für die Sendestrecke ab 19:30 Uhr aus Baden-Baden praktisch genauso viel Geld zur Verfügung stehen muss wie für das aktuelle Programm tagsüber?

(Zuruf des Abg. Bebber SPD)

Der Rechnungshof legt eindrucksvoll dar, dass manche Steigerungsraten beim Programm trotz Vorgaben des Staatsvertrags eigentlich nicht zusammenpassen. Ich möchte betonen, dass jede dieser Vorgaben des Staatsvertrags auch im Einvernehmen mit den damaligen Intendanten, die heute noch handelnde Personen sind, getroffen wurde.

Wir von der CDU-Fraktion sind bereit, mit dem SWR über eine realistische Novellierung des Staatsvertrags zu beraten, möchten den SWR damit aber keinesfalls aus seiner Verantwortung für eine Erhöhung der Schlagzahl, was die Fusionsergebnisse angeht, entlassen. Dafür sehen wir im Rechnungshofbericht eine gute Hilfe und Wegweisung. Die CDU-Landtagsfraktion bittet den SWR und die zuständigen Gremien, diese zu nutzen.

Ich erlaube mir, dieses hohe Haus daran zu erinnern, dass wir die letzte Gebührenerhöhung mit einer von einer breiten Mehrheit getragenen EntschlieÙung und der Aufforderung zu mehr Wirtschaftlichkeit verabschiedet haben. Ich betone auch, dass sich der SWR auf die freundschaftliche Begleitung des weiteren Fusionswegs durch die CDU-Landtagsfraktion verlassen kann. Der Gebührenzahler kann darauf zählen, dass wir unseren Einfluss in diesem Haus und in den Gremien des SWR im Sinne einer verbesserten Wirtschaftlichkeit geltend machen und nutzen werden.

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Frau Abg. Kipper.



**Abg. Birgit Kipfer SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist sicherlich richtig, wenn dieses Haus drei Jahre nach der Fusion von SDR und SWF zum SWR eine Bilanz zieht und sich fragt, ob die Entscheidung, diese Fusion mit einem Staatsvertrag in Gang zu setzen, richtig war.

Auch die SPD-Fraktion war für diese Entscheidung. Wir hatten im Übrigen damals die Rundfunkquotekommission beantragt, und ich denke, es war richtig, sich die medienpolitischen Sachverhalte vor Augen zu führen. Wir wollten eine starke öffentlich-rechtliche Anstalt schaffen, weil wir so die Zukunftsfähigkeit und die Wettbewerbsfähigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems in Deutschland in der Konkurrenz zu global operierenden privaten Medienunternehmen sichern wollten.

Wir können heute sagen: Die Operation ist gelungen, auch wenn das medienpolitische Umfeld äußerst schwierig war. Wer die Landschaft beobachtet hat, weiß, wie viel da passiert ist: Der Rundfunkstaatsvertrag wurde mehrfach geändert, es war ein Kampf um Sportrechte auszustehen, der ARD-Finanzausgleich wurde verändert. Auch hatte der Intendant des neuen Senders gleich von Anfang an den ARD-Vorsitz, was die Sache nicht einfacher machte.

Das Ganze ist auch gelungen, obwohl im Staatsvertrag sehr schwierige Punkte geregelt waren, unter anderem der Standortausgleich zwischen Stuttgart, Baden-Baden und Mainz.

Inzwischen ist der Sender optimiert worden. Die Hörfunkprogramme finden allseits Anklang, und auch das dritte Fernsehprogramm hat die Auflage erfüllt, dass es sowohl in Baden-Baden als auch in Rheinland-Pfalz jeweils mindestens 30 % Landesanteil enthält. Die Auflagen haben auch mehrfach erhöhte Kosten nach sich gezogen. Es ist eben nicht so, dass sich dann, wenn man zwei Sender zusammenfügt, automatisch Synergieeffekte ergeben, sondern die Auflagen im Staatsvertrag zur Programmausweitung und zu den Standortausgleichen waren zu erfüllen und haben zusätzliche Kosten nach sich gezogen.

Aber sich hier im Parlament in Details zu ergehen verbietet sich, weil in einer öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt die Frage, mit welchem finanziellen Aufwand die programmlichen Inhalte erarbeitet werden, in den Aufsichtsgremien der Rundfunkanstalt selbst – und nur dort, Frau Dr. Gräßle – zu diskutieren und zu entscheiden sind.

(Beifall bei der SPD)

Nach unserer Überzeugung darf die Politik nur den Rahmen setzen. Alles andere ist Sache der autonomen Anstalt selbst – und das ist gut so. Das hat das Bundesverfassungsgericht so entschieden, um der Politik Grenzen bei der Einflussnahme auf eine Anstalt zu setzen, die im breiten Sinne die Meinungsvielfalt in unserem Land trägt.

Es gibt, um das finanzielle Gebaren einer Rundfunkanstalt zu beurteilen, nicht nur den Landtag, sondern vor allem die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs, den Rechnungshof und die Wirtschaftsprüfer. In Bezug auf die Höhe der Rundfunkgebühren, Frau Dr. Gräßle, kann der Landtag

auch nur dann anders entscheiden, wenn er den Vorschlag der KEF aus sozialpolitischen Gründen nicht mittragen kann.

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Dazu habe ich aber gar nichts gesagt!)

– Doch, Sie haben etwas dazu gesagt.

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Nein, wirklich nicht!)

Sie, Frau Dr. Gräßle, wollen sogar mit dem SWR über eine Änderung des Staatsvertrags verhandeln. Sie wissen genauso gut wie ich, dass dies die Sache der Regierungen von zwei Bundesländern ist

(Abg. Dr. Inge Gräßle CDU: Wir sind nicht so meinungslos wie Sie!)

und der Landtag erst am Ende darüber entscheiden kann, ob er den Staatsvertrag ändern will.

Im Übrigen – das möchte ich noch hinzufügen – spielt die CDU bei dieser ganzen Diskussion eine sehr merkwürdige Rolle.

(Unruhe und Zurufe, u. a. des Abg. Drexler SPD: Vorsichtig formuliert! – Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Wir sind außergewöhnlich, aber nicht merkwürdig!)

Der Fraktionsvorsitzende bellt nach außen, weil er von Zeit zu Zeit meint, er müsse sich den privaten Medienunternehmen anbieten, die Gremienmitglieder, die auch hier vertreten sind, Frau Dr. Gräßle genauso, bellen aber nicht nach innen, sondern ziehen innen ihren Schwanz ein,

(Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Drexler SPD: Frau Gräßle! – Abg. Dr. Reinhart CDU: Wie meinen Sie das? Kollege Theurer möchte den Vorhalt präzisiert haben!)

nur im Landtag selber versuchen sie, Politik zu machen, obwohl sie hier gar nichts zu sagen haben, sondern dies in den Gremien stattfinden sollte.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Drexler SPD – Unruhe)

Das alles bringt den Südwestrundfunk nicht um. Der Südwestrundfunk ist eine starke Anstalt, die ihren Weg autonom weitergehen wird. Die SPD-Fraktion wird den SWR dabei offensiv begleiten.

Danke.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Theurer.

**Abg. Theurer FDP/DVP:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es war nie Ziel der FDP/DVP-Landtagsfraktion, in die gesetzlich garantierte Autonomie des Südwestrundfunks einzugreifen, und dies wird auch zukünftig nicht der Fall sein. Dies zu diskutieren ist nicht Aufgabe des Landtags, sondern in der Tat Aufgabe der dafür zuständigen Gremien. Allerdings ist die Beratung des

(Theurer)

heute vorliegenden zweiten Erfahrungsberichts über die Fusion von SWF und SDR zum SWR die Gelegenheit zu einer Zwischenbilanz darüber, ob die Rundfunkneuordnung in unserem Land gelungen ist oder nicht.

Die FDP/DVP-Fraktion stand immer uneingeschränkt zur Senderfusion. Sie steht immer noch zu dieser Fusion, meine Damen und Herren. Mit dem Eintritt der FDP/DVP in die Landesregierung ist der Dreiklang bedeutender Reformen verbunden: Bankenfusion, Energieversorgerfusion und Senderfusion. Der vorliegende Erfahrungsbericht zeigt, dass diese Fusion richtig war.

Der Rechnungshof spricht dem SWR ein, wenn auch – das mag in der Rolle des Rechnungshofs oder der Rechnungshöfe, denn es sind ja zwei, liegen – verhaltenes Lob aus.

Mit der Fusion sollte ein Beitrag zur notwendigen Strukturreform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks geleistet werden. Weitere Ziele der Fusion waren und sind, eine größere wirtschaftliche Einheit zu schaffen, die dann auch mehr Gewicht in der ARD haben würde. Außerdem sollten landes- und regionalspezifische Programminhalte gestärkt werden. Insofern hat dieser Erfahrungsbericht durchaus eine inhaltliche Komponente, was ja auch von niemandem infrage gestellt wird.

Wie aus dem Prüfungsbericht des Rechnungshofs hervorgeht, wurden die Forderungen nach neuen Programmstrukturen im Hörfunk und im Fernsehen im Wesentlichen erfüllt. Dafür hat der Südwestrundfunk auch das uneingeschränkte Lob dieses Hauses verdient, meine Damen und Herren.

Die Fusion konnte mit einem sozialverträglichen Standortausgleich erreicht werden. Beim vorgesehenen Stellenabbau hat der SWR Erhebliches geleistet, auch wenn die ursprüngliche Zielgröße von 650 Stellen bis zum Jahr 2003 wohl nicht ganz eingehalten werden kann. Die Rechnungshöfe konstatieren, dass die Programmbereiche beim Stellenabbau zurückhinken. Meine Damen und Herren, ich meine aber, dass dies am heutigen Tag den Blick auf das bereits Erreichte, nämlich den Abbau von 394,4 Stellen, nicht trüben darf. Hier wurde doch von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Südwestrundfunks Erhebliches geleistet.

Fazit: Der Südwestrundfunk ist dem von der FDP/DVP mit der Fusion verfolgten Ziel in der Berichtsperiode wieder ein gutes Stück näher gekommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, bevor ich weiter das Wort erteile, möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, dass wir auf der Zuhörertribüne Gäste haben, denen unser besonderer Gruß gilt. Es ist eine Delegation aus der Teilrepublik Serbien der Bundesrepublik Jugoslawien. Die Delegation, die vom Vorsitzenden des Bildungsausschusses des Parlaments der Republik Serbien, Herrn Professor Dr. Predrag Stojanovic, geleitet wird, besteht aus Bildungsexperten und führt heute Gespräche im Ministerium für Kultur, Jugend und Sport und mit unserem

Ausschuss für Schule, Jugend und Sport zum Thema „Muttersprachlicher Zusatzunterricht“. Begleitet werden unsere serbischen Gäste vom Generalkonsul der Bundesrepublik Jugoslawien in Stuttgart und einem Vertreter der jugoslawischen Botschaft sowie vom Vorsitzenden unseres Ausschusses für Schule, Jugend und Sport, Herrn Kollegen Wintruff.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Verehrte Gäste aus Serbien, herzlich willkommen im Landtag von Baden-Württemberg. Ich darf Ihnen weiterhin einen angenehmen Aufenthalt mit erfolgreichen und informativen Gesprächen wünschen.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Salomon.

**Abg. Dr. Salomon GRÜNE:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Der Chef selbst geht in die Bütt!)

Drei Jahre gibt es jetzt den SWR, und wir hätten vor drei Jahren, als die Fusion hier mit großer Mehrheit beschlossen wurde, nicht gedacht, dass wir in drei Jahren schon so weit sein werden, wie wir heute sind. Es gab ja damals allenthalben große Irritationen. Es gab Irritationen, was aus den Kultwellen SDR 3 und SWF 3 wird. Man hat damals den Untergang des SDR hier in der Region beklagt. Man hat die Chancen wahrscheinlich zu wenig gesehen. Die Hörer haben rebelliert. Es gab fast Volksaufstände. Ich übertreibe jetzt etwas.

Wenn man das jetzt drei Jahre später Revue passieren lässt, muss man sagen: Es wird doch nichts so heiß gegessen, wie es gekocht wird. Meine zwei Vorrednerinnen und mein Vorredner haben es betont: Die Fusion hat sich bewährt und rentiert, auch wenn man nicht verleugnen kann – das sagt der Rechnungshofbericht, und das wird auch, wenn man ins Haus hineinhört, deutlich –, dass es allenthalben noch knirscht. Das kann ja nicht anders sein, wenn aus zwei Anstalten eine Anstalt gemacht wird, wenn es nach wie vor, aus politischen Gründen als Zweiländeranstalt im Staatsvertrag geregelt, notwendig war, drei Standorte zu erhalten – Mainz und Stuttgart sollten als Zentralen gestärkt, Baden-Baden sollte erhalten werden –, und dieses Ziel gleichzeitig erreicht werden sollte, indem man festgestellt hat, dass man das Programm im Hörfunk und im Fernsehen in weiten Teilen völlig überarbeiten muss und dass man noch 600 Stellen einsparen sollte, was einer Einsparung von ungefähr 20 % entsprochen hat, also eine wahre Herkulesaufgabe.

Man kann nach drei Jahren natürlich mäkeln und sagen, dieses und jenes sei noch nicht erfüllt worden. Man kann auch darauf eingehen. Man sollte aber zuerst einmal schauen, was denn erfüllt worden ist.

Dazu kann man sagen: Im Hörfunk sind von vier Wellen drei völlig reformiert worden. SWR 1 hat seine Hörerschaft in den letzten zwei Jahren mit Erfolg völlig ausgetauscht, einen völlig neuen Klangteppich gefunden. SWR 3 – mittlerweile die Fusion aus zwei Kultwellen zu einer – hat funktioniert, auch wenn es am Anfang Hörerproteste gege-

(Dr. Salomon)

ben hat. Aber SWR 3 ist der am meisten gehörte Sender im ganzen Sendegebiet und liegt mit weitem Abstand vor allen anderen. SWR 3 ist erfolgreicher als die beiden alten Wellen vorher einzeln waren. SWR 4 hat darüber hinaus die Regionalisierung geschafft, die ja auch Ziel dieses Staatsvertrags war: die Landesidentität zu stärken und das Land in seinen einzelnen Regionen abzubilden. SWR 4 ist selbst auch unglaublich erfolgreich.

Im Fernsbereich funktioniert die Zulieferung zu den ARD-Hauptprogrammen gut. Der SWR liefert mehr, als sein nomineller Anteil an der ARD eigentlich erfordern würde. Das ist auch sehr positiv.

Das Problemkind aber – und darüber darf man nicht hinwegsehen – ist das dritte Fernsehprogramm. Frau Gräßle hat ja schon darauf hingewiesen. Das Problem ist inzwischen im Sender erkannt und wird jetzt mit einer großen Fernsehreform angegangen. Wir werden aber ein, zwei Jahre warten müssen, bis Ergebnisse vorliegen. Es kann ja nicht sein – wir haben das in den Gremien ausführlich behandelt –, dass dort lediglich ein gutes Informationsprogramm, ein gutes Politiknachrichtenprogramm besteht, dass es gute Infosendungen gibt, der Rest aber im Prinzip – ich überspitze das jetzt etwas – aus viel Kochstudio und dem „Fröhlichen Weinberg“ besteht,

(Abg. Drautz FDP/DVP: Gute Sendung!)

dass das Durchschnittsalter der Zuschauer bei 60 Jahren liegt. Wenn das das dritte Programm sein soll und dieses Programm bundesweit abgeschlagen auf dem zweitletzten Platz der dritten Programme liegt, wird es endlich Zeit, im dritten Programm eine richtige Fernsehreform zu machen. Wir haben in den Gremien gesagt, dass wir dem zustimmen. Die Verantwortlichen haben das Problem erkannt. Wir müssen das dritte Programm einfach peppiger machen. Ansonsten fragt man sich wirklich, wofür man für das dritte Programm überhaupt Gebühren bezahlt.

(Beifall bei den Grünen, Abgeordneten der FDP/DVP und der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU – Abg. Birgit Kipfer SPD: Das gehört in den Rundfunkrat, Herr Kollege!)

Hier ist auch schon angesprochen worden, dass das Fusionsziel, 600 Stellen abzubauen, bis zum Jahr 2003 wahrscheinlich nicht erreicht wird, sondern man wohl nur auf 400 Stellen kommen wird und dass gleichzeitig – und das mahnt der Rechnungshof zu Recht an – der gesamte Umbau damit verbunden wurde, weg von den Planstellen zu kommen und Aufgaben an freie Mitarbeiter auszulagern. Es ist natürlich nicht das Ziel, einerseits Planstellen zu sparen und Personal abzubauen, um andererseits die Personalkosten der freien Mitarbeiter explodieren zu lassen. Das heißt, wir müssen natürlich den Druck auf dem SWR lassen, diese von der Fusion erhofften Synergieeffekte auch tatsächlich umzusetzen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Das muss passieren, und der Druck dazu darf nicht nachlassen.

(Abg. Bebber SPD: Da gibt es aber keine Zahlen!)

Bei aller Wertschätzung, die ich dem Intendanten gegenüber an den Tag lege, muss ich sagen: Er redet die Dinge manchmal schön.

Ich weiß natürlich, dass man bei einem öffentlich-rechtlichen Sender nicht einfach mit einem großen Besen durchkehren kann. Man muss dort auf vielerlei Empfindlichkeiten Rücksicht nehmen, muss auch Rücksicht darauf nehmen, dass im Haus teilweise Ängste vor Veränderungen herrschen. Trotz allem unterstützen wir den SWR in diesem Prozess. Wir glauben, dass dieser Prozess in den letzten drei Jahren auch erfolgreich war. Aber lassen Sie mich für meine Fraktion sagen: Sie dürfen in den Anstrengungen nicht nachlassen.

Ich will zum Schluss in einem letzten Gedanken noch eine Lanze für das öffentlich-rechtliche Fernsehen brechen, weil bei allem, was wir in den letzten 10, 15 Jahren an Veränderungen in der Medienlandschaft erlebt haben, eines doch klar sein muss: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk – man muss dazu einmal in andere Länder schauen, wo es so etwas nicht gibt – ist ein sehr, sehr hohes Gut. Wenn ich jetzt an die letzten Wochen und Monate seit dem 11. September denke, muss ich sagen: Die öffentlich-rechtlichen Sender und besonders der SWR haben sich bei der Berichterstattung ausgezeichnet. Die aktuelle Berichterstattung in den Nachrichten, in Sondersendungen, in Brennpunktendungen, im Hörfunk und im Fernsehen hat sich gegenüber dem ausgezeichnet, was im privaten Rundfunk gelaufen ist. Man muss sagen: Hut ab, hier ist engagierter Journalismus, unabhängiger Journalismus geleistet worden. Das ist der Wert des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der Demokratie. Das ist noch einmal ganz deutlich geworden, und da will ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des SWR von dieser Stelle aus einmal ganz deutlich Dank sagen.

Die Botschaft, die von hier ausgehen soll, lautet: Machen Sie Ihren Job weiter! Das gilt für die Leute unten im Sender genauso wie für die oben. Die Richtung stimmt. Die Fusion hat sich im Wesentlichen bewährt. Vor Ihnen liegen harte Jahre; aber ich denke, die Anstrengung lohnt sich.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Minister Dr. Palmer.

**Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung an Ihre Adresse, Frau Kipfer. Wir sind der Gesetzgeber, wir haben den Staatsvertrag gemacht. Wir sollten uns nicht selber zu stark relativieren, indem wir uns das Recht absprechen, über einen Fusionsbericht differenziert zu sprechen. Wir können nicht nur über Struktur- und Finanzfragen sprechen, sondern wir müssen natürlich auch über Personalfragen und über Programmfragen sprechen. Das ist das selbstverständliche Recht eines Parlaments und einer Regierung. Wir greifen damit nicht in die Programmautonomie ein.



(Minister Dr. Christoph Palmer)

Sogar der SWR ist in der Auseinandersetzung und in der Diskussion bereit zuzugestehen, dass er sich mit einem Parlament darüber auseinander setzen muss, was auf den Weg gebracht worden ist, was erreicht worden ist und was noch nicht erreicht worden ist. Deshalb mein dringender Appell, uns nicht selber zu relativieren, sondern hier im Parlament die Debatte gegenüber dem SWR fair und offen zu führen, wie wir es im Großen und Ganzen auch gemacht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Insgesamt hat sich die Fusion bewährt. Das wird von niemandem ernsthaft bestritten werden können. Es war ein großer Erfolg der Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sowie der Anstalten SWF und SDR, die Fusion hinbekommen zu haben.

Insbesondere vor dem Hintergrund nicht gelungener Wirtschaftsfusionen wird erst richtig verständlich, wie stark die in den vergangenen drei Jahren erreichten Erfolge zu Buche schlagen. Es ist nicht einfach, zwei unterschiedliche Unternehmenskulturen, die sich in 50 Jahren an unterschiedlichen Standorten ausgeprägt haben, zusammenzubringen. Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass dies relativ geräuschlos gelungen ist, und es ist keine Selbstverständlichkeit, dass dies in dieser Form innerhalb von drei Jahren erreicht worden ist. Deshalb würde ich schon sagen: Das Glas dieses Fusionsberichts ist nicht halb leer, sondern halb voll, und das sollten wir einmal festhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Theurer FDP/DVP: Ihr Wasserglas ist noch ganz voll!)

– Das war ein schöner Bezug; man konnte auf etwas deuten, Herr Kollege.

Der Südwestrundfunk hat die Forderungen zur Rundfunkneuordnung durch die Schaffung von auf die Landesgrenzen bezogenen Sendegebieten und für beide Länder einheitlichen Programmstrukturen in Hörfunk und Fernsehen erfüllt. Auch der Rechnungshof hat dies in seinem im Übrigen guten und analytischen Bericht so zum Ausdruck gebracht.

Wir haben in der Landesregierung den Eindruck, dass sich zunehmend auch programmbezogene Erfolge einstellen. Das Profil der Programme wird klarer, die Landesidentität wird stärker berücksichtigt, und die Akzeptanz der Hörer und Seher steigt, allerdings differenziert. Man muss, wie in der Debatte auch schon erfolgt, sicher zwischen Fernseh- und Hörfunkprogrammen unterscheiden.

Bezüglich des Fernsehens will ich einmal festhalten, dass mittlerweile eine alte Forderung auch dieses Hauses erfüllt worden ist: Wir erfüllen unsere Zulieferquote zur ARD; wir liegen sogar darüber. Was noch nicht ganz befriedigend ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist die Zulieferung im aktuellen Bereich. Baden-Württemberg ist in den aktuellen Kultur-, Wirtschafts- und Politiksendungen bisher unzureichend repräsentiert. Insbesondere in den Sendungen von „ARD aktuell“, bei „Tagesschau“ und „Tagesthemen“ könnte sich das Land noch stärker abbilden. Dies wird übrigens durchaus auch von der ARD-Programmkoordination so gesehen. An dieser Stelle haben wir

noch etwas Nachholbedarf, aber insgesamt erfüllen wir die Programmquote innerhalb der ARD.

Was völlig unbefriedigend ist, verehrte Kolleginnen und Kollegen – das ist von Herrn Dr. Salomon und Frau Dr. Gräßle angesprochen worden –, ist die Ausrichtung unseres Landesfernsehprogramms. Wir sind die Nummer 6 von acht Anstalten mit einer Quote von 5,7 %. Das kann uns nicht zufrieden stellen. Das dritte Programm hat noch kein stimmiges Gesamtprofil.

Aber auf der anderen Seite muss man nicht auf die Gäule einschlagen, weil der Intendant und die Geschäftsleitung dies auch so sehen und seit Frühjahr in einer grundlegenden Programmstrukturreform begriffen sind, die – dann, wenn die Strukturreform umgesetzt ist – sicherlich auch zu einer höheren Akzeptanz dieses dritten Fernsehprogramms führen wird.

Beim Hörfunk haben wir eine ganz andere Entwicklung. Er wird zunehmend akzeptiert. Die Angebote werden gehört. Ich glaube, dass die Umgewöhnungsphase durch die neuen Frequenzen und die neuen Sendeplätze bei SWR 1 und SWR 3 langsam zu Ende geht. Auch die Media-Analyse zeigt ja steigende Akzeptanz und steigende Zahlen auf. Mit SWR 4 hat sich mittlerweile ein Renner in der ganzen Bundesrepublik Deutschland etabliert, und SWR 3 ist das am dritthäufigsten gehörte Programm bundesweit unter den ARD-Einzelprogrammen, sodass ich sagen muss, dass im Hörfunkbereich die Fusion eigentlich bereits sehr, sehr weit vorangekommen ist.

Was die Landesregierung für nicht befriedigend hält, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist allerdings die Entwicklung der Personalstruktur des Senders. Es ist auch nicht überzeugend – wie im Ständigen Ausschuss geschehen –, die Einsparverpflichtung von 650 Personalstellen bis zum Jahr 2003 zu relativieren, indem man sie als eine nicht besonders konkrete Zielbeschreibung definiert. Nein, diese Einsparverpflichtung von 650 Stellen war schon der Anspruch an sich selbst, den man sich 1997 gegeben hat,

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

und an diesem Ziel muss sich auch der Sender messen lassen. Deshalb sollte die Politik auch an diesem Ziel festhalten, dass man diese Einsparverpflichtung bis zum Jahr 2003 erbringt, dass diese Selbstverpflichtung des Senders auch erfüllt werden kann. Wir sollten den Sender da nicht aus der Verantwortung entlassen, auch wenn beispielsweise die Reduzierung von Stellen im Bereich der Leitungsebenen durchaus schon befriedigend ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, meist hat man ja bei Fusionen den umgekehrten Fall, dass sich die Zahl der Häuptlinge nicht reduziert, sondern nur die Zahl der Indianer. In diesem Fall hat sich die Zahl der Häuptlinge schon deutlich reduziert. Aber in der Arbeitsteilung kann bei den Indianern noch viel geschehen.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Minister Dr. Palmer, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Kipfer?



**Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer:** Gerne.

**Abg. Birgit Kipfer SPD:** Herr Minister Palmer, würden Sie mir zustimmen, dass der Abbau von Personalstellen allein nicht das Kriterium sein kann, weil die Leistungen auch von außen eingekauft werden können, dass der Vergleich mit dem Norddeutschen Rundfunk – auf diesem Vergleich basiert nämlich die Zahl von 650 Stellen, die man abzubauen gewillt war – zeigt, dass der Norddeutsche Rundfunk diese Zahl auch nur erreicht, weil er wesentlich mehr Leistungen nach außen vergeben hat als bisher der SWR, dass allein eigentlich die Minutenkosten in der Produktionsleistung ein messbarer Parameter sind und dass diese Minutenkosten im SWR sowohl im Hörfunk als auch im Fernsehen gesenkt worden sind?

**Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer:** Sehr verehrte Frau Kollegin Kipfer, ich will mit dem zweiten Teil beginnen. Der Intendant hat ja wiederholt dargelegt, dass er zu dieser Zahl von 650 Stellen gekommen ist, indem er die Zahl des NDR zugrunde gelegt hat. Was dafür maßgeblich war, braucht uns zunächst einmal nicht zu interessieren.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Das hat der Intendant aber gesagt!)

Das war der Anspruch an diesen Sender, dass man über einen Sechs-Jahres-Zeitraum von 1997 bis 2003 die Zahl der Stellen um 650 reduziert. Das war der Programmsatz, die Überschrift, mit der man gestartet ist, und an diesem Anspruch muss man sich messen lassen. Deswegen halten wir daran fest, dass dieses Ziel erreicht werden sollte, meine sehr verehrten Damen und Herren, und es gibt überhaupt keine Veranlassung, von diesem Ziel abzugehen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Bebbler SPD: Damit werden aber keine Kosten gesenkt!)

Zum ersten Punkt Ihrer Frage: Da sind wir völlig beieinander; natürlich kann und muss alles, was sinnvoll ist, outgesourct werden. Die Landesregierung hat nicht in den allgemeinen Klagegesang eingestimmt, der sich aus der Produktionsszene heraus und in den Feuilletons bemerkbar gemacht hat, als es darum ging, ein wirtschaftlicheres Betriebsmodell für Fernsehproduktionen zu finden, sondern wir haben es für richtig gehalten, dass die „Maran“ in dieser veränderten Ausrichtung an den Start gegangen ist, dass mehr nach außen gegeben wird, dass ein höherer Produktionsanteil fremdvergeben wird. Das war eine Politik des Senders, die unsere volle Unterstützung findet.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Aber das kostet auch etwas!)

– Ja, aber das ist kostengünstiger. Alle Erfahrungen bei anderen Sendern zeigen, Frau Kipfer, dass Produktionen dort, wo nicht eigenproduziert wird, kostengünstiger sind als in Strukturen, in denen ausschließlich oder weitgehend im eigenen Haus produziert wird. Deshalb sind wir da aus ganzer Überzeugung bei Ihnen. Ich halte es für richtig, dass der Sender Ernst damit macht, Produktionen nach außen zu geben – unter Berücksichtigung der baden-württembergi-

schen Produktionslandschaft, auch der kleineren und mittleren leistungsfähigen Betriebe.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU)

Dabei sollten wir den SWR auch in den nächsten Jahren unterstützen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend sagen: Das Prüfungsrecht der Rechnungshöfe – so umfassend, wie wir es im SWR-Staatsvertrag verankert haben – erstreckt sich bekanntlich auch auf die Beteiligungsunternehmen des Senders und erweist sich, wie der aufschlussreiche Prüfbericht unterstreicht, als richtungweisend für andere Landesrundfunkanstalten, für das Deutschlandradio und das ZDF. Deshalb wollen wir dieses weit gehende Prüfungsrecht im Rundfunkstaatsvertrag für alle Anstalten in Deutschland verankern.

Insgesamt kommen wir als Landesregierung zu einer Bilanz, die nicht zu Euphorie Anlass gibt, aber dem SWR bescheinigt, dass in den vergangenen drei Jahren intensiv und gut gearbeitet worden ist und dass viele selbst gesteckte Ziele der Fusion erreicht worden sind. Manches muss noch erreicht werden, insbesondere im Personalbereich. Bei der kompetenten und dynamischen Führung, angesichts der Qualität der Mitarbeiter und bei dem Anspruch einer öffentlich-rechtlichen Anstalt wird dies aber auch in den nächsten Jahren gelingen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Reinhart CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen daher zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung.

Der Ständige Ausschuss schlägt Ihnen vor, von der Mitteilung des Südwestrundfunks, Drucksache 13/224, und von der Mitteilung des Rechnungshofs, Drucksache 13/312, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen diesem Beschlussvorschlag zu.

Damit ist Tagesordnungspunkt 9 erledigt.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 18. Juli 2001 – Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf eines Staatsvertrages zur Änderung des Mediendienste-Staatsvertrages (Mediendiensteänderungsstaatsvertrag) – Drucksachen 13/120, 13/398**

**Berichterstatter: Abg. Braun**

Das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Wem darf ich das Wort erteilen?

(Abg. Hauk CDU: Herrn Pauli!)

Herr Abg. Pauli, Sie erhalten das Wort.

**Abg. Pauli** CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! In immer kürzeren Taktzeiten beschäftigen sich die deutschen Landesparlamente mit Änderungen, Novellierungen und Modifizierungen von Staatsverträgen im Medienbereich. Ursächlich sind die rasanten technischen Entwicklungen mit neuen Chancen, aber auch Risiken auf der Autobahn zur Informationsgesellschaft sowie vor allem auch die Angleichung an europäische Richtlinien. Der vorliegende Entwurf eines Staatsvertrags zur Änderung des Mediendienste-Staatsvertrags regelt das Herkunftslandprinzip, modifiziert die Regeln der Verantwortlichkeit und der Informationspflicht der Diensteanbieter und passt die Bestimmungen an das Teledienste-Datenschutzgesetz an.

Bund und Länder sind übereingekommen, die E-Commerce-Richtlinie parallel umzusetzen. Unser deutsches Recht kennt den allgemein gefassten Begriff der Dienste der Informationsgesellschaft nicht, vielmehr wird zwischen Mediendiensten und Telediensten unterschieden. Die Abgrenzung ist im Einzelfall schwierig. Es ist höchste Zeit, dass im deutschen Medienrecht eine grundlegende Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern vorgenommen wird,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Reinhart CDU: Sehr richtig!)

wobei eine klare Länderzuständigkeit für Werbung, Kinder-, Jugend- und Persönlichkeitsschutz erreicht werden soll.

Bei den Mediendiensten wird unterschieden zwischen Verteildiensten, die ohne individuellen Abruf gleichzeitig für eine unbegrenzte Zahl von einzelnen Empfängern erbracht werden, und Abrufdiensten, die nur auf individuelle Anforderung übertragen werden. Abrufdienste unterfallen nur dann dem Mediendienste-Staatsvertrag, wenn der individualkommunikative Charakter nicht im Vordergrund steht. Ansonsten handelt es sich bei den Abrufdiensten um Teledienste im Sinne des Teledienstgesetzes, zum Beispiel Onlinebanking oder E-Commerce.

Aufgrund der größeren Meinungsrelevanz der Mediendienste weist der Mediendienste-Staatsvertrag eine größere Regelungstiefe auf. Im Übrigen sind die Bestimmungen jedoch nahezu identisch.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Vereinheitlichung der Rechtsregeln im Bereich des elektronischen Geschäftsverkehrs ist zweckmäßig und dringend erforderlich. Wir brauchen Rechtssicherheit für die Anbieter und einen effektiven Schutz für die Verbraucher.

(Abg. Walter GRÜNE: Sehr gut!)

Deswegen ist es erfreulich, dass hier ausdrücklich und eindeutig die Pflichten der Diensteanbieter geregelt werden. Das Herkunftslandprinzip regelt, dass für Diensteanbieter, die in einem anderen Mitgliedsstaat der EU ihren Sitz haben, künftig das Recht des Sitzlandes gelten wird.

(Abg. Seimetz CDU: Gut! – Abg. Dr. Reinhart CDU: Richtig!)

Das Herkunftslandprinzip gilt jedoch nicht im Bereich des Schutzes der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der öffentlichen Gesundheit sowie von Verbraucherinteressen. Dem Bürger wird insoweit nicht der Schutz entzogen, der ihm durch Vorschriften in seinem Wohnsitzland gewährt wird, zum Beispiel durch Jugendschutz. Die Datenschutzbestimmungen werden angepasst. Die Änderungen hierzu haben im Wesentlichen eine Konkretisierung des Anwendungsbereichs sowie die Präzisierung der Einwilligung des Verbrauchers bzw. des Nutzers in die Verarbeitung seiner Daten zum Gegenstand.

Spannender als die technischen Details dieses Staatsvertrags sind folgende drei Punkte aus der Reform der Medienordnung: die Berichterstattung an den Landtag, das Medienkonzentrationsrecht sowie die Digitalisierung des Rundfunks. Was die Berichterstattung an den Landtag angeht, empfiehlt die CDU-Fraktion, trotz des bundesweiten zweijährigen Rhythmus an einer jährlichen Information festzuhalten, wie sie sich in Baden-Württemberg seit Jahren bewährt hat.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Bei diesem Staatsvertragsentwurf zur Änderung des Mediendienste-Staatsvertrags handelt es sich in vielen Bereichen um eine Vollharmonisierung. Daher besteht seitens des Landtags kein nennenswerter Handlungsbedarf –

(Abg. Drautz FDP/DVP: Und kein Redebedarf!)

abgesehen davon, dass uns dieser hier und heute auch gar nicht zusteht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Kipfer.

(Abg. Walter GRÜNE: Aber kurz!)

**Abg. Birgit Kipfer** SPD: Herr Kollege, ich bin ganz beeindruckt von der Durchdringung dieses gesetzestechnischen Werkes im fachlichen Bereich. Dem habe ich überhaupt nichts hinzuzufügen.

Das ist ein Staatsvertragsentwurf. Dem stimmen wir zu. Es ist eine Übereinstimmung aller beteiligten Länder herbeigeführt worden. Allerdings ist es ein Entwurf.

Weil ich ohnehin zu sprechen habe – wir wollten eigentlich, dass niemand redet –, sage ich jetzt, wo wir doch reden sollen,

(Abg. Walter GRÜNE: Muss man nicht!)

noch einmal meinen Wunsch. Man kann ja einen Staatsvertrag auch danach beurteilen, was nicht in ihm steht und bisher nicht aufgenommen wurde. Deshalb wiederhole ich meinen Wunsch aus dem Ständigen Ausschuss. Ich hätte mir gewünscht, dass von der Möglichkeit Gebrauch gemacht worden wäre, wenn man schon den Staatsvertrag ändert, eine Regelung über den diskriminierungsfreien Zugang für die Diensteanbieter aufzunehmen, zumal dies bei

(Birgit Kipfer)

der Entstehung dieses Staatsvertrags 1997 von den damals SPD-regierten Ländern angemahnt worden war. Ich zitiere aus der damaligen Protokollerklärung:

Das Land Brandenburg . . .

– Sie können sich hier alle A-Länder vorstellen –

sind der Auffassung, dass § 4 um eine Regelung ergänzt werden sollte, die Betreiber von Telekommunikationsnetzen für Mediendienste verpflichtet, Anbietern von Mediendiensten diskriminierungsfreien Zugang zu den Netzen zu gewährleisten. Sie bedauern, dass über die dem Interesse der Nutzer dienende Regelung kein Einvernehmen im Länderkreise erzielbar war.

Baden-Württemberg hatte diesem Ansinnen nicht zugestimmt, obwohl die Landesregierung in der Stellungnahme zu einem Antrag der Kollegin Dr. Gräßle jetzt geschrieben hat – Drucksache 13/226 –, dass eine Regelung gefunden werden müsse, die einen diskriminierungsfreien Netzzugang ermögliche. Das ist auch deshalb aktuell, weil die Kabelnetze, wie jedermann weiß, in private Hand gelegt worden sind und ausgebaut werden und weil es notwendig ist, zu regeln, dass jeder, der das möchte, Zugang zu diesen Netzen hat. Jetzt wäre die Gelegenheit, dies auch in den Mediendienste-Staatsvertrag aufzunehmen und nicht auf die Ausübung der Bundeskompetenz zu warten, die dies natürlich auf ihre Weise in verschiedenen Bundesgesetzen regeln kann. Aber solange wir noch eine höchst komplizierte Verteilung der Zuständigkeiten in diesem neuen Bereich zwischen Bund und Ländern haben, so lange muss auch vonseiten der Länder dieser Netzzugang gewährleistet sein. Das ist der Wunsch, den wir haben.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Theurer.

(Abg. Bebber SPD: Der sieht das genauso! – Heiterkeit)

**Abg. Theurer** FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir zunächst eine Vorbemerkung: Herr Minister, als Sie vorhin über das halb volle Glas gesprochen hatten, war Ihr Wasserglas ganz voll. Als Sie mit Ihrer Rede aufgehört haben, war es halb voll oder halb leer. Jetzt ist es ganz weg.

(Heiterkeit)

Ich hoffe, dass es uns angesichts der technischen Entwicklungen im Bereich der Medien mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht irgendwann einmal genauso gehen wird. Wir wissen es nicht genau. Jedenfalls sind die technischen Entwicklungen in diesem Bereich dramatisch. Es gibt auch eine Konvergenz. Mittlerweile spricht man davon, dass man über Stromnetze bereits Medien übertragen kann. Insofern haben wir hier auch ein ganz neues Feld, das rechtlich geregelt werden muss. Wir haben das ja im Ständigen Ausschuss auch ausführlich vorberaten. Die Fachleute der Länder, insbesondere der Staatsministerien und Staatskanzleien, haben das in bewährter Manier mit

dem Staatsvertragsentwurf auch wieder rechtlich geregelt und alles durchgeprüft, meine Damen und Herren. Deshalb kann ich hier für die FDP/DVP-Fraktion feststellen, dass wir dem Staatsvertragsentwurf zustimmen können.

Ich möchte aber eines anmerken: Hier ist davon gesprochen worden, dass die Länder immer mehr Einflussmöglichkeiten verlieren. Ich denke, man muss selbstkritisch anmerken, dass in diesem Bereich – das ist in einem Zwischenruf vorhin auch von der Kollegin Kipfer geäußert worden – die Handlungsmöglichkeit doch stark bei der Regierung liegt. Deshalb geben wir zu bedenken, künftig vor der Aushandlung von neuen Staatsverträgen eine andere Form der Beteiligung der Länderparlamente zu entwickeln, etwa in einer Art und Weise, wie man es auf europäischer Ebene in Form eines Konvents realisiert. Das möchte ich hier einfach einmal als Gedanken in die Debatte einführen. Denn ansonsten haben wir als Parlament ja das Problem, dass wir mit fertig ausgehandelten Vertragsentwürfen, die unter den Bundesländern bereits fest abgestimmt sind, konfrontiert werden und nur noch wenige Einzelheiten verändern können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie der Abg. Pauli CDU und Boris Palmer GRÜNE)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Walter.

**Abg. Walter** GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dieser vorliegenden Richtlinie – das haben meine Vorrednerin und die Vorredner schon festgestellt – kann man eigentlich nur zustimmen. Bis auf den Punkt, den Sie angesprochen haben, Frau Kollegin Kipfer, ist eigentlich alles drin, was im Augenblick zu erwarten ist.

Das Herkunftslandprinzip wurde auch von Ihnen schon genannt. Ich glaube, es ist wirklich wichtig, dass auch für die hier in der BRD niedergelassenen Diensteanbieter und Mediendienste die innerstaatlichen Normen gelten. Es ist ein Fortschritt, dass das hier klar umgesetzt wurde. Diese Position wird von uns auch unterstützt, weil sie kleinen und mittleren Unternehmen hilft, einen Zugang zum Internet zu haben, ohne sich, wie große Konzerne das leichter können, in den einzelnen Ländern, in denen sie aktiv werden wollen, um die genaue Umsetzung von Gesetzen kümmern zu müssen.

Bei der Nutzung des Internets kann es aber nicht nur um Freiheiten gehen, sondern da geht es auch um Pflichten. Ich glaube, da sind wir uns alle einig. Wir brauchen in der Informationsgesellschaft auch eine Handhabe gegen Missbrauch. Auch dafür bildet diese Richtlinie der EU eine gute Grundlage.

Sie haben sicherlich Recht, Kollege Theurer, dass man Wege finden muss, dass die Länderparlamente hier nicht wirklich nur noch abnicken müssen. Trotzdem haben wir an dieser konkreten Vorlage eigentlich nichts auszusetzen. Das ändert natürlich nichts daran, dass Ihre generelle oder prinzipielle Kritik sicherlich wichtig ist.



(Walter)

Gut finde ich, dass weiterhin gesichert ist, dass Inhalte mit Straftatbestand, Inhalte, die gegen den Jugendschutz verstoßen, die Rassenhetze betreiben oder diskriminierend sind, von innerstaatlichem Recht nicht geschützt sind. Wenn man so weit käme, dann würde das Internet eine Freiheit erhalten, die es derzeit eigentlich nicht haben kann und nicht haben darf. Es gibt Inhalte, die weiterhin im Internet nichts zu suchen haben. Wenn wir dagegen keine Handhabe haben, wird es sehr schwierig.

Deswegen ist es auch gut, dass die Richtlinie sagt, welche Sanktionen möglich sind. Sonst wäre das nur ein Papiertiger. Es wird klar aufgelistet, welche Verstöße wie zu ahnden sind. Auch das ist ein Fortschritt.

Positiv für den Verbraucher ist, dass Anbieter und Mediendienste beispielsweise regeln müssen, was mit den gespeicherten Daten geschieht. Gerade im Internet, wo Daten frei verfügbar sein können, wo Daten weitergereicht werden können, muss Klarheit für die Verbraucher geschaffen werden.

Ich glaube, es lohnt sich nicht, hier noch mehr auf die Einzelheiten einzugehen. Es herrscht auch Einigkeit quer durch alle Fraktionen. Deshalb sollte man, denke ich, diese Richtlinie im Parlament schnell verabschieden und zu einem guten Ende bringen. Ich glaube, es gibt wieder Punkte in nächster Zeit, schon morgen früh, für die wir mehr Zeit brauchen, weil da die unterschiedlichen Meinungen stärker zutage treten werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Fischer SPD)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Minister Dr. Palmer.

**Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Vom Kollegen Theurer wurde bemängelt, dass wir mit einem solchen Entwurf spät kommen. Er meinte, wir sollten früher damit kommen, damit das Landesparlament beteiligt werden kann.

Ich möchte darauf hinweisen, dass auch die Landesregierungen bei dieser schwierigen Materie nahezu keinen Handlungsspielraum haben.

(Abg. Theurer FDP/DVP: Das meinte ich ja!)

Der Handlungsspielraum ist eingeengt durch eine gemeinsame Richtlinie des Europäischen Rats – das sind die nationalen Regierungen – und des Europäischen Parlaments unter dem Titel „Dienste der Informationsgesellschaft“. Das ist eine rechtliche Begrifflichkeit, die im deutschen Recht nicht vorhanden ist. Wir mussten deshalb diese Richtlinie in zweierlei Zuständigkeiten umsetzen, zum einen für die Mediendienste – da sind die Länder zuständig –, zum anderen für die Teledienste – dafür ist der Bund zuständig. Deshalb arbeitet der Bund derzeit an einer bundesrechtlichen Regelung, und die Länder haben den Staatsvertrag abgeschlossen, den wir Ihnen heute im Entwurf vorlegen.

Wir hätten das natürlich gern im Vorfeld diskutiert, Herr Theurer, aber der Zeitdruck ist enorm. Die Europäische Union – das geht morgen in die Debatte zur Europapolitik hinein – hat eine Frist bis Januar 2002 gesetzt. Eigentlich geht dieser Hinweis an die nationale Vertretung,

(Abg. Theurer FDP/DVP: Das meine ich ja!)

nämlich die Bundesrepublik Deutschland, die sich im Europäischen Rat solche Fristen nicht setzen lassen sollte, die dann die Länder umzusetzen haben nach dem Motto: „Friss, Vogel, oder stirb“, ohne einen nennenswerten Handlungsspielraum.

Da eigentlich kein Handlungsspielraum vorhanden ist und der Kollege Pauli die Inhalte des Entwurfs des Staatsvertrags sehr gut dargestellt hat, möchte ich dazu auch nichts mehr sagen.

Ich möchte eigentlich nur auf das eingehen, was Frau Kipfer sowohl im Ständigen Ausschuss als auch hier im Plenum vorgetragen hat, dass wir nämlich aufseiten der Länder versäumt hätten, den diskriminierungsfreien Zugang zu regeln und damit eine alte Forderung von 1997 aufzugreifen.

Frau Kipfer, das ist deshalb geschehen, weil Ihre Forderung einfach überholt ist. Ich konnte das im Ständigen Ausschuss nicht ad hoc beantworten, habe mich aber inzwischen kundig gemacht und kann es heute beantworten. Kein A-Land, also kein SPD- oder grün mitregiertes Land, hat im Rahmen des Entwurfsverfahrens für den Staatsvertrag, als wir uns zwischen den Ländern verständigten, einen solchen Vorschlag vorgetragen, weil es seit dem Rechtszustand von 1997 – das habe ich im Ständigen Ausschuss darlegen können und will es heute erneut tun, nachdem das Argument wieder vorgetragen wurde – markante Veränderungen gegeben hat. Wir haben 1999 in § 22 unseres eigenen Landesmediengesetzes festgehalten, dass der Betreiber von Anlagen Mediendienste angemessen berücksichtigen muss, wobei gleiche Belegungskriterien wie bei Fernseh- und Hörfunkprogrammen gelten. Eine entsprechende Regelung für digitalisierte Kabelanlagen wurde im Rahmen des Vierten Rundfunkänderungsstaatsvertrags im Jahr 2000 in § 52 des Rundfunkstaatsvertrags aufgenommen.

Da beide Rechtsmaterien – der Rundfunkstaatsvertrag und unser eigenes Medienrecht im Land – den diskriminierungsfreien Zugang befriedigend regeln, bestand überhaupt keine Notwendigkeit, dies jetzt im Rahmen der Umsetzung der E-Commerce-Richtlinie der Europäischen Union nochmals zu tun. Alle Länder haben sich darauf beschränkt, das, was von Europa als Rechtsrahmen für die Umsetzung zwingend vorgegeben ist, jetzt auch anzupassen. Anderes haben sie nicht gemacht. Das sollte man nicht kritisieren, sondern akzeptieren, vor allem wenn der diskriminierungsfreie Zugang auch in anderen Rechtsmaterien befriedigend geregelt worden ist, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Kipfer?



**Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer:** Es ist eher eine Abschlussfrage, weil ich an das Ende meines Beitrags gekommen war. Aber ich gestatte auch gern eine Abschlussfrage.

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Bitte, Frau Abg. Kipfer.

**Abg. Birgit Kipfer SPD:** Ich werde das auch nicht über Gebühr verlängern, Herr Minister. Nur frage ich mich, warum dann die Landesregierung in ihrer aktuellen Stellungnahme zum Antrag Drucksache 13/226 selbst von einem Regelungsbedarf spricht. Ich zitiere aus dieser Stellungnahme:

Ziel muss es daher sein, einen rechtlichen Rahmen zu schaffen, der einen diskriminierungsfreien Netzzugang und damit eine Angebotsvielfalt im Kabel sicherstellt  
...

Wenn im Landesmediengesetz und im Rundfunkstaatsvertrag alles schon geregelt ist, warum haben Sie diesen Satz dann in die Stellungnahme zu diesem Antrag aufgenommen, und wo wollen Sie die Regelung noch treffen?

**Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Dr. Christoph Palmer:** Wenn Sie nicht dazusagen, was das Thema der Drucksache ist, ist es ein bisschen schwierig, darauf einzugehen. Ich vermute, dass es sich dabei um eine der Stellungnahmen handelt, die wir zu Anträgen vonseiten der CDU und der Grünen zum Thema „Kabelbelegung in Baden-Württemberg“ abgegeben haben.

Das Kabel, Frau Kipfer, bedarf natürlich viel umfassenderer Regelungen. Über das Kabel werden ja nicht nur Mediendienste oder Teledienste abgewickelt –

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Aber auch!)

dieser Aspekt ist in den Rechtsmaterien befriedigend geregelt –, vielmehr wird über das Kabel eine ungleich größere Verbreitungsmöglichkeit geschaffen. Wir müssen natürlich schon noch gemeinsam dafür sorgen, dass zum Kabel generell ein diskriminierungsfreier Zugang besteht.

Hier, bei dieser Materie, hat kein deutsches Bundesland eine Änderungsnotwendigkeit gesehen, weil alles befriedigend geregelt worden ist. Wir sollten den vorliegenden Entwurf jetzt auch gemeinsam so konsensual verabschieden, wie es in der Debatte angesprochen worden ist.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 13/120.

Der Ständige Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung Drucksache 13/398, von der Mitteilung der Landesregierung vom 18. Juli 2001, Drucksache 13/120, Kenntnis zu nehmen. Wer dieser Empfehlung zustimmt,

den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Beschlussempfehlung Drucksache 13/398 einstimmig zugestimmt.

Tagesordnungspunkt 10 ist erledigt.

Ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

**a) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 3. Juli 2001 – Denkschrift 2001 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg mit Bemerkungen zur Landeshaushaltsrechnung 1999 – Drucksachen 13/42, 13/329**

**Berichterstatlerin: Abg. Ursula Lazarus**

**b) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 25. Januar 2001 – Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 1999 – Drucksachen 12/5969, 13/330**

**Berichterstatter: Abg. Seltenreich**

**c) Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Rechnungshofs vom 17. September 2001 – Prüfung der Rechnung des Rechnungshofs (Epl. 11) für das Haushaltsjahr 1999 durch den Landtag – Drucksachen 13/243, 13/331**

**Berichterstatter: Abg. Junginger**

Das Präsidium hat für die Aussprache über die Buchstaben a bis c eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Wem darf ich in der Aussprache das Wort erteilen? – Frau Abg. Lazarus.

**Abg. Ursula Lazarus CDU:** Frau Präsidentin, Herr Rechnungshofsvizepräsident Gößler, meine Damen, meine Herren! Rechnungshöfe, Rechnungsprüfungsämter, ob auf kommunaler Ebene oder hoch bis zur europäischen Ebene, sind Verbündete der Steuerzahler. Da wir im Parlament die Vertreter von Bürgerinnen und Bürgern sind, sind es natürlich auch Verbündete der Parlamentarier, speziell der Landtagsabgeordneten.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Die Rechnungshöfe auf allen Ebenen wachen in großer Unabhängigkeit darüber, dass Steuergelder nicht unnötig ausgegeben oder gar verschwendet werden. Leider entdecken sie das manchmal erst im Nachhinein, aber immerhin kann dann durch ihre Entdeckungen und deren Behandlung durch uns mitunter verhindert werden, dass es so weitergeht.

Außerdem gibt es auch beratende Äußerungen, die bereits im Voraus einiges verhindern.

Der Rechnungshof bewertet auch die Haushaltsführung. In der Denkschrift 2001 heißt es, wie auch in früheren Denkschriften, dass natürlich der Regierung und in diesem Fall auch dem Parlament strikte Haushaltsdisziplin auferlegt wird.

(Ursula Lazarus)

Es gibt allerdings – und das ist fast überraschend – im ersten Kapitel, das auch die Landesschulden betrifft, auch Positives zu vermerken. Der Rechnungshof sagt zwar, dass die Schulden auch 1999 – der Bericht bezieht sich auf dieses Haushaltsjahr – angewachsen sind, und zwar neu um 1,8 Milliarden DM, wobei in dieser Summe fast 600 Millionen DM für den Erwerb einer stillen Beteiligung an der Landesbank enthalten sind. Aber es gibt auch Positives zu vermerken: So ist die Personalausgabenquote, ein Spezifikum, an dem wir immer auch die Qualität eines Haushalts festmachen, gesunken. Wir hatten in den letzten Jahren eigentlich immer über 40 % anzumelden. Diese Quote ist seit zehn Jahren zum ersten Mal auf unter 40 %, auf 39,2 %, gesunken.

(Abg. Fischer SPD: Das hätte ich lieber nicht gesagt!)

Im Gegenzug ist die Investitionsquote auf über 10 %, nämlich auf 11,3 % gestiegen. Wir sollten uns nicht nur zum Ziel setzen, beide Indikatoren zu halten, sondern auch, sie zu verbessern. Der Rechnungshof zeigt in einzelnen Prüfungsbemerkungen Wege auf, diese Indikatoren zu verbessern. Wir haben uns damit befasst. Einige Beispiele darf ich signifikant herausgreifen.

Ich zitiere dazu die Überschrift einer Pressemitteilung: „Nach Rauswurf sieben Jahre Gehalt kassiert“. Was war geschehen? Der Rechnungshof hatte 132 Fälle abgeschlossener und noch laufender Disziplinarverfahren untersucht, immerhin über neun Jahre hinweg. Die abgeschlossenen Verfahren, die man am Besten beurteilen kann, hatten im Durchschnitt über drei Jahre gedauert, im Höchstfall bis zu neun Jahren. Der Steuerzahler hatte – man muss sich das einmal vorstellen – für nicht geleistete Dienste 17,3 Millionen DM bezahlt.

(Zuruf des Abg. Moser SPD)

Die Landesregierung hat eine Novellierung der Landesdisziplinarordnung zugesagt, wobei die Vorschläge des Rechnungshofs zur Verbesserung, nämlich ein nur zweistufiges Verfahren vorzusehen, auch umgesetzt werden sollen. Auch auf der Bundesebene wird es eine neue Disziplinarordnung geben, sodass es Sinn macht, auf Bundesebene und auf den Länderebenen möglichst einheitliche Regelungen zu finden.

Ein weiteres Beispiel: Es kostet uns zu Recht sehr viel Geld, die Lehrerfortbildung auch zentral vorzunehmen. Bei einem immer schnelleren Wissensumschlag ist es wirklich notwendig, Lehrer ständig fortzubilden. Aber nur die zentrale Fortbildung in den Akademien kostet uns im Jahr 57 Millionen DM.

Dem Rechnungshof und auch uns ist das nicht effizient genug, was anschließend an die Fortbildung geschieht, nämlich in den Schulen. Es heißt: In den Schulen muss gewährleistet sein, dass die Fortbildung nicht mehr oder minder zufällig für diejenigen geschieht, die sich gerade melden oder sich dafür interessieren, sondern die Fortbildung muss strategisch auf die Schule bezogen vorbereitet werden: Wer geht hin? Wer nimmt die Fortbildung wahr? Und wie wird sie nachher an der Schule praktisch, multiplikatorenhaft

umgesetzt? Wir wollen einen Bericht dazu. Wir wollen wissen, wie das Ganze verbessert wird.

Um wirklich große Summen Geldes geht es bei der Einführung des elektronischen Grundbuchs.

(Abg. Moser SPD: Da haben Sie Recht!)

Wegen nicht ausreichender Vorplanung ist das bisher auch gründlich schief gegangen. Niemand will das Ziel infrage stellen, aber die Kosten allein für die Datenerfassung wurden völlig falsch eingeschätzt, und auch der Zeitplan war illusorisch. Da hat der Rechnungshof wirklich dazu beigetragen, dass inzwischen ein realistisches Finanzierungs- und Handlungskonzept erstellt wird.

(Abg. Moser SPD: Sehr lobenswert!)

Der Kostenansatz beträgt jetzt immerhin – es war einmal von 53 Millionen DM die Rede gewesen – 137 Millionen DM. Wir wissen auch, dass das in Baden-Württemberg schwierig ist. Denn wir haben, eigentlich günstig für uns, ein sehr dezentrales, ein kommunales und auch in anderen Strukturen vorhandenes Grundbuchnetz. Das wollen wir auch durchaus erhalten, aber, wie gesagt, es ist alles schwieriger als in anderen Bundesländern. Nur, das hat man gewusst, und man hätte es eben gleich von vornherein einbeziehen müssen. Der Rechnungshof und der Finanzausschuss werden das weitere Verfahren durchaus kritisch begleiten.

Ein Beispiel für eine missglückte Privatisierung, nämlich das Beispiel der Gründung der Gesellschaft für Umweltmessungen und Umwelterhebungen mbH (UMEG), zeigt, dass man mit den Begriffen Outsourcing und Privatisierung sehr vorsichtig umgehen muss. Nicht immer ist das kostensparend, wie sich gerade hier zeigt. Da muss es vorher Wirtschaftlichkeitsberechnungen geben. Der Rechnungshof hat Indizien dafür gegeben, was berücksichtigt werden muss, wenn man so etwas angehen möchte, dass zum Beispiel vorher ein Wirtschaftlichkeitsgutachten erstellt werden muss, sodass nicht, wie hier geschehen, 13 Millionen DM Umsatzsteuer von dem Unternehmen zu zahlen sind. Eine Privatisierung geht vor allem dann schief, wenn das Unternehmen selbst zu fast 100 % in öffentlicher Trägerschaft ist oder nur auf öffentliche Aufträge angewiesen ist. Das ist, glaube ich, auch für Kommunen ein Beispiel, dass das Wort „Privatisierung“ allein eigentlich kein Schlüsselwort für Kosten sparen ist,

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Sehr richtig!)

sondern dass man damit vorsichtig umgehen muss.

Wir haben auch Beispiele – ich möchte es dann schon kurz machen – für die Vergabe bei Zuwendungsverfahren oder bei Förderverfahren, Beispiele dafür, dass auch dort – Beispiel Schienennahverkehr, Einzelfälle einer Stadtbahn im Nordschwarzwald usw. – sehr vorsichtig gehandelt werden muss, wenn die Wirtschaftlichkeit nicht ganz sichergestellt ist, weil das nachher sonst beim Zuwendungsverfahren Probleme machen kann, wenn es wirklich ums Geld geht.

Sehr geehrte Damen und Herren, auch der Finanzausschuss selbst ist auf Effizienz bedacht. Wir haben es in diesem

(Ursula Lazarus)

Jahr geschafft, die gesamte Denkschrift mit allen Beiträgen in einer einzigen Sitzung zu behandeln.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Wir sind gut, oder?)

Wir haben es geschafft, so gut wie alles – ich erinnere mich jedenfalls nicht an ein Gegenbeispiel – einvernehmlich, das heißt einstimmig zu verabschieden. Sie sehen – das habe ich am Anfang gesagt –, dass das Parlament und der Rechnungshof im Grunde genommen Verbündete sind.

Ich bedanke mich beim Rechnungshof für die geleistete Arbeit und gehe davon aus, dass sich diese Arbeit, nachdem es zu Jahresbeginn einige Aufgeregtheiten gab, jetzt in der bewährten sachlichen Zusammenarbeit fortsetzt.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Junginger.

**Abg. Junginger SPD:** Frau Präsidentin, Herr Vizepräsident Gößler, meine Damen und Herren! Auch wenn der heutige Plenartag schon einige Stunden währt und nach dem morgendlichen Getöse zur Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik mit wesentlichen Ausflügen auf die bundespolitische Ebene nachmittags – ich glaube, der Eindruck ist gerechtfertigt – eher müde und arbeitsam geworden ist,

(Abg. Hauk CDU: Sie sind vielleicht müde! Wir sind arbeitsam!)

soll die Tagesordnung heute mit einem Sachbereich von besonderer – Herr Hauk, gerade für Sie: gut zuhören! – landespolitischer Bedeutung abgeschlossen werden, nämlich mit der Beratung und Beschlussfassung zur Denkschrift 2001 des Landesrechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg, der Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 1999 und der Rechnungsprüfung des Einzelplans 11, also des Rechnungshofs, durch den Landtag.

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Leider entspricht – Herr Hauk, gerade auch bei den Regierungsfractionen – die Präsenz überhaupt nicht der Bedeutung des Themas.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Denn das sind Dinge, bei denen man schon sagen muss: Es wäre sinnvoll, sich einmal damit auseinander zu setzen, was hier an Fazit in Anwesenheit der Repräsentanten des Rechnungshofs gezogen wird. Ich bedaure dieses Wegbleiben sehr, und das sollte sich ändern. Insofern keine Zwischenrufe, Herr Hauk, sondern hinausgehen und Ihre Leute holen!

(Beifall bei der SPD – Abg. Schmiedel SPD: Sehr gut! – Abg. Hauk CDU: Warum lesen Sie das eigentlich ab?)

Ein Redebeitrag zu einem so wichtigen finanzpolitischen Generalthema verdient eine Einleitung mit einem Dichter-

oder Denkerwort. Herr Hauk, auch jetzt einmal gut zuhören! Ich will es heute einmal mit Nietzsche halten.

(Lebhafte Unruhe – Abg. Hauk CDU: Ich erinnere mich da an ein Märchen!)

Er sagt:

Man nimmt die unerklärte dunkle Sache – gut zuhören! –

wichtiger als die erklärte helle.

Wenn dem so ist, dann leistet der Rechnungshof mit seinen jährlichen Denkschriften und seinen Prüfungsberichten einen wichtigen Beitrag dazu, dass zahlreiche dunkle und damit für wichtig genommene Sachen oder auch Taten hell werden, ihre angebliche Wichtigkeit verlieren und sogar in einigen Fällen ein für alle Mal von der Bildfläche verschwinden. Vielleicht ist der entsprechende Sinnzusammenhang leichter zu verstehen, wenn ich einzelne Ergebnisse und Empfehlungen aus der Denkschrift 2001 des Rechnungshofs vorstelle.

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Doch zunächst ist es uns wichtig, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Rechnungshofs und der nachgeordneten Prüfungsämter, von der Führungsebene bis zum Sachbearbeiter, namens der SPD-Fraktion Dank für die geleistete Arbeit und das allgemeine Engagement sowie die immer wieder gezeigte und verteidigte Unabhängigkeit zu sagen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Hauk CDU: Hört, hört!)

Wir anerkennen dabei ausdrücklich, dass der Rechnungshof mit seinen Denkschriften und beratenden Äußerungen eine ganze Vielzahl von Hinweisen und Anregungen zu einer sparsameren und effizienteren Verwendung der öffentlichen Mittel durch die Regierung und die Landesverwaltung insgesamt gibt.

In der Internetpräsentation des Landtags heißt es, dass der Landtag mit dem Etat- und Haushaltsrecht das parlamentarische Königsrecht besitze und dass der Landtag – ich füge ein: angeblich – darüber beschließe, wofür und wie viel Geld Baden-Württemberg ausgibt – angeblich deshalb, weil beispielsweise die Landesstiftung und sonstige Schattenhaushalte der parlamentarischen Kontrolle und Verantwortung weitgehend entzogen sind.

(Beifall bei der SPD)

Dieses so genannte Königsrecht wäre aber nur graue Theorie, wenn nicht die Kontrolle über die Regierung und die Umsetzung der finanzwirksamen Beschlüsse des Landtags hinzukäme – mit dem unabhängigen Rechnungshof als wichtigstem Gehilfen.

Während im letzten Jahr die unerfreuliche Möbelaffäre zur getrennten Behandlung von Denkschrift 2000 und Haushaltsrechnung 1998 einerseits sowie Prüfung der Rechnung des Rechnungshofs 1998 und Entlastung andererseits führte, hat sich der Rechnungshof inzwischen Erfolg versprechend angeschickt, seine Vorbildfunktion zurückzugewin-



(Junginger)

nen und verlorenes Ansehen und eingebeulte Autorität zurückzuerobern. Dabei kann gute Arbeit nur durch Unabhängigkeit und kritische Aufmerksamkeit gegenüber Worten und Taten der Regierungsverantwortlichen im Zusammenhang mit Fehl Ausgaben, mangelnder Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit geleistet werden. Diese Einstellung habe ich als neuer Berichterstatter des Finanzausschusses bei meinem Gedankenaustausch mit den Führungskräften des Rechnungshofs in Karlsruhe mit Befriedigung feststellen können.

Unsere Unterstützung bei der Sicherung der Finanzkontrolle, bei der begleitenden Beratung von Landesregierung und Landtag, bei der Darstellung von nachhaltigen Verbesserungspotenzialen, bei Planung, Verfahren und Organisation staatlicher Aufgaben, bei den Anstößen zur Evaluation bei Fördermaßnahmen oder Verwaltungsabläufen mit dem Ziel der Erkenntnisgewinnung für die Zukunft hat der Rechnungshof und haben die Prüfungsämter ebenso wie unsere Zusage, Vermeidungsstrategien und Verbesserungsvorschläge über die Beanstandung von Missständen oder Unwirtschaftlichkeiten hinaus mitzutragen und das Spannungsfeld zwischen Kontrolle und Beratung sachorientiert aufzulösen.

Bevor ich noch einmal Einzelpunkte der Denkschrift 2001 anspreche, die der Regierung in der Öffentlichkeit neuerlich ins dicke Stammbuch der Beanstandungen geschrieben werden müssen, erkläre ich für die SPD-Landtagsfraktion, dass wir die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses zur Denkschrift 2001, zur Haushaltsrechnung für das Jahr 1999 und zur Prüfung der Rechnung des Rechnungshofs nebst Entlastung des Präsidenten mittragen.

Da ich davon ausgehe, dass Sie alle die Denkschrift mit ihren 202 Seiten und die Drucksachen über die Beratungen im Finanzausschuss gelesen haben, will ich mich auf Stichworte beschränken: erstens Neuverschuldung, zweitens Einführung des elektronischen Grundbuchs, drittens Vermeidung von Scheinprivatisierungen – ein besonderer Hinweis an die FDP/DVP –, viertens Beitrag zum Controlling im Schienenpersonennahverkehr, fünftens strategisches Management bei den Beschaffungen der neun Universitäten mit einem Jahresvolumen von 500 Millionen DM, sechstens außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und siebtens zentrale Lehrerfortbildung.

Der Rechnungshof – da muss ich Frau Kollegin Lazarus widersprechen – hat mit einer deutlichen Mahnung eine konsequente Haushaltspolitik mit dem Ziel eingefordert, den Anstieg der Neuverschuldung zu stoppen. Er hat sich damit deutlich in die Reihe der Kritiker einer Politik des Schuldenmachens gestellt. Wir finden das sehr gut und richtig, entspricht diese Haltung doch unserer Auffassung und unseren finanzpolitischen Grundsätzen seit Jahr und Tag.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Er begründet seinen Hinweis auch damit, dass Baden-Württemberg im Jahr 2000 unter den acht alten Flächenländern bei der Pro-Kopf-Verschuldung den höchsten Anstieg aufweist. Das sind ja keine Erfolgsdaten, sondern das sind Entwicklungen, denen man Einhalt gebieten muss.

Der Rechnungshof weist auch darauf hin, dass die bevorstehenden Pensionslastenerweiterungen die Haushaltslage zunehmend schwieriger machen werden.

Zweitens: Einführung des elektronischen Grundbuchs: falsche Annahmen über Kosten, erwartete Rationalisierungsgewinne, Bearbeitungsaufwand, Bearbeitungsdauer und Systemtauglichkeit der Datenverarbeitungsprogramme. Es sind Mehreinnahmen ab einem Zeitpunkt einkalkuliert worden, zu dem noch nicht einmal das Datenverarbeitungsprogramm zur Verfügung stand. Die 48 Millionen DM Mehrkosten sind kein überraschendes Ergebnis, sondern waren von vornherein erkennbar.

Ich erinnere mich noch daran, dass wir uns im Ständigen Ausschuss genau mit diesen Themen in mehreren Sitzungen beschäftigt und gesagt haben: Wir können diese Ansätze nicht mittragen; das sind Zahlen, die den Gegebenheiten nicht gerecht werden. Damals hieß es: „Alles ist durchkalkuliert.“ Die Pleite ist offenkundig. Das ist ein Zeichen absoluten Regierungsversagens.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Der dritte Punkt ist die Vermeidung von Scheinprivatisierungen. Da ist von besonderer Bedeutung, dass einmal dargestellt worden ist, was in diesem Zusammenhang alles fehlerhaft sein kann. Es ist ganz eindeutig, dass dabei auf jeden Fall beachtet werden muss, dass Wettbewerb vorhanden sein muss, um Leistungen zu privatisieren, die bisher der Staat erbracht hat.

Das so genannte Outsourcen hat keinen Sinn, wenn der Staat als Auftraggeber zu vorgegebenen Preisen auftritt. Anhand einer Einrichtung ist dargestellt worden, dass nichts eine solche Privatisierung rechtfertigt, weil damit zusätzlich Steuerbeträge als Kosten angefallen sind, was dazu geführt hat, dass Mehrausgaben im Umfang von Millionen entstanden sind. Also Vorsicht bei dem Schlagwort „Privatisierung“! Immer darauf achten, dass Scheinprivatisierungen Mehrkosten für das Land mit sich bringen!

Viertens: Positiv war die beratende Tätigkeit im Bereich des Controllings im Schienenpersonennahverkehr. Dort sind Einsparpotenziale ermittelt worden, ohne an Leistungen zu rütteln. Das ist eine wichtige Aufgabe des Rechnungshofs: ständig beratend tätig zu werden und gleichzeitig auch das Spannungsfeld zwischen Kontrolle und Beratung aufzulösen.

Der fünfte Punkt ist das strategische Management. Darauf habe ich schon bei Nennung des Punktes hingewiesen. Neun Universitäten nehmen Beschaffungen im Umfang von 500 Millionen DM im Jahr vor; ein strategisches Management soll dazu führen, dass erhebliche Einsparungen erzielt werden. Ich glaube, auch für die Regierungsfractionen ist ohne weiteres nachvollziehbar, dass es ein Zeichen und ein Gebot der Stunde ist, überall dort einzusparen, wo unnötige Ausgaben ermittelt werden können.

(Abg. Moser SPD: Natürlich! Sehr gut!)

Betrüblich ist der Punkt 6, der außeruniversitäre Forschungseinrichtungen betrifft. Dort hat sich herausgestellt, dass seit Jahrzehnten Beträge ausgegeben werden, die we-



(Junginger)

der vom Forschungsinhalt noch von ihrer Förderungsfähigkeit her über die Jahre gerechtfertigt waren. Von fünf Einrichtungen, die benannt worden sind, sind nur noch drei überhaupt als förderwürdig eingeordnet worden, während bei zwei die Feststellung lautete: Es gibt keinen vernünftigen Grund, derartig erhebliche Beträge jedes Jahr dafür zur Verfügung zu stellen.

Der siebte von mir herausgegriffene Punkt ist die zentrale Lehrerfortbildung. Da geht es auch darum, dass eine bedarfsorientierte Fortbildungsplanung durchgeführt wird und dass ein effektives Fortbildungscontrolling Platz greift, dass nicht nur irgendwann einmal Lehrer zur Fortbildung geschickt werden, sondern dass auch der Sinn der Fortbildungsmaßnahme und die Frage der Rückwirkung in den Unterricht hinein geprüft werden – mit dem weiteren Ziel, dass durch Fortbildungsmaßnahmen eine qualifizierte Personalentwicklung durchgeführt werden soll,

(Abg. Moser SPD: Dringend geboten!)

dass zusätzliche Kapazitäten und Kompetenzen dort erworben werden sollen.

Schon diese wenigen Stichworte, meine Damen und Herren, zeigen, welche wichtige Aufgabe der Landesrechnungshof wahrnimmt und warum gerade die große Oppositionsfraktion immer mit Neugier und Interesse darauf wartet,

(Abg. Moser SPD: Was heißt „die große“? Die größte! Die eigentliche Opposition!)

welche Oppositionskritik eine späte Rechtfertigung erfährt und wer im historischen Ergebnis mit seiner Politiktsicht Recht gehabt hat.

Wir finden in dieser Denkschrift verschiedene Punkte, die von vornherein auch Gegenstand kritischer Auseinandersetzungen im Parlament waren.

Wir sind dafür, dass durch verstärktes Controlling die Leistung im Verwaltungsbereich effektiviert wird, wir sind dafür, dass auch die weiteren Umsetzungen mit ergänzenden Berichten begleitet werden. Es stehen noch 13 Berichte aus der Vergangenheit aus, und es sind etwa gleich viele Berichte aus der neuen Beurteilung im Finanzausschuss zu erwarten.

Abschließend noch eine Anmerkung zur Landesstiftung: Wir unterstützen ausdrücklich das Angebot des Landesrechnungshofs, die Landesstiftung zu prüfen und zu kontrollieren.

(Abg. Moser SPD: Das ist unverzichtbar!)

Denn schon die bisherigen Bewilligungsvorgänge haben bewiesen, dass gerade die Überprüfung der Mittelverwendung und die Realitätskontrolle der angemeldeten gemeinnützigen Projekte ebenso notwendig sind, wie das gerechtfertigt erscheint. Wir hoffen, dass sich insoweit allseits und überall – auch bei den nicht so zahlreich vertretenen Mitgliedern der Regierungsfractionen – Vernunft und Einsicht durchsetzen. Das wäre wichtig, um diese Landesstiftungsmittel für die Gemeinschaft besser nutzbar zu machen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Moser SPD: Sehr gut!)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erhält Herr Abg. Kleinmann.

**Abg. Kleinmann FDP/DVP:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Um gleich auf den Vorredner einzugehen: Ich freue mich, dass er mit Nachdruck erwähnt hat, dass es auch der größten Oppositionsfraktion in diesem hohen Haus darum geht, die Nettokreditneuaufnahme so weit wie möglich und am besten bis auf null herunterzufahren – ob bereits bis zum Jahr 2006, 2007, dazu hat er nichts gesagt, aber das muss er auch nicht. Jedenfalls: Wenn die Bemühungen von rechts bis links gemeinsam erfolgen, dieses Ziel zu erreichen, dann werden wir es doch hoffentlich eines Tages auch schaffen.

(Abg. Schmiedel SPD: Rechts weniger!)

Ich teile auch, meine Damen und Herren, die Forderung der SPD als größter Oppositionspartei, dass der Landesrechnungshof auch die Landesstiftung und die Verwendung der Mittel überprüft. Anders war das von uns auch nie vorgesehen. Das muss so sein; denn auch dies sind öffentliche Gelder, und die öffentlichen Gelder unterliegen der Kontrolle.

Mit dem, was Sie zum elektronischen Grundbuch sagen, Herr Junginger, haben Sie natürlich Recht – mit den 48 Millionen DM Mehrkosten. Sie stellen die Sache bloß insofern falsch dar, als in der ersten Kalkulation die Kosten für die Erstdatenerfassung nicht enthalten waren. Die waren nicht dabei.

(Abg. Junginger SPD: Muss man die nicht kalkulieren?)

Wenn man diese hinzuzählt, kommt man zu einem anderen Ergebnis. Das ist vollkommen klar.

Es dauert nun einige Jahre länger, als wir uns ursprünglich vorgestellt haben – das geben wir gerne zu –, bis das elektronische Grundbuch tatsächlich eingeführt ist und es anschließend zu einer gewissen Kostenerstattung und positiven Kostenentwicklung kommt.

Ich möchte Sie fragen – aber wahrscheinlich brauche ich das gar nicht zu fragen; Sie sind da mit mir einig –: Auch Sie sind ja wohl dafür gewesen, das elektronische Grundbuch einzuführen, da es uns Vorteile bringt.

(Abg. Junginger SPD: Dienstleistungsorientiert, ja!)

– Eben, es ist dienstleistungsorientiert. Da sind wir uns völlig einig.

Meine Damen und Herren, zur Denkschrift selbst: Die Denkschrift 2001 hat keine Skandale offenbart, sie hat auch keine gravierenden Fälle öffentlicher Verschwendung ans Tageslicht gebracht. Aber auch die diesjährige Denkschrift des Rechnungshofs hat eine ganze Fülle von Anregungen und Hinweisen für einen sparsameren und noch effizienteren Umgang mit den öffentlichen Mitteln erbracht. Die Verdienste des Rechnungshofs um eine Haushaltskonsolidierung und eine sparsame und wirtschaftliche Haushaltsführung sind in diesem Hause unumstritten. Das Parlament würdigt dies, Herr Vizepräsident Gößler, am

(Kleinmann)

besten dadurch, dass die Denkschrift des Rechnungshofs erstens zügig beraten wird, zweitens indem die Anregungen des Rechnungshofs aufgegriffen werden und drittens, dass genauestens auf die Umsetzung der entsprechenden Beschlüsse des Landtags geachtet wird. Nur Danke schön zu sagen, wäre zu wenig. Man zeigt eigentlich am ehesten Respekt für Ihre Arbeit, wenn man das, was Sie als Anregung weitergeben, auch in der Politik umsetzt.

Die besondere Stellung des Rechnungshofs wird auch daran deutlich, dass bei der Beratung der Denkschriften des Rechnungshofs im Finanzausschuss – wie auch der Vorredner schon sagte – fast immer Einstimmigkeit erreicht werden konnte. So wird es auch bei der heutigen Abstimmung sein. Dies belegt auch das große Maß an Vertrauen, das Ihnen, dem Rechnungshof, von uns allen – über die Fraktionen hinweg – entgegengebracht wird.

Zwei Punkte, die den Rechnungshof ständig beschäftigen, will ich mit besonderem Nachdruck erwähnen.

Der Rechnungshof hat der Konsolidierungspolitik des Landes mit der Denkschrift 2001 ein zurückhaltendes Lob erteilt. Wir sind gut beraten, dies nicht nur in guten Zeiten erfreut entgegenzunehmen, sondern die Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten nicht aus den Augen zu verlieren. Auch wenn die Steuereinnahmen in den nächsten Jahren weniger stark wachsen werden als noch im Mai diesen Jahres prognostiziert – plus 100 Millionen DM –, muss es, Herr Junginger, beim Ziel einer Nettoneuverschuldung von null bleiben. Das heißt, dass die jüngst prognostizierten Steuerausfälle nicht einfach durch eine steigende Neuverschuldung ausgeglichen werden dürfen – das ist ein ganz zentraler Punkt –, sondern dass sie zumindest zum Teil durch zusätzliche Einsparauflagen aufgefangen werden müssen.

Zweitens, in engem Zusammenhang damit: das Thema Personalabbau. Auch hier dürfen wir nicht lockerlassen. Wir müssen dafür sorgen, dass die Effizienzpotenziale erschlossen werden, die mit der Einführung neuer Steuerungsinstrumente versprochen wurden.

Wir müssen die jüngst vorgelegte Mitteilung von Rechnungshof und Innenministerium zu den Steuerungs- und Unterstützungsleistungen bei den Ministerien sorgfältig auswerten.

Wir müssen auch eine eigene Entscheidung der Vergangenheit kritisch überprüfen und uns zum Beispiel die Frage stellen, ob es denn richtig war, den Großteil der im Zusammenhang mit der BSE-Krise ausgewiesenen neuen Stellen unbefristet, also ohne k.w.-Vermerk, zu bewilligen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Wen fragt ihr da?  
Euch selber?)

– Ja. Das darf man doch auch einmal tun! Das ist doch eine in sich durchaus logische Sache.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Das war nur eine Frage, Herr Kollege! Ich bin mit Ihrer Antwort zufrieden!)

– Da freue ich mich, Herr Kollege.

Aus den Beiträgen der diesjährigen Denkschrift möchte ich fünf Punkte aufgreifen, die ich in aller Kürze abhandeln kann:

Zuwendungsverfahren im Schienenpersonennahverkehr: Hier gilt es zunächst, fundierte Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen anzustellen und dann grundsätzlich dem Ausschreibungsgebot zu entsprechen.

(Abg. Scheuermann CDU: Die Entscheidung, mit welchem Mittel gefahren wird, haben immer noch wir!)

– Ja, natürlich. Selbstverständlich. Das bestreitet niemand, Herr Kollege.

(Abg. Scheuermann CDU: Doch, das bestreitet der Rechnungshof!)

Zweitens: Beschaffungswesen und Gebühren. Hier muss ein höherer Kostendeckungsgrad erreicht werden.

Drittens: Förderung strukturverbessernder Baumaßnahmen im ländlichen Raum. Hier gilt es, das Förderverfahren durch Anwendung von Pauschalierungen, Kostenobergrenzen und feste Prozentvorgaben zu vereinfachen und im Rahmen eines Controllingverfahrens Indikatoren zur Beurteilung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Förderung zu erarbeiten.

Viertens: Bei der Gefangenenentlohnung in den Justizvollzugsanstalten muss eine sachgerechte Gewährung von Leistungszulagen sichergestellt werden.

(Abg. Fischer SPD: Stellt ihr sie zur Verfügung?)

Und fünftens: Beim Lastenausgleich muss die Personalkapazität des Landes an den rückläufigen Arbeitsanfall weiter – ich sage weiter, denn es wird ja schon gemacht – angepasst werden.

All dies sind in der Tat nur kleine Punkte, aber zusammengekommen stellen sie mit den vielen anderen Anmerkungen des Rechnungshofs, auf die ich jetzt nicht eingehen kann, doch einen erheblichen Beitrag zur Steigerung der Effizienz der Landesverwaltung und zur Steigerung von Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit beim Umgang mit öffentlichen Mitteln dar.

Meine Damen und Herren, ich möchte im Namen der FDP/DVP-Landtagsfraktion dem Präsidenten Frank, der heute aus gesundheitlichen Gründen verhindert ist und durch seinen Vizepräsidenten vertreten ist, und allen Direktoren sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Rechnungshofs für die gute Arbeit danken.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Frau Abg. Dederer.

**Abg. Heike Dederer GRÜNE:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Otto Rehhagel hat einmal gesagt: Wir spielen am besten, wenn der Gegner nicht da ist. Herr Junginger, was für den Fußball gilt, gilt nicht für die Politik. Daher würde ich vorschlagen, wir reden nicht über diejeni-

(Heike Dederer)

gen, die heute hier in unseren Reihen fehlen, sondern wir freuen uns über diejenigen, die heute bei diesem Thema noch hier sind.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Junginger SPD: Sehr bescheiden! – Abg. Pfisterer CDU: Wir sind trotzdem stark vertreten! – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut, Frau Kollegin! Das ist einfach wie in der Kirche, wenn der Pfarrer bemängelt, dass die anderen nicht da sind!)

Meine Damen und Herren, die Denkschrift des Rechnungshofs soll nicht nur zum Denken anregen, sondern sie ist für uns alle ein klarer Wegweiser zu wirtschaftlichem und sparsamem Mitteleinsatz. Wegweisend ist in diesem Jahr die Denkschrift 2001. So wurde schwerpunktmäßig der Zubereich unter die Lupe genommen, also die Förderprogramme des Landes, und es wurde uns allen aufgezeigt, dass Einsparungen auch beim zielgerichteten Einsatz von Fördermitteln möglich sind, ohne dass die Gestaltungsmöglichkeiten des Landes eingeengt werden.

Wegweisend ist der Rechnungshof auch in seinen Aussagen zur Verschuldung des Landes. Ich darf hier zitieren:

Daher muss die angestrebte Nullverschuldung konsequent weiterverfolgt werden,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja!)

weil nur auf diese Weise eine strukturelle Verbesserung des Landeshaushalts erreicht und damit die dringend gebotene Haushaltskonsolidierung realisiert werden kann.

Meine Damen und Herren, diesen Satz kann man wirklich nur unterschreiben.

Diese Denkschrift macht mit ernsten und dringenden Hinweisen zur Verschuldung des Landes auch deutlich, dass zur Konsolidierung unseres Landeshaushalts noch große Anstrengungen unternommen werden müssen. Im letzten Jahr ist die Verschuldung trotz steigender Steuereinnahmen um 1,8 Milliarden DM gestiegen und liegt damit um 300 Millionen DM höher als im Vorjahr.

(Abg. Pauli CDU: Neue Lehrer!)

Klar ist: Für uns alle ist das Ziel Nettonullverschuldung eine große Herausforderung. Jetzt kommt es natürlich beim Doppelhaushalt darauf an, Schwerpunkte zu setzen und auch genau hinzuschauen, wo man sparen kann. Sparen und Gestalten schließen sich aber in diesem Fall nicht aus. Ich sage jetzt speziell an die Adresse der Landesregierung, dass dabei das Ziel der Nettonullverschuldung nicht auf dem Altar irgendwelcher Versprechungen geopfert werden kann,

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

nur weil man leichtsinnig vor der Bekanntgabe der Steuer-schätzung solche Versprechungen gemacht hat. Hier sollten Sie die Lehre aus dem Thema Leistungsprämien ziehen.

Der Rechnungshof bietet uns mit der Denkschrift 2001 wieder Hilfestellung beim Erreichen ehrgeiziger Ziele an. Auch den anderen aktuellen Untersuchungen des Rech-

nungshofs sollten wir Beachtung schenken und hier im Parlament darüber diskutieren. Ich denke dabei an die jüngste Untersuchung des Rechnungshofs, die ja in der Presse schon publik gemacht wurde. Der Rechnungshof hat Umfragen unter Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ministerien gemacht. Durch Bildung von Kennzahlen bei Querschnittsaufgaben, durch Benchmarking und durch gezielte Aufgabenkritik werden der Verwaltung bei der Einführung der neuen Steuerungsinstrumente, vor allem aber natürlich bei der Personalentwicklung Wege aufgezeigt, wie vorhandene Ressourcen effektiver eingesetzt werden können. Die Untersuchungsergebnisse, die jetzt vorliegen, dienen als Anstoß für eine wirtschaftliche Selbstorganisation der Ministerien. Meine Damen und Herren, der Rechnungshof leistet hier quasi eine vorbildliche Hilfe zur Selbsthilfe. Dieses Vorgehen ist wirklich zu loben.

Meine Damen und Herren, wir alle sind froh, dass die Kontrollinstanz Rechnungshof verstärkt auch eine Beratungsfunktion ausübt. Uns ist vor allem für die Zukunft wichtig, dass die Kontrolle nicht zu kurz kommt und dass es ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Beratung und Kontrolle geben wird.

Wir begrüßen den Vorschlag des Landesrechnungshofs, mit dem Realisierungs-TÜV Entscheidungen – vor allem solche mit finanzieller Langzeitwirkung – regelmäßig auf den Prüfstand zu stellen. Gerade das Beispiel des elektronischen Grundbuchs macht deutlich, dass die Landesregierung bei der Erstellung des Finanzierungskonzepts hierfür die nötige Sorgfalt hat vermissen lassen. Die Kostenexplosion ist schließlich mehr als bedauerlich. Laut Rechnungshof sind für die Erstdatenerfassung 48 Millionen DM an Mehrkosten entstanden. In Zukunft sollte bei solchen Großprojekten ein regelmäßiges Controlling stattfinden und damit auch der Versuchung entgegengewirkt werden, hier etwas billizurechnen. Das war in diesem Fall so.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Der Fall!)

Bei der Evaluation von Fördermaßnahmen und Verwaltungsabläufen stehen wir allerdings erst am Anfang. Uns ist wichtig, dass dieser Weg weitergegangen wird.

Mit einer konsequenten Begleitung des Rechnungshofs gerade im Fall des elektronischen Grundbuchs hätten auch unangenehme Überraschungen vermieden werden können. Wir haben die Kröte bereits im Nachtragsetat geschluckt, hoffen aber natürlich, dass die Beschlüsse, die wir gefasst haben, in diesem Bereich wie auch in anderen mit der nötigen Konsequenz umgesetzt werden.

Ich freue mich, dass das Parlament hier seine Kontrollfunktion ernst nimmt und sie auch wahrnimmt. Ich nenne als Beispiel nur die Schienenstrecke einer Kurstadt, über die wir gesprochen haben. Hier haben wir deutlich finanzpolitische Kriterien formuliert. Ich denke, in diesem Bemühen sollten wir auch nicht nachlassen.

Zur Landesstiftung:

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Oh!)

Hierzu teile ich die Einschätzung der SPD, wonach es notwendig ist, dem Rechnungshof umfangreiche Prüfbefug-



(Heike Dederer)

nisse einzuräumen. Es ist nicht ausreichend, dass der Rechnungshof nur Jahresberichte zu Gesicht bekommt. Hier muss es weiter gehen und auch eine umfassende Prüfung stattfinden.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Zum Thema Schatzenhaushaltsführung! – Abg. Capezzuto SPD: Zum Thema Günstlingswirtschaft! – Gegenruf des Abg. Rech CDU: Wo viel Rechnungshof ist, da ist natürlich auch viel Schatten!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch auf den Rechnungshof an sich eingehen. Wir alle wissen ja um die Bedeutung des Rechnungshofs als Kontrollinstanz. Für uns wäre es wünschenswert, dass die Unabhängigkeit und auch die Legitimation des Rechnungshofs weiter gestärkt würden.

(Abg. Moser SPD: Ein sehr guter Vorschlag!)

Wir haben in der letzten Legislaturperiode bereits konkrete Vorschläge gemacht. Nur ein Beispiel: Eine größere Unabhängigkeit könnte erreicht werden, indem die Amtszeit des Präsidenten begrenzt wird und dieser Präsident dann auch hier durch die Mitglieder des Parlaments gewählt wird. Das Gleiche gälte natürlich auch für den Vizepräsidenten. Durch eine Novelle des Landesrechnungshofgesetzes in dieser Legislaturperiode könnten wir bereits erste Schritte in dieser Richtung einleiten.

Zum Abschluss möchte ich natürlich auch Herrn Präsident Frank sowie all seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken. Sie hätten sich eigentlich eine Leistungsprämie verdient.

(Abg. Seimetz CDU: Die haben wir abgeschafft!)

Dieses Thema führe ich jetzt aber nicht mehr aus.

(Abg. Blenke CDU: Wie war das mit der Nullverschuldung? – Weitere Zurufe)

Herr Vizepräsident, prüfen Sie auch weiterhin mit so viel Biss.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Capezzuto SPD: Das macht der! – Abg. Rech CDU: Und schon ist Michael vergessen! – Unruhe)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Scheffold.

**Abg. Dr. Scheffold** CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wollte jetzt eigentlich nicht auf die Vorredner eingehen, aber zwei konkrete Anlässe haben mich jetzt doch dazu bewogen. Sowohl Herr Junginger als auch Frau Dederer haben davon gesprochen, dass der Rechnungshof nun unbedingt auch bei der Landesstiftung tätig werden müsse. Das verwundert mich jetzt durchaus ein bisschen.

(Abg. Rech CDU: Die wirfst du aber bitte nicht in einen Topf!)

Herr Junginger und Frau Dederer, ich weiß nicht: Haben Sie die Diskussion in Ihren eigenen Fraktionen eigentlich schon geführt? Im Aufsichtsrat der Landesstiftung sitzen doch seitens der SPD so bewährte Leute wie Herr Moser – er ist jetzt nicht da –

(Abg. Junginger SPD: Wen hat die Regierung? – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

und Frau Kipfer. Und für die Grünen sitzt dort der Kollege Salomon. Sind die nicht in der Lage, die Aufsichtsrats-tätigkeit auszuüben?

(Beifall des Abg. Alfred Haas CDU – Abg. Junginger SPD: Schon mal was von Mehrheit gehört? – Abg. Birzele SPD: Das ist doch eine andere Tätigkeit! Wovon reden Sie denn? Der Aufsichtsrat hat doch keine Rechnungs-kontrolle!)

Ich gebe den Ball jetzt einfach an Sie zurück.

(Abg. Junginger SPD: Und wer kontrolliert die Anträge? Wer prüft die Mittelverwendung? – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Darf ich um mehr Ruhe bitten.

(Abg. Heike Dederer GRÜNE: Ersetzen Sie jetzt den Rechnungshof, Herr Kollege Dr. Scheffold?)

**Abg. Dr. Scheffold** CDU: Ich doch nicht. Ich rede vom Kollegen Salomon und vom Kollegen Moser. Jetzt wollte ich einmal nett zu Ihnen sein und werde dafür von Ihnen angegriffen.

(Abg. Junginger SPD: Das ist völlig schief gegangen!)

Ich verstehe die Welt nicht mehr, meine Damen und Herren.

(Abg. Rech CDU: Jetzt werfen Sie Herrn Junginger und Frau Dederer nicht in einen Topf!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich gebe Ihnen das jetzt einmal als Hausaufgabe zurück, und dann unterhalten wir uns über dieses Thema vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal.

Aber eines möchte ich noch sagen.

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Darf ich um mehr Ruhe bitten. Das Wort hat Herr Abg. Dr. Scheffold!

**Abg. Dr. Scheffold** CDU: Vorhin war es so ruhig. Jetzt haben wir wenigstens etwas Musik hier im Saal.

Lassen Sie mich noch einen Satz zu den mehrfach angesprochenen Landesschulden sagen. Es ist doch gerade Ihre Fraktion, Herr Kollege Oelmayer, und die Fraktion der SPD, die die allermeisten Anträge stellen, die mit Mehrausgaben verbunden sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Capezzuto SPD: Aber alle gedeckt!)



(Dr. Scheffold)

Da verwundert es mich doch sehr, dass Sie immer auf das Thema Nettoneuverschuldung abheben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, was können denn wir dafür, wenn die Steuerschätzungen des Bundes und die Steuereinnahmen, die wir aufgrund der Wirtschaftspolitik des Bundes haben, immer mehr nach unten gehen, wenn wir ständig neue Schätzungen machen müssen und auch ständig Korrekturbedarf haben? Das ist doch der Grund, meine sehr verehrten Damen und Herren, und dann sollten Sie auch nicht davon ablenken.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Herr Abg. Dr. Scheffold, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Birzele?

**Abg. Dr. Scheffold** CDU: Ja, bitte schön.

**Abg. Birzele** SPD: Herr Kollege Scheffold, ist Ihnen bekannt, dass in der ersten Hälfte der Neunzigerjahre die Steuerschätzungen laufend nach unten korrigiert werden mussten, und wer trug damals die Verantwortung?

(Abg. Herrmann CDU: Dann wurde es aber besser!  
– Heiterkeit und demonstrativer Beifall bei der SPD – Abg. Herrmann CDU: Wegen der guten Politik der CDU! Ihr habt ja alles kaputtgemacht! –  
Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort hat Herr Abg. Dr. Scheffold.

**Abg. Dr. Scheffold** CDU: In der Vergangenheit hatten wir auf Bundesebene das Thema Wiedervereinigung zu bewältigen.

(Abg. Birzele SPD: Herr Kollege, das hat doch zunächst nichts mit einer Reduzierung der Steuereinnahmen zu tun!)

– Das hat sehr viel damit zu tun, Herr Kollege Birzele. Im Übrigen habe ich mich ja mit der aktuellen Situation beschäftigt, und da ist doch die Frage, warum die Steuereinnahmen nach unten gehen und nicht nach oben.

(Abg. Capezzuto SPD: Frei nach Beckenbauer: Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern!)

Das liegt vielleicht ganz einfach daran, dass Deutschland beim Wirtschaftswachstum mittlerweile auf dem letzten Platz in Europa angelangt ist, weil sogar ein Land wie Italien vor uns liegt.

(Abg. Drexler SPD: „Ein Land wie Italien“! Wo kommt denn der her?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich wollte eigentlich zu einem ganz anderen Thema reden. Das öffentliche Interesse und die parlamentarischen Beratungen konzentrierten sich ja auf die Abschnitte II und III der Denkschrift. Der Abschnitt I, überschrieben mit „Landeshaushaltsrechnung, Haushaltsplan, Haushaltsvollzug, Landes-schulden und Sondervermögen“, findet demgegenüber recht wenig Beachtung.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Wenn man Ihnen zuhören muss, sollte man eigentlich eine Dankschrift kriegen!)

Hatte der darin befindliche Teil „Landesschulden“ bei Veröffentlichung der Denkschrift noch Aktualität, weil er sich auf das Ende des jeweiligen vergangenen Jahres bezieht, so kann man das für den Teil „Landeshaushaltsrechnung“ nicht sagen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir beschließen heute, am 14. November 2001, vier Wochen bevor der Finanzminister den Doppelhaushalt für die Jahre 2002 und 2003 in den Landtag einbringt, über die Landeshaushaltsrechnung des Jahres 1999. Ich denke, wir können uns einig sein – ich schließe Sie jedenfalls einfach mit ein –, dass das nicht gut ist und auch nicht richtig sein kann. Wir müssen künftige Haushalte verabschieden, mit denen wir der Regierung nicht nur Ausgaben bewilligen, sondern mit denen wir zugleich Leistungen und Leistungserwartungen definieren, Stichwort „Neue Steuerungsinstrumente“.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Solche nicht nur finanz-, sondern auch sachorientierten Haushaltspläne machen für das Parlament aber nur dann einen Sinn, wenn es sich zeitnah über das Maß der Erfüllung der Erwartungen orientiert und dann, wenn Störungen eintreten, von der Regierung Konzepte zur Gegensteuerung einfordert.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Ich will das hier nicht vertiefen. Der in der letzten Legislaturperiode eingerichtete Beirat „Neue Steuerungsinstrumente“ hatte genau die Erörterung dieser Frage in sein vom Landtag beschlossenes Arbeitsprogramm aufgenommen. Der jetzt eingesetzte Unterausschuss des Finanzausschusses wird dem weiter nachgehen.

Lassen Sie uns diese Legislaturperiode nutzen, um für uns zunächst in dem erwähnten Unterausschuss und schließlich hier im Plenum eine Stärkung unserer Rechte im Haushalt zu bewirken.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmid. Herr Abgeordneter, Sie haben noch exakt 22 Sekunden Redezeit.

(Heiterkeit)

**Abg. Schmid** SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will die Zeit nutzen,

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

um eine notwendige Klarstellung zur Frage des Prüfungsrechts des Rechnungshofs anzufügen.

Der Rechnungshof hat laut Gesellschaftsvertrag nur ein eingeschränktes Prüfungsrecht – so wie bei privatrechtlichen Unternehmen, das heißt wie früher bei der EnBW oder bei anderen landesbeteiligten Unternehmen in privat-

(Schmid)

rechtlicher Form. Da es sich aber in der Tat um einen Schattenhaushalt handelt, um Vermögen des Landes wie im Landshaushalt selbst, ist politisch zu fordern, dem Rechnungshof ein vollumfängliches Prüfungsrecht einzuräumen, weil es sich genauso um Geld des Landes handelt wie beim ordentlichen Haushalt. Die Frage des Aufsichtsrats spielt dabei keine Rolle, weil auch das Parlament den Vollzug des normalen Haushalts kontrolliert und der Rechnungshof dennoch darüber geht. Gleiches sollte für die Landesstiftung gelten. Es ist unser Geld, das Geld der Bürger. Deshalb sollte der Landesrechnungshof

(Abg. Moser SPD: Das Finanzministerium hat genickt!)

vollumfänglich prüfen dürfen, und man sollte den Gesellschaftsvertrag entsprechend ändern.

Danke.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Heike Dederer GRÜNE)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Das Wort erteile ich Herrn Staatssekretär Rückert.

**Staatssekretär Rückert:** Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrter Herr Rechnungshofvizepräsident Göbeler! Es ist richtig: Die Denkschrift 2001 des Landesrechnungshofs zeigt ein breites Spektrum an Möglichkeiten auf, wie mit den uns zur Verfügung gestellten Mitteln noch wirtschaftlicher und noch sparsamer umgegangen werden kann.

Als Staatssekretär im Finanzministerium möchte ich ausdrücklich festhalten: Wir, das Finanzministerium, und der Rechnungshof sind uns einig in dem Ziel eines verantwortungsbewussten und sparsamen Umgangs mit unseren finanziellen Ressourcen. Das sind wir unseren Bürgerinnen und Bürgern, den Steuerzahlern, schuldig. Wir wollen, dass das Geld möglichst punktgenau und wirkungsvoll zum Einsatz kommt, dass es nicht falsch eingesetzt und schon gar nicht verschleudert wird.

(Zuruf des Abg. Moser SPD)

Diese Gemeinsamkeit müssen wir voranstellen, gerade dann, wenn bei unterschiedlichen Aufgabenstellungen – Regierung, Rechnungshof –, wie ich durchaus einräume, in Einzelfragen auch unterschiedliche Auffassungen vorhanden sind. Das akzeptieren wir auch. Die Wege mögen verschieden sein, das Ziel, unsere Mittel bestmöglich einzusetzen, ist dasselbe.

Nun zu den Schwerpunktaussagen. Dazu gehört für mich auch, dass ich mich mit den Landesschulden auseinander zu setzen habe. Baden-Württemberg hat – ich bin fest davon überzeugt, dass ich mit dieser Aussage richtig liege – in den letzten beiden Jahren 1999 und 2000 sehr gut und solide gewirtschaftet. Wir können in den letzten beiden Jahren auf die niedrigste Verschuldung und die höchsten rechnungsmäßigen Überschüsse seit Jahrzehnten zurückblicken. Dabei haben wir in guter haushalterischer Manier Vorsorge für die Belastungen durch die Steuersenkung 2001 getroffen. Ich komme noch darauf zurück.

Die Nettokreditaufnahme im Jahr 2000 mit insgesamt 1,4 Milliarden DM ist um die 592 Millionen DM stille Beteiligung bei der Landesbank – die ja rentierliche Schulden sind – zu bereinigen. Damit kommen wir auf eine Netto-neuverschuldung von 801 Millionen DM für das Jahr 2000. Gegenüber 1999 mit 999 Millionen DM sind das 200 Millionen DM weniger, und gegenüber 1998 ist es sogar eine Halbierung.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Diese 801 Millionen DM zusätzliche Neuverschuldung für das Jahr 2000 sind die niedrigste Neuverschuldung seit 1973!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Mit der Kreditaufnahme in Höhe von 1,4 Milliarden DM einschließlich der stillen Beteiligung hat das Land im Jahr 2000 die verfassungsmäßige Verschuldungsgrenze bei weitem eingehalten. Sie wissen, dass da mit den Investitionsausgaben verglichen wird. Die Investitionsausgaben des Landes lagen im Jahr 2000 bei 5,7 Milliarden DM.

Baden-Württemberg weist damit – das sei geklagt; ich hätte lieber weniger – Schulden von 5 506 DM pro Einwohner aus. Wir liegen damit deutlich hinter Bayern, wir sind mit dieser Größenordnung im Vergleich der alten Flächenländer aber an zweiter Stelle. Die Flächenländer liegen bei einem Durchschnitt von knapp 6 900 DM. Unser Land nimmt damit zusammen mit Bayern und Sachsen, wenn ich die neuen Bundesländer mit berücksichtige, eine Ausnahmestellung ein; denn unsere 5 500 DM sind mit 8 300 DM bzw. mit 10 900 DM pro Einwohner der anderen Flächenländer zu vergleichen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Nun ist jede Mark Schulden eine Mark zu viel.

(Zustimmung des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Da sind wir uns einig. Aber wir sollten doch eigentlich auch bereit sein, die Relationen anzuerkennen.

Ich bin mit dem Rechnungshof der Meinung, dass die Konsolidierung des Haushalts – also keine weiteren Neuverschuldungen – weiterhin oberste Priorität haben muss. Die nachhaltige Sicherung der finanziellen Handlungsfähigkeit des Landes bleibt eine zentrale Aufgabe unserer Finanzpolitik. Dazu gibt es keine Alternative.

Jetzt komme ich zum laufenden Jahr: In der im zweiten Quartal dieses Jahres für die neue Legislaturperiode geschlossenen Koalitionsvereinbarung wurde deshalb festgelegt, dass die Haushalte so zu gestalten sind, dass die Staatsverschuldung mittelfristig nicht mehr ausgeweitet werden muss, sondern dass im Regelfall Haushalte ohne Neuverschuldung vorgelegt werden. Ich meine, durch unser bisheriges Tun haben wir bewiesen, dass wir das ernst nehmen und auf einem guten Wege sind.

Im ersten Nachtrag 2000/2001 haben wir die Absenkung der Nettokreditaufnahme um 350 Millionen DM vorgenommen. Im zweiten Nachtrag haben wir die globale Min-

(Staatssekretär Rückert)

derausgabe um 100 Millionen DM erhöht. Und ich darf Ihnen sagen, dass es fürwahr keine vergnügungsteuerpflichtige Veranstaltung war, im Vorfeld der Einbringung des Doppelhaushalts 2002/2003 den Ressorts die Auflage zu machen, für die kommenden beiden Jahre 1,5 Milliarden DM aus ihren durchaus begründeten Anmeldungen herauszustreichen. Das ist uns gelungen, hat aber geschmerzt.

Weiter gilt heute mehr denn je: Um zu einem konsolidierten Haushalt zu kommen, müssen wir ganz besonders die Personalkosten unter die Lupe nehmen. Ein Land, dessen Haushalt mit ca. 40 % Personalausgaben belastet ist, kann nur über die Begrenzung der Personalkosten, nur mit dem Drehen an dieser Schraube seine Belastungen wesentlich senken.

Wir sollten uns, wie ich meine, noch einmal vergegenwärtigen, dass wir uns in den letzten Jahren darüber einig waren, dass in den Schwerpunktbereichen der Landespolitik – Bildung, Wissenschaft, innere Sicherheit – keine Stellen eingespart werden können. Ja, wir waren sogar miteinander der Überzeugung – in unterschiedlicher Intensität –, dass die Stellenzahl ausgebaut werden muss. Aber, meine Damen und Herren, diese Schwerpunktbereiche machen 80 % des Personalhaushalts aus. Folglich mussten wir unser Streichbemühen auf die restlichen 20 % konzentrieren. Wenn wir davon ausgehen, dass wir im Großen und Ganzen 200 000 Beschäftigte haben und 160 000 Stellen nicht angetastet werden dürfen, bedeutet dies, dass wir nur bei den restlichen 40 000 der anderen Ressorts, von der Landwirtschaft bis zur Steuerverwaltung, unsere Streichansätze vornehmen können. Dass wir in der Zwischenzeit drei verschiedene Stellenabbauprogramme nicht nur angefangen, sondern – im Jahr 2002 sind die ersten zwei endgültig realisiert – durchgezogen haben, bedeutet etwas. Das sind in der Summe bei den drei Stellenabbauprogrammen 10 000 Stellen von 40 000. Das sind 25 % dieser disponiblen Masse. Ich glaube, damit hat die Regierung auch bewiesen, dass sie sich ganz ernsthaft bemüht, im Personalausgabenbereich die Grenzen so eng wie möglich zu ziehen.

Dieser Herausforderung müssen wir uns weiter stellen. Der Personalabbau muss auch in Zukunft weitergeführt werden. Dazu gehört, dass wir die Entwicklung in allen Ressorts kritisch begleiten. So, wie die Landesregierung in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und innere Sicherheit auf steigenden Bedarf hin auch zusätzliche Stellen geschaffen hat, so ist es nur konsequent, dass wir – ich erinnere an demographische Veränderungen – zu gegebener Zeit bei zurückgehendem Bedarf diesen rückläufigen Bedarf in Stellenstreichungen umsetzen. Aus der Sicht des Finanzministeriums sind k.w.-Vermerke, die wir im Haushalt haben, sehr wohl ernst zu nehmen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja, genau!)

Wenn wir nicht alle Bereiche, auch die Schwerpunktbereiche, in der Zukunft kritisch begleiten und Jahr für Jahr unter die Lupe nehmen,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Meine Rede!)

wird es uns nicht gelingen, diesen großen Personalkostenblock von 40 % des Haushalts signifikant nach unten zu

drücken. Mittel- und langfristig wird aber eine dauerhafte Konsolidierung des Landeshaushalts mit einer Nullneuerschuldung ohne nachhaltige Begrenzung der Personalausgaben nicht möglich sein.

Der Finanzausschuss hat sich mit einer ganzen Reihe von Einzelfragen befasst. Sie, die Sie für Ihre Fraktionen gesprochen haben, haben die Punkte ja im Einzelnen aufbereitet. Es ist richtig, die Ressorts, wir, das Finanzministerium, aber auch alle anderen Ressorts, haben Hausaufgaben bekommen. Ich darf Ihnen sagen: Wir werden diese Berichts- und Handlungsaufträge, so, wie Sie sie nachher beschließen werden, ernst nehmen, und wir wollen zusammen mit den anderen Ressorts diesen Aufträgen des Parlaments nachkommen.

Ich möchte heute durchaus auch noch Gelegenheit nehmen, zur weiteren Entwicklung der Steuereinnahmen auf der Basis der jetzt ganz aktuellen November-Steuerschätzung einige Worte zu sagen. Für unser Land, für Baden-Württemberg, werden aufgrund der neuesten Steuerschätzung vom November folgende Steuermindereinnahmen angekündigt: in diesem Jahr noch 250 Millionen DM, nächstes Jahr 390 Millionen DM und 2003 460 Millionen DM. Ich rede immer noch von D-Mark.

Baden-Württemberg hat an den Steuermindereinnahmen der Länder glücklicherweise einen unterproportionalen Anteil, und zwar aus zwei wesentlichen Gründen: erstens, weil sich die Regionalisierungsgrundlagen für unser Land gegenüber der letzten Steuerschätzung verbessert haben, und zweitens, weil wir vorsorglich das Zweite Gesetz zur Familienförderung und die Weiterführung der Unternehmensteuerreform bereits in unseren Haushaltsplanentwurf 2002/2003 eingearbeitet haben.

Die Ausfälle im Jahr 2001 sind jetzt ganz aktuell in einer Größenordnung auf uns zugekommen, die wir – das wollen wir ganz offen sagen – so nicht erwartet hätten; sie sind insbesondere deswegen unerwartet, weil die tatsächlichen Steuereinnahmen bis September entsprechend den von uns vorgeschätzten Haushaltsansätzen eingetroffen sind.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

– Geduld, es geht weiter: Im Oktober haben wir bei unseren Steuereinnahmen ein Minus von 21 % hinnehmen müssen. Hinzu kommt, dass wir in der Zwischenzeit auf Länderebene aufgrund der Abrechnung des dritten Quartals für den Länderfinanzausgleich die Mitteilung haben, dass wir im Dezember noch deutlich mehr an den Länderfinanzausgleich abführen müssen. Das führt zu unserer Schätzung von minus 250 Millionen DM in diesem Jahr.

Wir sind zuversichtlich, dass wir die Steuermindereinnahmen 2001 im Haushaltsvollzug – Bremse rein! – und insbesondere durch eine strikte Restekürzung auffangen können.

Die Steuerausfälle für die Jahre 2002 und 2003 haben dagegen eine Größenordnung erreicht, bei der ich – wir wissen das erst seit wenigen Tagen; deswegen gibt es auch noch keine abschließende Meinungsbildung der Regierung – aus meiner Sicht eine Erhöhung der Nettoneuerschuldung gegenüber dem ursprünglichen Entwurf nicht mehr ausschließen kann.



(Staatssekretär Rückert)

Dabei muss einfach berücksichtigt werden – und die Kolleginnen und Kollegen, die uns begleitet haben, wissen das; ich habe das vorhin schon als eine nicht vergnügungsteuerpflichtige Veranstaltung bezeichnet –, dass wir bereits in einem rigorosen Streichkonzert 1,5 Milliarden DM aus dem Haushaltsentwurf 2002/2003 herausgestrichen haben. Für uns, für die Finanzverwaltung, für den Finanzminister, für den ich ja hier spreche, bedeutet das aber keinesfalls, dass es jetzt ein Nachlassen bei der Haushaltsdisziplin geben darf.

An der Zielsetzung, im Regelfall Haushalte ohne Neuverschuldung aufzustellen, wird festgehalten. Es ist nach wie vor unser Ziel, das im Jahr 2006 zu erreichen. Aber, meine Damen und Herren, das hängt entscheidend davon ab, wie sich die wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten Jahren darstellen wird:

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ist klar!)

hier, bei uns in Deutschland, in Europa, in der Welt – mit den Rückwirkungen auf unser Land.

Ich möchte also deutlich machen: Wir halten an dem Ziel der Nullneuverschuldung ab 2006 fest. Aber wir brauchen auch eine wirtschaftliche Entwicklung, die das mit entsprechenden Steuereinnahmen rechtfertigt, um das Ziel zu erreichen. Ich darf daran erinnern, dass dieses Ziel in der Koalitionsvereinbarung unter der Annahme einer positiven Wirtschaftsentwicklung und wachsender Steuereinnahmen artikuliert ist.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, namens der Landesregierung möchte ich Ihnen, Herr Vizepräsident Göbler, und über Sie auch dem Herrn Präsidenten Frank sowie allen Direktoren und Mitarbeitern des Landesrechnungshofs für die geleistete Arbeit, für die kritische, aber kreative, Anstöße gebende Begleitung danken. Wir wissen es zu schätzen, dass Ihre überwachende Funktion nicht in der rückwärts blickenden Kritik verharrt, sondern vorrangig Anstöße zu einer besseren Zukunftsgestaltung gibt. Ich möchte dabei beispielhaft nur Ihre intensive, konkrete, kreative Mitwirkung bei der Formulierung von Konzeption und Rahmenbedingungen für die neuen Steuerungsinstrumente nennen. Darin liegt meines Erachtens auch der wahre Wert und der tiefere Sinn einer kritischen und konstruktiven Partnerschaft von Regierung und Rechnungshof sowie Rechnungshof und Parlament zum Wohle des Landes und seiner Menschen.

Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Sie sich im Finanzausschuss sehr intensiv mit umfangreichen Papieren auseinander gesetzt und manche Stunden in der Vorbereitung und Beratung geopfert haben, möchte ich ganz herzlich für diese fachkundige, kritische, aber durchaus auch wohlwollende Begleitung danken. Ich möchte das

Parlament bitten, die Empfehlungen des Finanzausschusses nun durch eine entsprechende Beschlussfassung umzusetzen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Erledigung.

Ich rufe die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/329, zu der Mitteilung des Rechnungshofs vom 3. Juli 2001, Drucksache 13/42, auf. Kann ich davon ausgehen, dass wir über die Beschlussempfehlung en bloc abstimmen? – Danke schön.

Wer der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Beschlussempfehlung ist einstimmig angenommen.

Ich rufe die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/330, zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 25. Januar 2001 – Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 1999 –, Drucksache 12/5969, auf. Wer der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Auch diese Beschlussempfehlung ist einstimmig angenommen.

Ich rufe die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 13/331, zu dem Antrag des Rechnungshofs vom 17. September 2001 – Prüfung der Rechnung des Rechnungshofs (Epl. 11) für das Haushaltsjahr 1999 durch den Landtag –, auf. Wer der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch diese Beschlussempfehlung ist einstimmig angenommen.

Damit haben wir den Tagesordnungspunkt 11 erledigt.

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie noch darauf hinweisen, dass unmittelbar im Anschluss an die Plenarsitzung der Landtagsfilm angesehen werden kann. Die Filmvorführung findet im Moser-Saal statt und dauert ungefähr 25 Minuten.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet morgen, am Donnerstag, dem 15. November 2001, um 9:30 Uhr statt. Die Tagesordnung ist Ihnen bekannt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

**Schluss: 16:57 Uhr**



## Wahlvorschlag

der Fraktion der CDU,  
der Fraktion der SPD,  
der Fraktion der FDP/DVP und  
der Fraktion GRÜNE

### Wahl von Mitgliedern des Kuratoriums der Staatlichen Toto-Lotto GmbH

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

CDU	SPD	FDP/DVP	GRÜNE
Alfred Haas Dr. Reinhart Seimetz Dr. Monika Stolz	Margot Queitsch Seltenreich	Kleinmann	Heike Dederer

14. 11. 2001

Günther H. Oettinger und Fraktion  
Wolfgang Drexler und Fraktion  
Ernst Pfister und Fraktion  
Dr. Dieter Salomon und Fraktion

## **Wahlvorschlag**

der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der SPD

### **Wahl von Mitgliedern des Medienrats der Landesanstalt für Kommunikation**

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

CDU

SPD

---

Dr. Birk  
Wieser

Braun  
Junginger

14. 11. 2001

Günther H. Oettinger und Fraktion  
Wolfgang Drexler und Fraktion